

21.11.2017



IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft | Talstr. 84 | 07743 Jena

Thüringer Dokumentations-
und Forschungsstelle gegen
Menschenfeindlichkeit

Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017

Autoren: Christoph Richter & Lukas Bösch

Studienleiter: Dr. Matthias Quent

Eine Studie im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung

Inhaltsverzeichnis

Über die Autoren	3
Vorwort	4
Zusammenfassung	6
1 Einleitung	7
2 Theorie	8
2.1 Allgemeines Wahlverhalten	8
2.2 Allgemeine theoretische und empirische Ansätze zur Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforschung	9
2.3 Die sozioökonomische Dimension in der Untersuchung	10
2.4 Die politisch-kulturelle Dimension in der Untersuchung	11
2.4.1 NPD-Zweitstimmen der Bundestagswahl 2013	12
2.4.2 Nichtwähler_innen zur Bundestagswahl 2013	14
2.5 Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten	15
2.6 Thesen	16
3 Methoden	17
3.1 Datenbeschreibung, Datenbearbeitung und Analyseschema	17
3.1.1 Datenbeschreibung	17
3.1.2 Datenbearbeitung	19
3.1.3 Analyseschema	19
3.2 Ergebnisse der deskriptiven Analyse und der bivariaten Zusammenhänge zwischen Parteienwahl und soziostrukturellen Indikatoren	26
3.2.1 Ost-West-Unterschiede	26
3.2.2 Parteienpräferenzen	27
3.3 Multivariate Analysen	28
3.3.1 Ergebnisse soziostruktureller Effekte auf Zweitstimmen der Parteien und der Nichtwähler_innen	28
3.3.2 Multivariate Mehrebenenanalyse: Modellvorstellung und Ergebnisse	29
3.3.3 Interpretation der Ergebnisse	33
4 Zusammenfassung der Ergebnisse	43
5 Diskussion und Einordnung der Studie	44
Literaturverzeichnis	53
Anhang 1: Beschreibung der verwendeten Variablen	
Anhang 2: Übersicht Tabellen und Grafiken	

Über die Autoren

Christoph Richter

Hat Soziologie und Ethnologie an der Universität Leipzig studiert. Schließt derzeit den Studiengang Journalistik ab.

Forschungsschwerpunkte: Sozialer Wandel, soziale Ungleichheit, Konfliktforschung.

Freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena.

Erstautor der Studie.

Lukas Bösch

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig.

Forschungsgebiete: Kooperations- und Fairnessnormen, Interaktion, Umwelt und Gesellschaft.

Mitarbeit an der Studie im Bereich multivariater Analyse und grafischer Darstellung der Ergebnisse.

Vorwort

Die NPD hat der AfD den Weg geebnet: Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, besonders in wirtschaftlich abdriftenden, aber auch in prosperierenden Regionen profitiert die AfD von einer lokalen politischen Kultur, in der sich Demokratieverdrossenheit und Rechtsextremismus normalisieren konnten. Dies zeigt die vorliegende statistische Mehrebenenanalyse des Bundestagswahlergebnisses unter Einbeziehung von lokalen Kontextdaten auf Wahlkreisebene. Die Studie wurde von der Amadeu Antonio Stiftung in Auftrag gegeben und am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft von den Leipziger Soziologen Christoph Richter und Lukas Bösch durchgeführt.

Demokratische Kultur und eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit stärken die Resilienz gegenüber völkischen und rassistischen Angeboten. Es zeigt sich auch, dass die demokratische Kultur in Westdeutschland keineswegs so unhinterfragt ist, wie manche Kommentatoren Glauben machen möchten. Gleichzeitig wird klar, dass die demokratische und die soziale Frage eng miteinander verflochten sind. Über Gleichwertigkeit zu sprechen, ohne Gleichwertigkeit und Chancengleichheit herzustellen, führt zumindest einen Teil der Bevölkerung in den Rechtsextremismus, der diesen Widerspruch durch nationalen und rassistischen Egoismus, durch Antipluralismus und die Negierung der demokratischen Gleichheitsversprechen aufzulösen vorgibt.

Die Ergebnisse legen insgesamt nahe: Der Mobilisierungserfolg der AfD ist durch eine politische Kultur von Demokratieverdrossenheit und höherer rechtsextremer Affinität begründet – und nicht primär als diffuser Protest gegen negative Entwicklungen vor Ort. Dabei konnte die AfD erfolgreich eine wesentlich breitere und heterogenere Wählerschaft als die der NPD erschließen. Damit wird unterstrichen: Es handelt sich bei der Partei um eine „NPD light“.

Die Studie zeigt zudem: Der hohe Ost-West-Unterschied wird bei dem Wahlergebnis der AfD in relevanten Teilen durch die sozioökonomischen und politisch-kulturellen Unterschiede beantwortet. Ostdeutsche Wahlkreise sind im Vergleich zu den westdeutschen sozioökonomisch deutlich benachteiligt und zeigen gleichzeitig wesentlich höhere Werte hinsichtlich der Nichtwähler und vor allem der NPD-Wahlergebnisse von 2013. Dies verweist insgesamt auf ein starkes Ineinandergreifen der sozioökonomischen und der politisch-kulturellen Konfliktlinie.

„Wir konnten zeigen, dass langfristige und stabile Raumeffekte existieren, die durch ein Klima von politischer Entfremdung und erhöhter Affinität zu rechtsextremen Positionen gekennzeichnet sind. Dieses Klima ist die wesentliche Grundlage für den Mobilisierungserfolg der AfD zur Bundestagswahl 2017, sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland. Strukturschwäche, Demokratieentfremdung und höhere Bereitschaft zur Wahl rechtsextremen Parteien gehen in vielen Regionen Hand in Hand und begünstigen die Wahlerfolge der Rechtspopulisten maßgeblich. Darüber hinaus zeigen sich jedoch auch in Regionen mit mittleren und höheren Einkommen hohe Mobilisierungserfolge“, fasst Christoph Richter, einer der Autoren der Studie, die Befunde zusammen.

Es handele sich, so die Autoren der Studie, um einen langfristigen Prozess, der weder über Nacht kam noch sich mit einem einfachen Weiter so stoppen oder zurückdrehen lassen wird. Nötig seien daher bundesweit eine Stärkung der lokalen demokratischen Kultur durch intensivierte Anstrengungen, neue Beteiligungsformate sowie die langfristige Absicherung der Demokratieförderung.

Insbesondere müsse es gelingen, Nichtwähler für die Demokratie zu gewinnen und Akteure zu unterstützen, die sich in ihren Sozialräumen für Gleichwertigkeit und gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus engagieren. Es liegt an jedem und jeder, im Alltag dazu beizutragen. Die neue Bundesregierung ist in der Verantwortung, zivilgesellschaftliches Engagement für demokratische Kultur anzuerkennen und zu unterstützen.

Angesichts des Zusammenhangs zwischen dem AfD-Wahlergebnis, der politischen Kultur und der wirtschaftlichen Lage ist es zudem nötig, die soziale Frage und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht den extremen Rechten zu überlassen. Insbesondere der völkische Höcke-Flügel der AfD begibt sich zunehmend auf einen sozialpopulistischen Kurs: Die Rolle als Kümmerer der unteren und mittleren Einkommen und als Antwortgeber für sozial Unzufriedene und politisch Suchende dürfen die demokratischen Parteien nicht den Rechtsradikalen überlassen. Der noch immer hohe Anteil von Nichtwählern in benachteiligten Regionen stellt ein relevantes Wählerpotenzial dar, um das sich die Demokraten dringend bemühen sollten.

Fundierte Ursachenaufklärung, wie sie die vorliegende Untersuchung leistet, ist von immenser Bedeutung. Ebenso wichtig ist es, Erkenntnisse zu transportieren, Schlussfolgerungen zu ziehen und situationsadäquat politisch zu handeln. Ich wünsche dieser wichtigen Studie daher viele aufmerksame Leserinnen und Leser.

Dr. Matthias Quent

Zusammenfassung

Die Untersuchung geht mittels einer Aggregatdatenanalyse der Frage nach, wie die sozioökonomische, soziodemografische und politisch-kulturelle Struktur der Wahlkreise mit den Wahlerfolgen der Parteien zur Bundestagswahl 2017 zusammenhängt. Hierfür werden zunächst die einzelnen Zusammenhänge zwischen den soziostrukturellen Merkmalen der Wahlkreise (BIP, Arbeitslosigkeit, Einkommenshöhe, Bevölkerungsverteilung, Alter, Bildung und Konfession) und den Zweitstimmenergebnissen der Parteien beschrieben und dann alle Einflussfaktoren gemeinsam in ausführlicheren statistischen Modellen analysiert – sogenannte multivariate Mehrebenenmodelle – unter Berücksichtigung ihrer Bundesländerzugehörigkeit.

Der Fokus der Studie liegt auf der AfD als neue rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Partei im Bundestag. Es kann gezeigt werden, dass sich der AfD-Wahlerfolg zu großen Teilen aus Wahlkreisen erklären lässt, die sozioökonomisch im bundesweiten Vergleich schlechter gestellt sind und in denen sich schon 2013 ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt hatte oder stärker rechtsextrem gewählt hatte als in Wahlkreisen mit niedrigeren Nichtwähleranteilen und NPD-Wähleranteilen. Diese Einflüsse erklären auch große Teile der erheblichen Unterschiede des AfD-Mobilisierungserfolges zwischen westdeutschen und ostdeutschen Wahlkreisen.

Wird der Aspekt der sozioökonomischen Deprivation der Wahlkreise mit hohen NPD-Anteilen und/oder Nichtwähleranteilen in den Regressionsmodellen berücksichtigt, zeigt sich eine ebenfalls erfolgreiche Mobilisierung in ökonomisch besser gestellten Wahlkreisen und damit eine insgesamt sehr heterogene sozioökonomische Wählerstruktur der AfD über die verschiedenen Wahlkreise.

1 Einleitung

Kurz vor der Bundestagswahl 2017 schien der demokratische Wettbewerb still zu stehen. Schon Wochen vor dem Urnengang war Angela Merks Wiederwahl ausgemacht. Über einen Sieg von Herausforderer Martin Schulz und mögliche Koalitionsoptionen ohne Beteiligung der CDU wurde nicht mehr spekuliert. Tage vor der Wahl übertrafen sich die Parteien noch einmal in Diagnosen über den Zustand der Republik und Versprechen nach Veränderungen. Geht es gerecht in Deutschland zu? Wer sind die oft ins Feld geführten „Abgehängten“? Weiter so oder doch ganz anders? Diese Fragen spalteten die Talkrunden, die Stammtische und Feuilletons. Umfragen und Daten zur Einschätzung der sozialen Lage in Deutschland und zur sozialen Ungerechtigkeit lieferten widersprüchliche Erkenntnisse und wurden meist schnell mit dem Argument wirtschaftlicher Hochkonjunktur hinweggewischt. Trotz dieser Kontroversen schien die Zustimmung zum Regierungskurs der vergangenen Jahre, den Wahlvorhersagen nach, ungebrochen und an eine Wechselstimmung wollte niemand so recht glauben. Allein die lautstarken rechtspopulistischen Störmanöver in meist ostdeutschen Wahlkreisen bei Angela Merks Auftritten irritierten, oberflächlich betrachtet, die Vorwahlroutine. Mit Bekanntgabe der ersten Ergebnisse am Wahlabend folgten Überraschung und Entsetzen. Die AfD übertraf mit 12,6 Prozent die Hochrechnungen und wurde im Osten sogar zweitstärkste Kraft, während die bisherigen Volksparteien CDU/CSU und SPD dramatische Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatten. Der Rechtsruck schlug, in diesem Ausmaß unerwartet, mitten in die Parteienlandschaft ein. Hatte es eine plötzliche Radikalisierung innerhalb der Wählerschaft oder eine Aktivierung von zuvor Wahlverdrossenen gegeben? Gab es einen Aufstand der „Abgehängten“? Oder zeigt sich hier, unabhängig von sozioökonomischen Aspekten, eine tief gehende politisch-kulturelle Konfliktlinie zwischen nationalistischen, autoritären und chauvinistischen Einstellungen einerseits und einer offenen, liberalen und multikulturellen Gesellschaft andererseits? Anhand einer Analyse der vorläufigen Zweitstimmenanteile der Parteien zur Bundestagswahl 2017 auf Wahlkreisebene und der relevanten Strukturdaten wird nach Antworten auf diese Fragen gesucht. Antworten, die insofern vorläufig sind, als dass zum einen die zur Berechnung herangezogenen Wahlergebnisse

selbst vorläufige¹ sind und zum anderen die nach der Wahl vorliegenden Strukturdaten und Wahlergebnisse auf der Wahlkreisebene sehr große und sehr heterogene Einheiten darstellen. Abhängig von ihrer Größe umfassen die Wahlkreise bis zu einer viertel Million Menschen und mehr. Derartig großräumige Untersuchungen sind daher als erster Überblick anzusehen, da sie Unterschiede auf Kreis- oder Gemeindeebenen nicht abbilden und auch nicht auf individuelles Wahlverhalten übertragen werden können (vgl. u.a. Falter/Schoen 2014: 120). Dennoch sind die Ergebnisse der Datenanalyse durchaus geeignet, um Einblicke in den Zusammenhang zwischen Parteienwahl und regionalen soziostrukturellen Merkmalen anlässlich der Bundestagswahl und des Wahlerfolgs der AfD zu geben. Viele der Befunde der Untersuchung zeigen auch in anderen Studien auf der Kreis-, Gemeinde- und/oder Individualebene ähnliche Zusammenhänge.²

2 Theorie

2.1 Allgemeines Wahlverhalten

In dieser Untersuchung wird davon ausgegangen, dass Wahlverhalten entlang der sozialen und politischen Präferenzen der Wähler_innen erfolgt. Es existiert eine Vielzahl an Theorien zum Wahlverhalten und seinen Determinanten. Angesichts der Datenlage beschränkt sich die Betrachtung jedoch auf sozioökonomische und soziodemografische Faktoren und die Analyse von Zweitstimmenergebnissen der Parteien. Der ökonomischen Wahltheorie (u.a. Downs 1957) folgend, wird davon ausgegangen, dass sich die Höhe der Einkommen, aber auch weitere sozioökonomische Indikatoren (Arbeitslosenquote, Anteil SGB2-berechtigter Personen, das Brutto-Inlandsprodukt) und soziodemografische Merkmale (Alter, Bevölkerungsdichte, Bildungsstand) auf die unterschiedlichen sozialpolitischen Angebote der Parteien verteilen – entsprechend der sozialen Struktur der Wahlkreise. Hierfür werden die Zweitstimmenergebnisse der einzelnen Parteien zur Bundestagswahl 2017 und die genannten Merkmale zueinander in Beziehung gesetzt

¹ Vorläufige Ergebnisse werden noch in der Wahlnacht veröffentlicht und bilden die Grundlage dieser Untersuchung. Die später veröffentlichten endgültigen Wahlergebnisse können in geringem Maß von den vorläufigen Daten abweichen. Da die Abweichungen gering sind, ist von keinen relevanten Verzerrungen auszugehen. Im Falle der AfD beträgt der Mittelwert der Differenz zwischen endgültigen und vorläufigen Ergebnissen 0,02 bei einer Standardabweichung von 0,15.

² Näheres dazu im Abschnitt Zusammenfassung der Ergebnisse.

und die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur der Wahlkreise und Parteienpräferenzen analysiert.

2.2 Allgemeine theoretische und empirische Ansätze zur Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforschung

Im Zentrum der Wahlanalyse steht die AfD als eine neue und zumindest in Teilen rechtsextreme Partei (vgl. Quent 2017). Hier soll zum einen auf die Frage eingegangen werden, ob und wie sich der Mobilisierungserfolg der Partei über *sozioökonomische und soziodemografische* Unterschiede zwischen den Wahlkreisen und Bundesländern und Ost und West begründen lässt. *Auf der kulturell-politischen Dimension* wird untersucht, welchen Anteil Wahlkreise mit höheren Nichtwählerwerten und/oder NPD-Wählerwerten bei der Bundestagswahl 2013 am Erfolg der Partei haben.

Der Forschungsstand zu rechtspopulistischem und rechtsextremistischem Wahlverhalten ist groß und vielfältig und die empirischen Funde variieren über Länder, Forschungsansätze und inhaltliche Schwerpunkte in ihren Ergebnissen stark (s.u.). Nach Peter Lösche etablieren sich neue Parteien anhand verschiedener und im jeweiligen Kontext aktueller gesellschaftlicher Konfliktlinien (Lösche 1993: 22). Zwei relevante Konfliktlinien (u.a. Inglehard/Norris 2016), die auch die allgemeine und wissenschaftliche Diskussion in der Phase vor der Bundestagswahl in Deutschland allgemein und hinsichtlich der AfD im Speziellen geprägt haben, werden in der Untersuchung betrachtet: die *sozioökonomische Konfliktlinie* und die *kulturell-politische Konfliktlinie*. Diese Unterteilung ist konzeptionell sinnvoll, um zwei der prominentesten Argumentationsstränge getrennt betrachten und beurteilen zu können, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Dimensionen überschneiden und interagieren. In der Diskussion werden beide Aspekte zunächst einzeln betrachtet, dann aber als wechselseitiger Prozess zusammengebracht.

Sozioökonomische Theorien, beispielsweise die der *Modernisierungsverlierer_innen*, beziehen sich konkret auf die wirtschaftliche Lebenslage der Menschen. Es wird angenommen, dass reale oder auch befürchtete Deprivation in diesen Bereichen zu Enttäuschung und Wut führt, die sich in einer Abkehr von den etablierten Parteien hin zu den scheinbaren Lösungen populistischer und extremistischer Parteien niederschlägt. Vorrangig gesellschaftliche Gruppen mit geringem Zugang zu Bildung, geringerem Einkommen sowie von Arbeitslosigkeit oder durch prekäre Arbeitsverhältnisse Betroffene sind Deprivations- und Konkurrenzdruck als Folge der

Modernisierungsprozesse in erhöhtem Ausmaß ausgesetzt. Diese im sozioökonomischen Sinn oft als *Modernisierungsverlierer_innen* Beschriebenen könnten sich aus Frust über ihre materielle und soziale Lage verstärkt populistischen und extremistischen Lösungsversprechen zuwenden (Lipset 1984; Betz 1993; Anastasakis 2000; Spier 2010; Hernandez/Kriesi 2013).

Ein zweiter Strang an Erklärungsansätzen stellt *politische und kulturelle Wertorientierungen* und ihren Wandel in den Vordergrund. Entscheidend für die Parteienpräferenz sind demnach vordergründig politische und kulturelle Einstellungsdimensionen. Besondere Popularität erfährt hier die These einer kulturellen Konfliktlinie, die Gesellschaften im Zuge der Modernisierung in Gegner_innen und Befürworter_innen oder auch Gewinner_innen und Verlierer_innen des Wandels teilt. Liberalisierung, Flexibilisierung und globale Vernetzung im Zuge der strukturellen Veränderungen durch Modernisierungsprozesse führen demzufolge auch hinsichtlich der normativen Wertorientierungen zu neuen Konfliktlinien (Götz 1997; Binder 2005; Gabriel 2000; Inglehart/Norris 2016). Menschen, die in diesem Prozess abgehängt werden oder normativ im Konflikt dazu stehen, bilden demnach als Abwehrreaktion gegenüber dem liberaleren Zeitgeist heutiger moderner Gesellschaften eine Art kulturelle Gegenbewegung. Neue liberale und kosmopolitische Wertvorstellungen, beispielsweise Multikulturalismus und Geschlechtergleichstellung, gehen nach dieser Theorie für viele mit der Wahrnehmung einer Erosion vorheriger tradierter Wertevorstellungen einher, beispielsweise von Familie, Sexualität und nationaler Identität, und führen zu Konflikten. Anhänger_innen der eher traditionellen Wertevorstellungen mobilisieren demnach verstärkt gegen erstere.

2.3 Die sozioökonomische Dimension in der Untersuchung

Hinsichtlich der Datenlage finden sich durchaus unterschiedliche Ergebnisse. Während viele Studien europaweit Effekte im Sinne einer sozioökonomischen *Modernisierungsverlierertheorie* bestätigen (Lubbers et al. 2002; Arzheimer/Carter 2006; Spier 2010; Werts et al. 2013; Dippel et al. 2017), gibt es gerade hinsichtlich der AfD in Deutschland durchaus unterschiedliche Befunde. Einige Studien verweisen auf eher niedrige Einkommens- und Bildungswerte der potenziellen Wähler_innen (u.a. Brähler et al. 2016; Brenke/Kritikos 2017), andere wiederum verorten die Partei eher in mittleren bis höheren Einkommenslagen mit relativ geringen Sorgen hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Lage (Bergmann et al. 2016; Lengfeld 2017). Ein Umstand, der vermutlich der

relativ heterogenen Wählerschaft der AfD und den starken Wandlungs- und Radikalisierungstendenzen hinsichtlich der inhaltlichen Programmatik und damit auch des soziostrukturellen Profils von Teilen der Wählerschaft in sehr kurzer Zeit geschuldet ist (u.a. Kroh/Fetz 2016: 712f.; Brähler et al. 2016: 93; Goerres et al. 2017: 25). Allgemein zeigt sich in der empirischen Rechtspopulismusforschung relativ häufig, dass die Dimension der politischen und kulturellen Wertorientierungen stärkeren Einfluss auf die Parteienwahl ausübt als die sozioökonomischen Indikatoren (Binder 2005; Ivarsflaten 2008; Werts et al. 2013; Zhirkov 2014; Goerres et al. 2017: 24).

Um angesichts der sehr unterschiedlichen empirischen Befunde im Rahmen dieser Analyse zu überprüfbar Thesen zu gelangen, werden hier zunächst die Annahmen der *Modernisierungsverlierertheorie* angenommen und geprüft. Hierzu werden die Indikatoren der Arbeitslosenquote, des Brutto-Inlandsprodukts und der verfügbaren Einkommen betrachtet (siehe Abschnitt *Thesen*). Auf zwei weitere Aspekte der Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforschung wird im Modell ebenfalls eingegangen: die Bevölkerungsdichte und der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in den Wahlkreisen. Die Variablen zur Bildung, zum Alter und zur Bevölkerungsstruktur dienen zunächst der Kontrolle der Variablen der *sozioökonomischen und politisch-kulturellen Dimension*. Dennoch kann hier auch von einem eigenständigen Erklärungsinhalt ausgegangen werden. Anhand der Variable *Bevölkerungsdichte* soll die Annahme geprüft werden, dass gerade in weniger dicht besiedelten Räumen Einstellungsmuster vorherrschen, die u.a. eine rechtspopulistische Parteienwahl begünstigen können (u.a. Quent/Schulz 2015). Bezüglich der *Kontakthypothese* (u.a. Allport 1954; Pettigrow/Tropp 2006) soll betrachtet werden, ob sich die Annahme belegen lässt, dass mit einem geringeren Anteil an Migrant_innen in einzelnen Wahlkreisen eine höhere Zustimmung zur AfD einhergeht.

2.4 Die politisch-kulturelle Dimension in der Untersuchung

In den verfügbaren Daten finden sich keine Variablen, die kulturelle und politische Merkmale direkt abbilden. Um auf Basis der vorhandenen Daten dennoch Effekte der politisch-kulturellen Dimension auf Wahlpräferenzen testen zu können, wurde hier auf den Wähleranteil der NPD-

Zweitstimmen und den Anteil an Nichtwähler_innen in den Wahlkreisen der vorangegangenen Bundestagswahl im Jahr 2013 zurückgegriffen.³

2.4.1 NPD-Zweitstimmen der Bundestagswahl 2013

Inhaltlich zeigen Studien, dass die Wählerschaften von AfD und NPD und Personen, die diese Parteien präferieren, hinsichtlich ihrer Einstellungen im Spektrum der Parteien am nächsten beieinander liegen. Über Einstellungsdimensionen wie die Ablehnung von Zuwanderung (Bergmann et al. 2016) und weitere autoritäre, demokratiefeindliche und chauvinistische Einstellungen (Brähler et al. 2014) liegen die Wähler_innen der beiden Parteien und potenzielle AfD-Wählergruppen, wenn auch mit Unterschieden, dennoch nah beieinander. Auch lässt sich zeigen, dass die AfD allgemein ein höheres rechtsextremes Potenzial aufweist als andere Parteien (Kroh/Fetz 2016; Brähler et al. 2016). Nun kann im Rahmen dieser Analyse jedoch kein individuelles Wahlverhalten betrachtet werden. Stattdessen muss auf Wahlkreisebene die Frage gestellt werden, ob und wie höhere NPD-Zweitstimmenanteile bei der vorausgegangenen Wahl Schlüsse auf ein spezifisches politisch-kulturelles Klima ziehen lassen, welches den Wahlerfolg der AfD in diesen Wahlkreisen begünstigt. Hier kann in mehrerlei Hinsicht argumentiert werden:

Auf der Ebene der politischen Einstellungen kann, mithilfe der in der Rechtsextremismusforschung geläufigen Unterscheidung in Einstellungen und Handlungen, die Annahme getroffen werden, dass – wie im Bild der Spitze des Eisberges – politische Handlungen, wie die der NPD-Wahl, auf ähnliche, aber deutlich weiter verbreitete Einstellungsmuster im Umfeld hindeuten können; diese mündeten aber bisher nicht in entsprechenden Handlungen (Brähler et al. 2016: 68). Eine ganze Reihe von Faktoren, u.a. die bisherigen parteipolitischen Gelegenheitsstrukturen, verhinderten aber, dass Personen mit inhaltlichen Schnittmengen zur NPD bereit waren, diese in Anbetracht des offenen rechtsextremen Auftretens zu wählen. Mit dem Auftreten der AfD bot sich zum einen die entsprechende Gelegenheitsstruktur, während zum anderen die gleichzeitige Rechtsverschiebung im Diskurs rechtspopulistische und rechtsextremistische Positionen für viele wählbar erscheinen

³ Um das politisch-kulturelle Klima über einen längeren Zeitraum in den Wahlkreisen zu ermitteln, wurden neben den NPD- und Nichtwähleranteilen von 2013 auch die der anderen Parteien auf Zusammenhänge zur AfD hin untersucht. Hier zeigte, neben den beiden obigen, auch die Linkspartei signifikante positive Zusammenhänge zur AfD-Wahl 2017. Diese ließen sich jedoch in der multivariaten Analyse komplett durch die sozioökonomischen und soziodemografischen Variablen erklären, sodass dieser Effekt hier nicht mehr signifikant war.

ließ. Die AfD konnte damit großflächig Wähler_innen mobilisieren, die vorher an andere Parteien gebunden waren oder sich der Wahl enthielten (Brähler et al. 2016: 67f.)

Zweitens kann der Zusammenhang zwischen höherer Zustimmung zur NPD bei der vorausgegangenen Wahl und Wahlerfolgen der AfD auch für die Bundestagswahl 2013, wo die AfD erstmals antrat, gezeigt werden.⁴ Somit kann davon ausgegangen werden, dass in vielen Regionen mit höheren NPD-Wähleranteilen auch die AfD-Wahlerfolge zur Bundestagswahl 2013 höhere waren. Dementsprechend hätte die AfD besonders in diesen Regionen, u.a. durch Parteienfinanzierung und regionale Verankerung, bessere infrastrukturelle Voraussetzungen hinsichtlich der finanziellen und personellen Basis als in Regionen mit geringeren Anteilen an NPD-Zweitstimmen.

Drittens kann davon ausgegangen werden: Auch wenn die NPD auf Bundes- und Landesebene politisch kaum Relevanz besitzt, äußert sich diese auf der kommunal-politischen Ebene durchaus und beeinflusst das *politisch-kulturelle* Klima. Die rund 360 lokalen NPD-Mandatsträger_innen⁵ sind besonders in den ostdeutschen Kommunen (am höchsten in Sachsen, gefolgt von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern) in ihrer politischen Funktion auf Stadtrats- und Gemeinderatsebene sowie in den Kreistagen teilweise stark verankert. Dass das Einflüsse auf den politischen Diskurs hat, kann als wahrscheinlich gelten. Dort, wo über längere Zeit die rechtsextremen Inhalte der NPD Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs finden, ganz besonders im Kontext engerer interpersoneller Kontakte auf Stadt- und Gemeinderatsebene, kann davon ausgegangen werden, dass hier in höherem Umfang Prozesse der Normalisierung und Gewöhnung mit sinkenden Widerstand gegen rechtsextreme Positionen im tagesaktuellen politischen Diskurs einhergehen. Die drei genannten Argumente können hierbei lediglich als Erklärungen dienen, warum es inhaltlich und methodisch sinnvoll sein könnte, die Wahlergebnisse der NPD zur Bundestagswahl 2013 als eine Art Proxy für ein der AfD zuträgliches Klima in den Wahlkreisen zu operationalisieren. Dieser Zusammenhang wird im Folgenden überprüft. Hierbei wird nicht auf die individuellen NPD-Wähler_innen abgezielt, sondern auf ein allgemeineres Klima in Wahlkreisen mit erhöhtem NPD-

4 Hierfür wurden die NPD-Zweitstimmen der Bundestagswahl 2009 hinsichtlich ihres Einflusses auf die AfD-Zweitstimmen von 2013 untersucht, die hier erstmalig zur Bundestagswahl angetreten ist (vgl. Tabelle 5).

5 Nach Recherchen des Spiegels vom 26.02.2016 beträgt die Anzahl kommunaler Mandate in etwa 360: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-wo-rechtsextreme-in-gemeinderateten-sitzen-a-1078859.html>.

Zuspruch. Genauere Antworten auf die obigen Thesen zu den Gründen dieses Zusammenhangs können aufgrund der Daten nicht gegeben werden.

2.4.2 Nichtwähler_innen zur Bundestagswahl 2013

Ein weiterer Fokus der Untersuchung liegt auf den Wahlkreisen mit hohen Nichtwähleranteilen bei der letzten Bundestagswahl und möglichen Zusammenhängen zur aktuellen AfD-Wahl. Hierbei existieren unterschiedliche Forschungsansätze. So wird das Phänomen des Nichtwählens als Folge fehlender Parteienbindung (Neu 2012) interpretiert, als Zeichen von Normalisierung und Zufriedenheit (Eilfort 2001) oder als Folge fehlender Teilhabe an den materiellen, sozialen und kulturellen Dimensionen der Gesellschaft, die sich dann auch in politischer Exklusion ausdrückt. Zu letzterer Schlussfolgerung gelangen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (Güllner 2013) und der Bertelsmannstiftung (Schäfer 2013). Einigkeit besteht darin, dass Nichtwähler_innen nicht als homogene Gruppe aufzufassen sind, sondern dass verschiedene Gruppen innerhalb der Nichtwählerschaft existieren, die gelegentlich, immer oder nur hin und wieder nicht an der Wahl teilnehmen.

In der Untersuchung wird der Nichtwähleranteil der Wahlkreise zur Beschreibung der politischen Entfremdung als weiterer Indikator des politisch-kulturellen Klimas in den Wahlkreisen verwendet. Politische Entfremdung kann sich dabei auf höchst unterschiedliche Weise äußern, ohne zwangsläufig mit einer höheren Bereitschaft zu antidemokratischen Einstellungen und Handlungen einherzugehen (Edinger 2010: 5f.). Da sich viele Wahlkreise mit hohen Nichtwähleranteilen gleichzeitig als sozioökonomisch stark benachteiligte Regionen zeigen⁶, ist von einer hohen sozialen Exklusion der Nichtwähler_innen auszugehen. Dass ein Teil dieser von sozialer Teilhabe Ausgeschlossenen auch autoritären Angeboten zur Teilhabe (im Falle des AfD-Wahlprogramms weniger materiell-ökonomische als vielmehr politisch-kulturelle Identitätsangebote) eher offen gegenübersteht als andere, scheint dennoch wahrscheinlich – besonders, da das programmatische Angebot der AfD stark auf populistische Kritik der bisherigen

⁶ Ein Blick auf die sozioökonomische Situation in Wahlkreisen mit hohen Anteilen an Nichtwähler_innen zeigt, dass insbesondere diese von höherer Arbeitslosigkeit, geringeren Einkommen und höheren SGB2-Raten betroffen sind; vgl. Tabelle 2 (bivariate Zusammenhangsanalysen) und Tabelle 3 (multivariate Zusammenhangsanalysen) in den Spalten Nichtwähler.

„Eliten“ und eine vermeintliche Sprachrohrfunktion des schweigenden, nicht eingebundenen „Volkes“ abzielt.

2.5 Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten

Die Bundestagswahl 2017 zeigt, dass die AfD in den neuen Bundesländern proportional zum Anteil Wahlberechtigter fast doppelt so viele Wählerstimmen gewinnen konnte wie im Westen (Grafik 2). Mit dem Ost-West-Unterschied im Wahlverhalten und seinen Hintergründen beschäftigen sich viele wissenschaftliche Ansätze, etwa die Thesen zur wirtschaftlichen Deprivation, zu nicht anerkannten Lebensleistungen der älteren DDR-Generation sowie zu den Kontinuitäten autoritärer Sozialisierung in der ehemaligen DDR (u.a. Gabriel 2000: 53ff.). Daneben existieren aber auch viele Alltagstheorien und Stereotypisierungen, in denen allein der Verweis auf den Osten als solches zu einer selbstreferenziellen Blackbox für Erklärungen gesellschaftlicher Phänomene und Problembereiche wird. In dieser Untersuchung soll versucht werden, Teile dieser Blackbox auf Wahlkreisebene inhaltlich zu begründen. Viele der wissenschaftlichen Ansätze zur Erklärung der höheren Affinität zur autoritären Parteienwahl der ostdeutschen Wähler_innen deuten auf eine enge Verzahnung von materieller Deprivation, relationalem Deprivationsempfinden und autoritären und anti-demokratischen Ressentiments in Teilen der ostdeutschen Wählerschaft hin. So stellt beispielsweise Stöss richtigweise fest, dass die NPD in Ostdeutschland erst viele Jahre nach der Wende flächendeckend höhere Wahlerfolge verzeichnen konnte, als sich die Wendeeuphorie für viele angesichts steigender sozialer Unsicherheit auflöste (Stöss 2000: 65f., 136f.; Dippel et al. 2017: 65). Ein auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung hohes Ost-West-Gefälle der tatsächlichen und/oder relational wahrgenommenen⁷ (im direkten Vergleich mit der westdeutschen Lebensrealität) materiellen Lebenssituation ruft bei denjenigen, die nicht im erhofften Maß von der Wende profitieren konnten, Gefühle der Zurückgesetztheit und Benachteiligung hervor, produziert Enttäuschungen und Frust und äußert sich schließlich in einer Abkehr vom etablierten Parteiensystem. So finden sich besonders in den neuen Bundesländern starke Zusammenhänge zwischen der negativen Perzeption der ökonomischen Situation und dem Grad der Demokratiezufriedenheit (Gabriel 2000: 63). Besonders der relationale Vergleich zu den alten Bundesländern scheint für Teile der in Ostdeutschland lebenden Menschen ein zentraler

⁷ Vgl. u.a. Pikett/Wilkinson (2009) (internationale Befunde) und Wegener/Steinmann (1995) (hinsichtlich des Ost-West-Vergleichs).

Maßstab der Bewertung der eigenen Position und des Verhältnisses zu demokratischen Prinzipien. Die Verfasser_innen des Thüringen Monitors haben für die Wahrnehmung der persönlichen und/oder kollektiven Benachteiligung den Begriff ‚Ostdeprivation‘ verwendet. Dabei zeigen sie, dass diese Wahrnehmung sozialer Benachteiligung über die Zeit stabil und sehr stark mit rechtsextremen Einstellungen in Ostdeutschland korreliert (Best et al. 2015: 122). Eine teilweise ähnlich aufgebaute Untersuchung in Sachsen, der sogenannte Sachsenmonitor, findet ebenfalls deutliche Zusammenhänge zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, der eigenen Zukunftsperspektiven und autoritärer und demokratischeskeptischer Einstellungen (Infratest Dimap 2016: 12, 31).

Der Fokus der Untersuchung liegt, beschränkt durch die vorliegenden Daten, zunächst auf der Frage, wie sich der Ost-West-Unterschied sozioökonomisch und soziodemografisch über die Wahlkreise zeigt und inwiefern sich hier Zusammenhänge zu einer erhöhten AfD-Affinität finden lassen. Trifft die *Modernisierungsverliererthese* zu, müssten sich stärkere Zusammenhänge zwischen sozioökonomischer Deprivation und AfD-Wahl in ostdeutschen Wahlkreisen zeigen lassen. Hinsichtlich der politisch-kulturellen Konfliktlinie wird im Ost-West-Vergleich untersucht, ob und welche Einflüsse sich in Wahlkreisen mit hohen Nichtwähleranteilen und/oder verhältnismäßig hohen NPD-Wähleranteilen bei der Bundestagswahl 2013 messen lassen, ob hierdurch Rückschlüsse auf eine lokale politische Kultur gezogen werden können, und ob diese die hohen Wahlerfolge der AfD im Osten im Vergleich zum Westen Deutschlands begründen können. Bezüglich der obigen Befunde ist anzunehmen, dass in den neuen Bundesländern eine starke Verschränkung der sozioökonomischen und der politisch-kulturellen Indikatoren existiert.

2.6 Thesen

Hinsichtlich der sehr unterschiedlichen Befunde bezüglich der *sozioökonomischen Dimension* soll hier die Annahme der *Modernisierungsverlierertheorie* geprüft werden: ob steigende Arbeitslosigkeit, geringere Einkommen und eine geringere wirtschaftliche Leistungsbilanz mit höheren Zustimmungswerten zur AfD einhergehen.

Zusätzlich wird hinsichtlich der *soziodemografischen Indikatoren*, die in erster Linie die Funktion von Kontrollvariablen erfüllen, die Annahme formuliert, dass ein geringerer Anteil an Personen mit Migrationshintergrund (*Migration %*) und eine geringere Anzahl an Personen pro km² (*Bevölkerungsdichte*) in den Wahlkreisen zu steigenden AfD-Ergebnissen führen.

Bezüglich der *kulturell-politischen Dimension* wird die Annahme getestet, dass höhere Nichtwähleranteile und/oder NPD-Wähleranteile zur Bundestagswahl 2013 zu höheren Wahlergebnissen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in den entsprechenden Wahlkreisen führen.

3 Methoden

Teil 3 umfasst die Beschreibung der Variablen, der Analyseverfahren und die detaillierte Auswertung der Ergebnisse. Im Teil 4 findet sich eine kurze Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Studie.

3.1 Datenbeschreibung, Datenbearbeitung und Analyseschema

3.1.1 Datenbeschreibung

Grundlage der Untersuchung bilden Datensätze des Bundeswahlleiters. Einer der Datensätze umfasst die vorläufigen Ergebnisse der Bundestagswahl 2017⁸ und 2013, der 299 Wahlkreise (die Stimmenanteile der Bundestagswahl 2013 sind auf die Wahlkreiseinteilung von 2017 umgerechnet). Der zweite Datensatz enthält die soziostrukturellen Indikatoren der Wahlkreise, sogenannte Strukturdaten zur Bundestagswahl 2017.⁹ Darüber hinaus wurden ebenfalls die Strukturdaten für die Bundestagswahl 2013¹⁰ und die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2013¹¹ und 2009 in die Untersuchung einbezogen. Für die Auswertung wurden ausschließlich die Zweitstimmen der bisher im Bundestag vertretenen und/oder zukünftig erwartbar vertretenen Parteien (CDU/CSU¹², SPD, GRÜNE, LINKE, FDP, AfD) betrachtet. Hypothesengeleitet wurden die

8 Bundeswahlleiter (2017): Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen der Bundestagswahl 2017. Online: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/72f186bb-aa56-47d3-b24c-6a46f5de22d0/btw17_kerg.csv [25.09.2017] (Link verweist inzwischen auf die endgültigen Ergebnisse).

9 Bundeswahlleiter (2017): Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise 2017. Online: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/f7566722-a528-4b18-bea3-aa419371e300/btw17_strukturdaten.csv [04.09.2017].

10 Bundeswahlleiter (2013): Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise 2013. Online: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/65ef1c2d-4df0-44e2-8881-99a176b4896c/btw13_strukturdaten.csv [08.09.2017].

11 Bundeswahlleiter (2013): Tabelle: Endgültiges Ergebnis nach Wahlkreisen der Bundestagswahl 2013. Online: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2013/ergebnisse.html>. [08.09.2017].

12 Die separaten Zweitstimmenanteile von CDU und CSU wurden hierbei zur Variable Union zusammengefasst.

Zweitstimmenergebnisse der NPD und die Nichtwähleranteile der beiden in die Untersuchung einbezogen. Alle weiteren Zweitstimmenanteile wurden in der Rubrik *Sonstige* zusammengefasst. Diese Rubrik wurde einmal zu und einmal abzüglich der NPD-Zweitstimmen berechnet. Des Weiteren wurde die absolute Anzahl der Zweitstimmen der jeweiligen Parteien in prozentuale Anteile umgerechnet, sowohl bezogen auf die Gesamtanzahl gültiger Zweitstimmen als auch bezogen auf die Anzahl wahlberechtigter Personen insgesamt, um die Parteienergebnisse proportional zu den Nichtwähleranteilen auswerten zu können.

Folgende Daten wurden aus den genannten Datensätzen des Bundeswahlleiters in der Untersuchung verwendet und/oder aus den Daten berechnet (eine ausführlichere Beschreibung der Variablen findet sich im Anhang 1: *Beschreibung der verwendeten Variablen*¹³).

Parteienergebnisse:

Die Daten zu den Parteienergebnissen umfassen die absolute Anzahl gültiger Zweitstimmen aller Parteien aller Wahlkreise, die zur Bundestagswahl 2017, 2013 und 2009 angetreten sind, die Anzahl Wahlberechtigter insgesamt und den Anteil ungültiger Zweitstimmen. In der Untersuchung verwendet wurden die Daten der Parteien, die ab der Bundestagswahl 2017 im Bundestag vertreten sein werden, zzgl. der NPD- und Nichtwählerstimmenanteile.

Sozioökonomische Indikatoren:

- BIP: das Bruttoinlandsprodukt der Wahlkreise des Jahres 2014 (Euro je Einwohner_in)
- Verfügbares Einkommen: das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte der Wahlkreise des Jahres 2014 (Euro je Einwohner_in)
- Arbeitslosenquote: prozentualer Anteil als arbeitssuchend gemeldeter Personen in den Wahlkreisen im März 2017
- SGB2-Rate: Anteil der Personen in den Wahlkreisen, die berechtigt zum Bezug von Sozialtransferleistungen nach SGB2 sind (Anzahl pro 1.000 Einwohner_innen im Dezember 2016)

Soziodemografische Indikatoren: (Kontrollvariablen)

- Region: Ost-West-Variable: Die Wahlkreise in den 10 alten Bundesländern erhalten in einer neu codierten Dummyvariable den Wert 0, die Wahlkreise in den 6 neuen Bundesländern (inkl. Berlin) den Wert 1.
- Geburtensaldo: Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der Bevölkerung der Wahlkreise 2015 (je 1.000 Einwohner_innen). Es ergibt sich aus der Anzahl der Lebendgeborenen abzüglich der Zahl der Gestorbenen.

¹³ Eine detaillierte Variablen-tabelle mit den jeweiligen Mittelwerten und Standardabweichungen und den Transformationen ist in der gedruckten Ausgabe nicht erhalten, wird aber in der Onlineversion der Studie ergänzt.

- Wanderungssaldo: Zu- (+) bzw. Abnahme (-) der Bevölkerung der Wahlkreise 2015. Das Wanderungssaldo verzeichnet das Verhältnis von Zuzügen, abzüglich der Wegzüge (je 1.000 Einwohner_innen).
- Bevölkerungsdichte: absolute Anzahl Bewohner_innen je km² der Wahlkreise am 31.12.2015 (Einwohner_in je km²)
- Migration: Bevölkerung nach Migrationshintergrund: fortgeschriebene Werte des Zensus 2011, Anteil Personen mit Migrationshintergrund der Wahlkreise (%)
- Alter: prozentualer Anteil Personen pro Wahlkreis von 18 Jahren bis 34 Jahren, von 35 bis 59 Jahren und von 60 Jahren und älter zum 31.12.2015 (%)
- Bildung: prozentualer Anteil an Personen in den Wahlkreisen, die die Schule mit Hauptschulabschluss, mittlerer Reife und allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife abgeschlossen haben (2015)
- Religion: prozentualer Anteil an Personen in den Wahlkreisen, die sich der katholischen, evangelischen oder keinen bzw. sonstigen Konfessionen angehörig zählen; fortgeschriebene Daten auf Grundlage des Zensus 2011

Politisch-kulturelle Indikatoren:

- NPD-Zweistimmenergebnisse (%) der Bundestagswahl 2013 und 2009 in den Wahlkreisen
- Nichtwähleranteile (%) der Bundestagswahl 2013 und 2009 in den Wahlkreisen

3.1.2 Datenbearbeitung

Für alle Variablen (Zweistimmenanteile der Parteien, sozioökonomische, -demografische und politisch-kulturelle Indikatoren) wurden entlang der jeweiligen Mediangrenzen (Maß, welches eine Verteilung, beispielsweise die Verteilung der Zweitstimmenergebnisse einer Partei in den unterschiedlichen Wahlkreisen, am mittleren Wert halbiert) sogenannte Dummyvariablen gebildet, d.h. binär kodierte Variablen mit den Ausprägungen 0 und 1 (Wert > Median = 1 hoch; Wert < = Median = 0 niedrig). Diese so decodierten Variablen wurden zur Beschreibung der Variablen, ihrer Mittelwertsabweichungen und ihrer Zusammenhänge untereinander (Tabelle 2), aber auch zur Analyse in den Regressionsmodellen (Tabellen 3-4) benötigt. Näheres zu den Transformationen findet sich im Abschnitt 3.1.3.2 *Multivariate Analyse*.

3.1.3 Analyseschema

Für die Analyse der Daten wurde das Statistikprogramm SPSS (SPSS 24) und die Programmierumgebung R (R Core Team 2015) verwendet. Für die multivariaten Analyseverfahren

wurden in R zusätzlich die Softwarepakete *car* (Fox/Weisberg 2011) und *lme4* (Bates et al. 2015) verwendet.

3.1.3.1 Bivariate Analyse

Das Vorgehen im Auswertungsteil lässt sich grob in folgende Abschnitte unterteilen: Am Anfang steht die deskriptive (beschreibende) Statistik. Die Variablen werden hinsichtlich ihrer Verteilung betrachtet, dies beschränkt sich hier aus Platzgründen größtenteils auf die Beschreibung, wie sich die soziostrukturellen Merkmale hinsichtlich des Ost-West-Gefälles über die Wahlkreise verteilen (Grafik 1).

Danach werden die Zusammenhänge zwischen einzelnen Variablen betrachtet. Hierbei handelt es sich um sogenannte **bivariate Zusammenhänge** (d.h. es wird jeweils der Zusammenhang zwischen exakt zwei Variablen betrachtet, beispielsweise der zwischen Arbeitslosigkeit und den Zweitstimmenanteilen einer bestimmten Partei). Hierbei wird zum einen untersucht, wie sich die Mittelwerte der Parteien in Wahlkreisen mit hohen/niedrigen Werten der jeweiligen soziostrukturellen Indikatoren unterscheiden, zum anderen werden sogenannte *Zusammenhangsmaße* (hier: *Pearson Korrelationskoeffizient*) verwendet. Der *Korrelationskoeffizient* beschreibt die Enge des Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen. Er kann Werte zwischen -1 und 1 annehmen. Der Wert 0 bedeutet hierbei, dass kein Zusammenhang zwischen beiden Variablen existiert. Ein Korrelationskoeffizient von $+1$ beschreibt einen perfekten **positiven Zusammenhang** zwischen beiden Variablen, während eine Korrelation von -1 einen perfekten **negativen (entgegengesetzten) Zusammenhang** beschreibt (Bortz 2005: 181f.). Ein *positiver Zusammenhang* zwischen dem Anteil der 35-59-Jährigen an der Gesamtbevölkerung und dem AfD-Ergebnis würde beispielsweise bedeuten: Steigt der Anteil der 35-59-Jährigen in der Bevölkerung der Wahlkreise, steigt auch der AfD-Zweitstimmenanteil. Wenn hingegen ein sinkender Anteil der 35-59-Jährigen an der Bevölkerung der Wahlkreise mit steigenden AfD-Zweitstimmenanteilen einhergeht, würde von einem *negativen Einfluss* gesprochen werden. Bei der Betrachtung eines Zusammenhangs zwischen jeweils nur zwei Variablen (bivariate Analyse) stellt sich eine wichtige Frage hinsichtlich der Unterscheidung von **Korrelation und Kausalität**. So bedeuten hohe Korrelationswerte keineswegs, dass die beiden in einen Zusammenhang gesetzten Merkmale auch tatsächlich kausal miteinander zusammenhängen. Beispielsweise lässt sich nicht bestimmen, welche Richtung der Zusammenhang hat, welche Variable also einen Einfluss auf die

jeweils andere Variable ausübt. Ebenso wenig kann ausgeschlossen werden, dass der betrachtete Zusammenhang nicht tatsächlich durch nicht beobachtete Effekte von Drittvariablen verursacht wird (Bortz 2005: 235f.; Schumann 2000: 116ff.). So hängen beispielsweise das Alter oder die Höhe der Bildungsabschlüsse ganz wesentlich mit Faktoren wie Arbeitslosigkeit oder Einkommen zusammen. Wird nun beispielsweise der Effekt der Einkommen oder der Arbeitslosigkeit auf die Wahl einer Partei gemessen, ist es möglich, dass der hierbei beobachtete Zusammenhang seine eigentlichen Ursachen eher im Alters- oder Bildungsniveau hat, sich aber, da nicht zusätzlich berücksichtigt, über das Einkommen zeigt und dementsprechend auch ausschließlich als Einkommens- oder Arbeitsmarkteffekt interpretiert wird. In der Untersuchung wird von einem **vermittelten Zusammenhang** gesprochen, wenn sich zeigt, dass der Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen ursächlich auf die Wirkung einer weiteren Variable zurückgeht. Wird die Wirkung möglicher Drittvariablen im Modell berücksichtigt, indem die Variablen in das Modell aufgenommen werden, wird davon gesprochen, dass der Zusammenhang auf diese Variablen **kontrolliert** ist.

Dem Problem von Korrelation und Kausalität kann, zumindest teilweise, durch eine klare theoretisch-inhaltliche Herleitung der Zusammenhänge wie auch durch eine statistisch möglichst umfassende Kontrolle eventueller Dritteinflüsse entgegnet werden. In den multivariaten Analyseverfahren dieser Untersuchung wird auf möglichst viele Faktoren kontrolliert, von denen angenommen wird, dass sie einen vermittelnden Einfluss haben könnten (sogenannte **Kontrollvariablen**). So werden Alter, Bildung, Konfession, Stadt-Land-Unterschiede (Bevölkerungsdichte), der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund sowie die regionale Lage der Wahlkreise in die Analyse einbezogen, um sicherzustellen, dass diese im Fall eines Einflusses auf die Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen und politisch-kulturellen Variablen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der bivariaten Zusammenhangsanalysen werden knapp in Abschnitt 3.2 zusammengefasst.

3.1.3.2 Multivariate Analyse

In Anbetracht der hier knapp beschriebenen Probleme, die bei bivariaten Zusammenhangsanalysen auftreten können, werden im folgenden Teil der Untersuchung Modelle angewendet, die es ermöglichen, eine Vielzahl an Variablen gleichzeitig auf ihren Einfluss einer interessierenden Variable wie auch auf ihre Zusammenhänge untereinander zu testen (sogenannte

multivariate Regressionsmodelle). Der einfachste Anwendungsfall einer Regressionsanalyse ist die **einfache lineare Regression**. Hierbei wird unter der Annahme einer linearen Beziehung zwischen einer **abhängigen** (zu erklärenden) **Variable** und einer **unabhängigen** (erklärenden) **Variable** bestimmt, inwiefern letztere in der Lage ist, erstere vorherzusagen. Hierfür wird eine Gerade berechnet, die durch ihren Schnittpunkt mit der Y-Achse und die Stärke ihres Anstiegs bestimmt ist. Das geschieht derart, dass die Regressionsgerade die Summe der quadrierten Abweichungen der beobachteten Werte von den geschätzten Werten (Vorhersagefehler oder auch Residuum) minimiert (Bortz 2005: 184f.). Die **multivariate Regressionsanalyse** erlaubt es, mehrere unabhängige Variablen gleichzeitig innerhalb eines Modells hinsichtlich der Wirkung auf eine abhängige Variable und der Variablen untereinander zu testen. Zusätzlich wird mittels **hierarchischer Mehrebenenmodelle** der Umstand berücksichtigt, dass die einzelnen Beobachtungen (in unserem Fall die Wahlkreise) in Gruppen (in unserem Fall die Bundesländer) gruppiert sind. Im Falle der Bundesländer lassen sich diese wiederum in ost- und westdeutsche Bundesländer unterscheiden. Liegen solche sogenannten **hierarchisch strukturierten Daten** vor (d.h. Daten, die sich in größere voneinander verschiedene Einheiten gruppieren lassen), können mithilfe der **Mehrebenenmodelle** für die einzelnen hierarchischen Einheiten jeweils eigene Schätzungen vorgenommen werden. Bei **Random Intercepts-Modellen** wird angenommen, dass diese Gruppen aus einer gemeinsamen normalverteilten Grundgesamtheit mit einem Mittelwert von 0 und einer zu modellierenden Standardabweichung stammen. Die geschätzte Standardabweichung ist dann der **random intercept**, welcher um den gemeinsamen **Intercept** variiert (Barr et al. 2013: 6). In einem Regressionsmodell bezeichnet der *Intercept* den Schnittpunkt der Schätzgeraden mit der Y-Achse, den Punkt also, wo der Einfluss der Variable x (unabhängige Variable) auf die abhängige Variable (y) den Wert 0 hat. Diese Methode erlaubt es dann, für jedes der 16 Bundesländer einen eigenen *Intercept* zu berechnen. Durch die Zuordnung der einzelnen Beobachtungen zu bestimmten Gruppen im statistischen Modell erhöht sich in der Regel nicht nur die Güte der Schätzung, sondern es ist notwendig, die hierarchische Strukturierung der Daten zu beachten, um Verzerrungen der Schätzung zu vermeiden (Barr et al. 2013: 2). Wenn auf hierarchische Strukturen in den Daten mittels *random intercepts* kontrolliert wird, dann sollten ebenfalls Unterschiede in den Steigungen der Regressionsgeraden zwischen den Gruppen (**random slopes**) in der Schätzung mit berücksichtigt werden. Wenn alle möglichen Variationen

zugelassen werden, ist das Modell maximal spezifiziert. Dieser Ansatz erlaubt es am ehesten, generalisierbare Ergebnisse hinsichtlich des Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable zu erreichen (Barr et al. 2013: 11). Solche Modelle werden als Mixed-Effects-Modelle bezeichnet. Darüber hinaus erlaubt dieser Ansatz, ein differenziertes Bild über den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Variablen von Interesse zu zeichnen.

Bei der *multivariaten Analyse* des AfD-Wahlerfolgs (Tabelle 4) wird schrittweise vorgegangen. Die *abhängige* (zu erklärende) Variable (y) besteht hier aus den (logarithmierten) Zweitstimmenanteilen der AfD zur Bundestagswahl 2017. Die *unabhängigen* (z-standardisierten, teilw. logarithmierten) Variablen (x) sind die sozioökonomischen, soziodemografischen (Kontrollvariablen) und politisch-kulturellen Indikatoren, die schrittweise in das Modell eingefügt werden. Die Variablen werden für die Schätzungen der verschiedenen Regressionen transformiert, um einerseits die Modellannahmen nicht zu verletzen¹⁴ (Quinn/Keough 2002), andererseits aber auch, um deren Einflüsse einfacher zu interpretieren und leichter vergleichbar zu machen (Schielzeth 2010: 103). Dadurch ist es möglich, neben den **Koeffizienten** (Faktor, der die Stärke und Richtung des Einflusses einer Variable x auf y angibt, wenn $y=0$) auch die sich verändernden Zusammenhänge der unabhängigen Variablen untereinander zu betrachten und inhaltlich zu interpretieren. Zunächst wird ein sogenanntes *Nullmodell* geschätzt (nur Intercepts), was als Referenz gegenüber den folgenden Modellen dient. Anschließend werden in der Reihenfolge zunächst die Variable *West_Ost* (Variable, die die Bundesländer den neuen/alten Bundesländern zuordnet), die sozioökonomischen Variablen, die *Kontrollvariablen* (soziodemografische Variablen) und die politisch-kulturellen Variablen in das Modell eingefügt. Am Ende werden zweimal Modelle geschätzt, in welchen alle Variablen mit einbezogen sind. Während im Modell 9 (Tabelle 4) nur *random intercepts* zur Kontrolle der hierarchischen Datenstruktur mit einbezogen werden, wird im Modell 10 (Tabelle 4) zusätzlich auf die Wirkung einer Variation des Effekts der unabhängigen Variablen zwischen den Bundesländern kontrolliert (*random slopes*).

In einem *Mixed-Effect-Modell* mit *random intercepts* und *random slopes* wird zwischen *festen* und *zufälligen Effekten unterschieden*. Der Unterschied zwischen festen und zufälligen Effekten beschreibt zum einen im Fall der *festen Effekte* den Einfluss über die Bundesländer (*fixed effects*) und zum anderen den Einfluss der Variablen zwischen den Bundesländern (*random effects*). Ein

¹⁴ Siehe Absatz Modellanforderungen.

signifikanter Effekt der *festen Effekte* verweist auf einen Einfluss, der über alle Bundesländer hinweg einen gleichen Richtungszusammenhang aufweist. Ein signifikanter Effekt der *zufälligen Effekte* verweist auf Zusammenhänge in einzelnen Bundesländern, die jedoch nicht in allen Ländern gelten müssen bzw. teilweise auch gegenteilige Effekte haben können.

Die Maße, die in dieser Untersuchung bei der multivariaten Mehrebenenanalyse betrachtet werden, sind die *Koeffizienten* (s.o.), die P-Werte zur Beurteilung der *Signifikanz* und die *Standardfehler*. Zusätzlich werden als Maß der Güte der Schätzung das AIC und hinsichtlich der interessierenden Unterschiede zwischen den Bundesländern die Standardabweichung des Bundesländer-Random-Intercepts und die Range (Spanne zwischen dem kleinsten und dem größten berechneten Bundesländer-Intercept) ausgegeben. Für die *random slopes* aus Modell 10 werden die Standardabweichungen und die Signifikanzen angegeben.

Die Signifikanz lässt sich als Maß für einen konventionell festgelegten Fehlerbereich beschreiben. Erhalten wir für ein bestimmtes Ergebnis beispielsweise einen p-Wert von 0,05, so bedeutet dies sinngemäß folgendes: Angenommen in einer gegebenen Population ist der tatsächliche Einfluss 0 und wir ziehen sehr viele Stichproben aus dieser Population, so würden wir den geschätzten Wert in 5% der Stichproben vorfinden. Je kleiner der p-Wert, desto unwahrscheinlicher, dass die beobachteten Daten zustande kommen, wenn der Einfluss in Wirklichkeit 0 ist. Innerhalb der Wissenschaft hat sich die Konvention etabliert, Ergebnisse unterhalb von 5% ($p < = 0,05$) als signifikant zu interpretieren. Da die Festsetzung der Fehlerkonvention problematisch und nicht immer frei von willkürlichen Erwägungen ist, werden hier die P-Werte auf die dritte Nachkommastelle gerundet angegeben. Werte unterhalb von 0,05 und darunter sind fett markiert und werden in der Untersuchung als signifikant interpretiert. Werte von 0,05 werden hier als signifikant, Werte von 0,01 und darunter als hochsignifikant und Werte von 0,001 und unterhalb als höchstsignifikant bezeichnet. Das Modellgütekriterium AIC (Informationskriterium) bewertet die Anpassungsgüte eines Modells im Vergleich zu einem anderen und belegt gleichzeitig eine steigende Anzahl an unabhängigen Variablen mit einem Strafterm. Je niedriger der Wert des AIC ist, desto höher ist die Anpassungsgüte im Verhältnis zur Anzahl verwendeter Parameter (Burnham/Anderson 2002: 61f.).

Modellanforderungen

Die Anforderung an die in einer Regressionsanalyse verwendeten Daten sind die, dass die einbezogenen Variablen nicht zu stark miteinander korreliert sind (keine *Multikollinearität*).

Außerdem wird ein linearer Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable erwartet. Es gibt allerdings Mittel, um mit nicht-linearen Zusammenhängen umzugehen. Die wichtigsten Annahmen der linearen Regression betreffen die *Residuen* (Abweichung der geschätzten Werte von den beobachteten Werten). Diese sollten normalverteilt sein und eine konstante Varianz aufweisen. Aus diesen Annahmen folgt, dass die Residuen *unabhängig* sein sollten (keine Autokorrelation) (Mundrey 2017). Aus Platzgründen wird hier nicht im Detail auf die jeweiligen Hintergründe der einzelnen statistischen Anforderungen zur Berechnung der Regressionsanalysen eingegangen.

Betrachtung der Modellannahmen in der Untersuchung

Im Hinblick auf die Modellanforderungen und auf die Vergleichbarkeit der Maßeinheiten mussten an einigen Variablen Transformationen vorgenommen werden. Alle unabhängigen Variablen der Regressionsmodelle wurden durch die sogenannte Z-Transformation in besser vergleichbare und einheitliche Verteilungsmuster umgerechnet. Die Z-Transformation standardisiert die unterschiedlich großen Originalmaßeinheiten, indem sie deren Verteilung entlang der x-Achse staucht, sodass die Verteilung jeder Variable einen Mittelwert 0 und eine Standardabweichung von 1 aufweist.

Alle Variablen wurden auf ihre Verteilung hinsichtlich der geforderten Normalverteilung der Residuen untersucht. Einige der Variablen wurden logarithmiert, um im Ergebnis eine zufriedenstellende Normalverteilung der Residuen zu erreichen. Das war u.a. bei den Zweitstimmenanteilen der LINKEN und der NPD (2013 und 2017), den Zweitstimmenanteilen der AfD (2017) und den soziostrukturellen Indikatoren BIP und Bevölkerungsdichte der Fall. Der Nachteil dieser Transformationen besteht darin, dass die Ergebnisse der Regressionsanalyse nicht analog zu den originalen Maßeinheiten interpretiert werden können (vgl. Tabelle 3 und 4). Die Grafiken im Anhang stellen die Zusammenhänge zwischen den transformierten Variablen dar. Da die Achsenabschnittswerte aber in die Ursprungseinheiten zurückgerechnet wurden, lassen sich die Ergebnisse in ihren Originalwerten interpretieren (vgl. Grafik 3-4).

Die Modellstabilität des 10. Modells wurde geprüft, indem das Modell unter Entnahme aller Wahlkreise oder eines Bundeslandes einzeln gerechnet wurde. Die Spanne der auf diese Weise geschätzten Koeffizienten wird in Tabelle 6 gezeigt. Die in der Untersuchung interpretierten signifikanten Effekten zeigen sich hierbei als sehr stabil und unanfällig gegen Ausreißer. Was die Problematik der Multikollinearität betrifft, wurden für alle Modelle die sogenannten VIF-Werte

ermittelt (Tabelle 6 für das *Full-Modell 10*). In der Untersuchung wurde ein kritisches VIF-Maß von 5 gesetzt, welches nicht überschritten werden sollte. Ziel der Variablenzusammenstellung und -transformation für die Regressionsmodelle war es, neben den inhaltlichen Kriterien (Vergleich sozioökonomischer und politisch-kultureller Variablen und Analyse des Ost-West-Unterschieds hinsichtlich des AfD-Wahlerfolgs), möglichst keine Modellanforderungen zu verletzen.¹⁵

Zusätzlich wurden durch Grafiken die Annahmen der Normalverteilung und Varianzhomogenität der Residuen sowie die Normalverteilung der *random intercepts* für das Full-Modell (Modell 10) überprüft (Grafiken 5 und 6). Diese scheinen für die meisten Terme nicht verletzt zu sein.

3.2 Ergebnisse der deskriptiven Analyse und der bivariaten Zusammenhänge zwischen Parteienwahl und soziostrukturellen Indikatoren

3.2.1 Ost-West-Unterschiede

Lange nach der Wende existieren in soziostruktureller Hinsicht nach wie vor große Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. Diese zeigen sich auch in entsprechenden Merkmalen der ost- und westdeutschen Wahlkreise deutlich (vgl. Tabelle 1 und Grafik 1): Hierfür wurden für ausgewählte Indikatoren der bundesweite, der ost- und der westdeutsche Mittelwert separat berechnet und die prozentuale Abweichung der Ost- und Westmittelwerte vom Gesamtmittelwert angegeben.¹⁶ Sozioökonomisch liegt Ostdeutschland sowohl hinsichtlich der Löhne und des BIPs deutlich unter dem bundesdeutschen Schnitt, beim Anteil der SGB2-Berechtigten und der Arbeitslosigkeit dagegen deutlich darüber. Sehr stark zeigen sich die Unterschiede hinsichtlich des Anteils an Migrant_innen: Dieser fällt in den neuen Ländern mehr als 50% geringer aus als der bundesdeutsche Schnitt. Ohne Berlin gerechnet wäre der Unterschied sogar noch deutlich höher. Der Anteil älterer Personen liegt im Osten über dem

¹⁵ Merkmalskombinationen oberhalb des kritischen VIF-Wertes wurden ausgeschlossen oder als Dummyvariable in das Modell aufgenommen. Dies war u.a. bei der Migrationsvariable (als Dummy in das Modell aufgenommen), der SGB2-Rate (ausgeschlossen wg. hoher Korrelationen mit der Arbeitslosenquote) und dem Wanderungssaldo (ausgeschlossen wg. hoher Korrelationswerte mit den restlichen demografischen Indikatoren) der Fall. Die Variablen zur Konfession wurden im AfD-Modell vollständig ausgeschlossen, da sie inhaltlich keine hohe Priorität hatten, hoch korreliert waren und die Variable Konfessionslose ähnliche Funktionen wie die Ost-West-Variable im Modell zeigte.

¹⁶ Die Mittelwerte berechnen sich aus den aufsummierten und durch die jeweilige Anzahl geteilten Wahlkreisemittelwerte. Das kann zu Abweichungen der Ergebnisse gegenüber Mittelwerten desselben Indikators zu einer anderen Basis führen. Das ist bei einigen Strukturdaten der Fall, die in unterschiedlichen Einheiten (€ pro Haushalt, Personen pro km² etc.) führen. Da jedoch nur die Unterschiede zwischen Wahlkreisen betrachtet wurden, sind diese Abweichungen hier unproblematisch.

Bundesdurchschnitt, der der jüngeren ist dagegen in Westdeutschland etwas höher. Die Schulabschlüsse weisen bezüglich der Bildung im Vergleich nur relativ geringe durchschnittliche Abweichungen auf. Sehr deutlich unterscheidet sich hingegen die Konfessionszugehörigkeit in den alten und neuen Ländern: Während evangelische und katholische Konfessionen in den alten Bundesländern im Schnitt relativ hohe Werte erreichen, findet sich die im Durchschnitt übergroße Mehrheit der Konfessionslosen innerhalb der Wahlkreise der neuen Bundesländer.

3.2.2 Parteienpräferenzen

Wie oben erläutert, werden hier zunächst die Zweistimmenergebnisse der Parteien und ihr Zusammenhang zu den soziostrukturellen Indikatoren beschrieben. Dafür wird mittels der binär codierten Variablen (1=hoch, 0=niedrig) der soziostrukturellen Indikatoren analysiert, wie sich die Mittelwerte der Zweistimmenergebnisse der Parteien verändern, wenn die Variablen die Ausprägungen *hoch* oder *niedrig* annehmen (vgl. Tabelle 2). Zusätzlich wird ein Zusammenhangsmaß (hier: Pearson-Korrelationskoeffizient) verwendet, um die obigen Mittelwertunterschiede detaillierter und hinsichtlich signifikanter Unterschiede betrachten zu können. Insgesamt lassen sich die Parteien deskriptiv über die soziostrukturellen Indikatoren in den Wahlkreisen relativ klar verorten (vgl. Tabelle 2).

Die CDU ist in wohlhabenden, ländlichen und katholischen Wahlkreisen durchschnittlich am stärksten. FDP und GRÜNE erreichen im Schnitt die meisten Wähler_innen in einkommensstärkeren, jüngeren Wahlkreisen mit überdurchschnittlichen Anteilen an Abiturient_innen und in größeren Städten. Die SPD steht für mittlere Einkommen, höhere Arbeitslosenquoten und ist in evangelischen Wahlkreisen stark vertreten. Die Linke lässt sich nach wie vor besonders als ostdeutsche Partei verorten. Sie hat in durchschnittlich älteren Wahlkreisen Erfolge, die durch niedrige Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Hartz IV-Bezugsquoten gekennzeichnet sind, aber auch durch höhere Mittelwerte an Abiturient_innen. Ähnliche sozioökonomische Muster weist außer der LINKEN die NPD auf, die ebenfalls in ostdeutschen Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosenquote, geringem BIP und verfügbarem Einkommen und geringer kirchlicher Bindung stark ist. Wahlkreise mit überdurchschnittlich hohen Nichtwähleranteilen sind ebenfalls charakterisiert durch hohe Arbeitslosigkeit, geringe verfügbare

Einkommen und hohe SGB2-Raten – und dementsprechend auch häufiger im Osten als im Westen zu finden. Auch die AfD hat deutlich höheren Zuspruch in Wahlkreisen in den neuen Bundesländern mit niedrigerem BIP und geringeren verfügbaren Einkommen. Sie ist eher im ländlichen Raum, im mittleren Bildungsbereich und in Wahlkreisen mit einem höheren Anteil älterer Personen erfolgreich.

Diese Ergebnisse decken sich zwar zunächst in dieser eher groben Beschreibung in wesentlichen Punkten mit vergleichbaren Studien auf der Individualebene (u.a. Brähler et al. 2014; DIW 2017), sollten aber dennoch nur als eine erste Einordnung betrachtet werden. So ist in den deskriptiven und bivariaten Analysen weder berücksichtigt, dass die einzelnen Wahlkreise bestimmten Bundesländern mit sehr unterschiedlichen soziostrukturellen Gegebenheiten angehören, noch die Tatsache, dass die Bundesländer wiederum regional in alte und neue Bundesländer unterschieden werden müssen. Auch die oben beschriebene notwendige Kontrolle auf Drittvariablen kann in dieser Art der Zusammenhangsanalyse nicht berücksichtigt werden. Daher werden im Folgenden die Parteipräferenzen und ihre Zusammenhänge zu den soziostrukturellen Merkmalen der Wahlkreise in multivariaten Modellen getestet.

3.3 Multivariate Analysen

3.3.1 Ergebnisse soziostruktureller Effekte auf Zweitstimmen der Parteien und der Nichtwähler_innen

Viele der unter 3.2.2 aufgezeigten deskriptiven Zusammenhänge bestätigen sich auch in der multivariaten Analyse (vgl. Tabelle 3). Die Spalten pro Partei geben jeweils eigene Regressionsmodelle an. Als Gütemaß der Schätzung wird jeweils das AIC im sogenannten Null-Modell, also einem Modell ohne die erklärenden Variablen, und einmal im Full-Modell inklusive aller Variablen ausgegeben. Da die abhängigen Variablen (hier die Zweitstimmenergebnisse der unterschiedlichen Parteien) sich mit jeder Schätzung ändern und zusätzlich teilweise logarithmiert werden mussten (u.a. bei den NPD und der Linkspartei), sollten die Modelle nicht untereinander hinsichtlich der Größe der Einflüsse verglichen werden, sondern lediglich innerhalb des jeweiligen Modells.

Die CDU hat signifikant höheren Wählerzuspruch in Wahlkreisen mit hohen Anteilen an Katholiken, im ländlichen Raum und bei eher geringen Arbeitslosenquoten. Die SPD hingegen kann signifikant

höhere Ergebnisse in Wahlkreisen mit höheren Arbeitslosenraten, geringeren Einkommen und einem höheren Anteil älterer Personen, vorrangig in Westdeutschland, aufweisen. Die LINKE ist ebenfalls in Wahlkreisen mit geringen Einkommen, höherer Bevölkerungsdichte, höheren Schulabschlüssen, höheren Anteilen an Konfessionslosen und besonders in den neuen Bundesländern signifikant erfolgreicher. DIE GRÜNEN und FDP dagegen sind eher in einkommensstarken Wahlkreisen mit geringen Arbeitslosenquoten und jüngerer (GRÜNE) bzw. mittlerer Altersstruktur (FDP) stark vertreten. Wahlkreise mit hohen Anteilen an NPD-Wähler_innen und/oder Nichtwähler_innen weisen die höchsten sozioökonomischen Deprivationswerte im Vergleich zu anderen Wahlkreisen auf. So gehen höhere Anteile an Nichtwähler_innen in den Wahlkreisen mit signifikant höheren Arbeitslosenraten, geringeren Einkommen und geringeren Anteilen an Abiturient_innen einher. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Wahlkreisen mit höheren NPD-Wähleranteilen. Beide sind zudem signifikant stärker in ostdeutschen als in westdeutschen Wahlkreisen vertreten.

3.3.2 Multivariate Mehrebenenanalyse: Modellvorstellung und Ergebnisse

Entsprechend des inhaltlichen Schwerpunktes wird die AfD hier detaillierter betrachtet. Hierfür werden mehrere Modelle schrittweise getestet, um einen detaillierten Überblick über die sozioökonomischen, soziodemografischen und politisch-kulturellen Effekte auf den Wahlerfolg in den unterschiedlichen Wahlkreisen zu erlangen (vgl. Tabelle 4).

Im ersten Schritt der Analyse wurde ein sogenanntes *Nullmodell* (Tabelle 4, Modell 1) als Referenzgröße zum Vergleich der folgenden Modelle geschätzt. Zunächst wurden lediglich die Bundesländer, die abhängige Variable, mit den AfD-Zweitstimmenergebnissen der Bundestagswahl 2017 (*AfD-Wahl 17*) in das Modell eingefügt. Das Maß für die Modellgüte (hier wird das sogenannte AIC verwendet) weist einen Wert von $-13,93^{17}$ auf, der Bundesländer-Intercept ist bei einem Wert von 2,55 höchstsignifikant. Die Standardabweichung des Intercepts gibt mit 0,38 eine relativ hohe Streuung der Bundesländer um den Bundesmittelwert aus.

¹⁷ Negative AIC-Werte sind zwar eher selten zu beobachten, aber nicht ungewöhnlich oder in statistischer Hinsicht bedenklich. Hier entstand der negative AIC-Wert im Zuge der Logarithmierung der abhängigen Variable. Genauso wie bei positiven AIC-Werten gilt: Je niedriger das AIC sinkt, desto besser die Anpassung des Modells, bei gleichzeitiger Kontrolle der Anzahl an Variablen im Modell (Burnham/Anderson 2002: 63).

Im dann folgenden Modell (*Tabelle 4, Modell 2*) werden die ostdeutschen und westdeutschen Wahlkreise über die Dummyvariable (West=0; Ost=1) in das Modell aufgenommen, um den Einfluss des Ost-West-Gefälles hinsichtlich der AfD-Wahlerfolge im Modell zu messen. Der Koeffizient der West-Ost-Variable ist höchstsignifikant und mit einem Koeffizient von 0,65 sehr hoch. Grafik 2 zeigt, wie das Modell die Bundesländerunterschiede schätzt, wie stark diese sind und wie sich diese Unterschiede entlang des Ost-West-Unterschiedes verteilen. Während die Standardabweichung der Residuen unter Kontrolle der Ost-West-Variable konstant bleibt (0,21), reduziert sich die Standardabweichung des Bundesländer-Intercepts deutlich (von 0,38 auf 0,21). Hier zeigt sich also ein starker Effekt der Ost-West-Variable, der die Unterschiede zwischen den Bundesländern sichtbar reduziert. Bezogen auf die Standardabweichung der Residuen trägt die Variable aber nur relativ wenig zur Varianzaufklärung im Gesamtmodell bei.

Das danach folgende *sozioökonomische Modell* (*Tabelle 4, Modell 3*) betrachtet, welchen geschätzten Einfluss die regionale Arbeitslosenquote, die Wirtschaftsleistung und das verfügbare Einkommen auf das AfD-Wahlergebnis haben.¹⁸ Das Ergebnis fällt an diesem Punkt relativ eindeutig zugunsten der *Modernisierungsverliererthese* aus: Mit steigender Arbeitslosenquote ($K=0,12$; $\text{Sign.}=0,000$) und einem sinkenden BIP ($K=-0,09$; $\text{Sign.}=0,000$) steigt das durchschnittliche Wahlergebnis der AfD höchstsignifikant um den Wert des jeweiligen Koeffizienten K . Lediglich das verfügbare Einkommen hat keinen signifikanten Einfluss ($K=0,00$; $\text{Sign.}=0,835$). Bezüglich des Verhältnisses der Standardabweichung des *random intercepts* gegenüber der Standardabweichung der Residuen zeigt sich im Vergleich zum Modell 2 ein gegenteiliger Effekt. Die Kontrolle der sozioökonomischen Variablen kann die Standardabweichung der Residuen deutlich senken, der Unterschied zwischen den Bundesländern steigt dagegen wieder stark an, was jedoch größtenteils der Tatsache geschuldet ist, dass die Ost-West-Variable wieder aus dem Modell genommen wurde. Insgesamt zeigt das Informationskriterium mit -63,63 eine gestiegene Anpassung der Schätzung an die Daten an.

Modell 4 bezieht zusätzlich zu den Variablen des Modells 3 den Einfluss des Ost-West-Unterschiedes in das Modell mit ein. Interessanterweise zeigen sich hier keine großen Veränderungen gegenüber dem vorherigen Modell. Allerdings sinkt die Standardabweichung des

¹⁸ Die Variable der SGB II-Quote musste aus der Analyse ausgeschlossen werden, da sie zu stark mit der Variable Arbeitslosenquote korrelierte.

Bundesländer-Random-Intercepts auf 0,25, während die Standardabweichung der Residuen erwartungsgemäß konstant bleibt (0,19).

Modell 5 (Tabelle 4) fügt den bestehenden Variablen des vorherigen Modells die soziodemografischen Merkmale der Bevölkerungsdichte, des Anteils an Personen mit Migrationshintergrund und des Geburtensaldos hinzu. Die Ost-West-Variable wurde in diesem Modell zunächst wieder entfernt. Alle drei Variablen sind hochsignifikant. Die Bevölkerungsdichte hat erwartungsgemäß einen negativen Einfluss auf die Höhe des AfD-Mittelwerts ($K = -0,08$; $\text{Sign.} = 0,001$). Selbiges gilt für das Geburtensaldo ($K = -0,07$). Entgegen der Erwartung zeigt der Migrationsanteil einen positiven hochsignifikanten Effekt ($K = 0,11$). Die Hinzunahme der soziodemografischen Kontrollvariablen führt zu keiner substanziellen Veränderung in den Koeffizienten der sozioökonomischen Indikatoren. Allein der Wert des Koeffizienten für das BIP sinkt um mehr als die Hälfte. Hierfür verantwortlich ist vor allem der starke Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und wirtschaftlicher Leistungskraft. Diese ist in den peripheren Regionen geringer als in städtischen. Die Standardabweichung der Bundesländer steigt infolge der fehlenden West-Ost-Variable wieder auf 0,32, während die Standardabweichung der Residuen auf 0,17 sinkt. Auch das AIC gibt mit einem Wert von -90,02 eine verbesserte Anpassung der Schätzung an die Daten gegenüber den vorherigen Modellen aus.

In *Modell 6* (Tabelle 4) werden den Kontrollvariablen zur Bevölkerungsstruktur zusätzlich die des Alters und der Bildung hinzugefügt. Hierbei finden sich, vom Alter abgesehen, keine signifikanten Effekte. Mit steigendem Anteil der Altersgruppe der 35-59-Jährigen an der Gesamtbevölkerung steigt im Schnitt der Anteil der AfD-Wählerstimmen ($K = 0,07$; $\text{Sign.} = 0,006$).

Modell 7 prüft zusätzlich zu den Variablen der vorherigen Modelle die These, dass vor allem ostdeutsche Wahlkreise mit niedrigen Einkommensmittelwerten positive Effekte auf die AfD-Wahl haben. Hierfür wurde die Variable *Deprivation* gebildet, die alle ostdeutschen Wahlkreise mit einem Einkommensmittelwert unterhalb des Medians umfasst. Durch die insgesamt deutlich geringeren Einkommensmittelwerte ostdeutscher Wahlkreise wird mit dieser Variable ein Großteil der Wahlkreise der neuen Länder beschrieben. Tatsächlich zeigt sich ein höchstsignifikanter und stark positiver Effekt der Variable ($K = 0,48$; $\text{Sign.} = 0,000$). Dabei reduziert sich die Standardabweichung des Bundesländer-Random-Intercepts deutlich, die Standardabweichung der Residuen bleibt konstant und der AIC-Wert verbessert sich auf -75,27.

Im *Modell 8* werden zusätzlich die beiden Variablen NPD-Wähleranteile und Nichtwähleranteile der Bundestagswahl 2013 hinzugenommen. Beide Koeffizienten sind höchstsignifikant: der der NPD mit $K=0,23$ (Sign.= 0,000) zusätzlich sehr stark. Der Nichtwähleranteil ist im Vergleich eher schwach ($K=0,01$; Sign.= 0,000). Alle im vorherigen Modell signifikanten Variablen zeigen keine signifikanten Effekte mehr, stattdessen zeigt sich erstmalig ein positiver signifikanter Einfluss der Einkommen. Unter Einfluss der Variablen NPD-Wähleranteile und Nichtwähleranteile der Bundestagswahl 2013 verändert sich die sozioökonomische Struktur der bisherigen Modelle und das Einkommen zeigt einen positiven hochsignifikanten Einfluss ($K=0,04$; Sign.= 0,006). Wird das AIC betrachtet, zeigt sich ebenfalls, dass diese beiden Variablen in viel stärkerem Umfang als alle bisherigen Modellvariablen zur Verbesserung der Anpassungsgüte beitragen. Das AIC verzeichnet eine Verbesserung von -75,27 auf -285,11. Das ist der mit Abstand größte Sprung in der Verbesserung der Anpassung über alle Modelle. Gleichzeitig sinkt sowohl die Standardabweichung des Bundesländer-Random-Intercepts als auch die der Residuen deutlich.

Modell 9 verwendet eine ähnliche Variablenstruktur wie im vorherigen Modell, allerdings mit modifizierter abhängiger Variable. Hier wurden die Zweitstimmenanteile der NPD zur Bundestagswahl 2013 von den AfD-Zweitstimmen 2017 herausgerechnet, um dem Argument zu begegnen, dass sich die Stärke des Effekts der Zweitstimmenanteile der NPD zur Bundestagswahl 2013 auf die Zweitstimmenanteile der AfD zur Bundestagswahl 2017 darüber erklärt, dass eben diejenigen, die 2013 NPD gewählt haben, 2017 der AfD ihre Stimme gegeben haben. Die Zusammensetzung der unabhängigen Variablen wurde ebenfalls leicht geändert. Hintergrund war es, die Anzahl der Parameter im Modell zu reduzieren, um in diesem finalen Modell ebenfalls eine Variation des Einflusses der unabhängigen Variablen zwischen den Bundesländern (*random slopes*) zuzulassen. Da jedoch nur eine relativ geringe Anzahl an Untersuchungseinheiten gegeben ist ($N=299$), ein Mixed-Effects-Modell mit allen unabhängigen Variablen jedoch eine Verdopplung der Parameter bedeutet, wurden die Dummyvariablen für die Alters- und Bildungsgruppen herausgenommen und durch Verhältnisvariablen¹⁹ ersetzt. Um hinsichtlich des Ost-West-Unterschieds die Modelle 2, 4 und 9/10 vergleichen zu können, wurde die West-Ost-Variable wieder in das Modell aufgenommen. Durch die veränderte abhängige Variable sinkt der Effekt der NPD-Variable von 0,23 auf 0,19 geringfügig und ist nach wie vor höchstsignifikant (Sign.= 0,000).

19 Eine Beschreibung der Verhältnisvariablen befindet sich in Anhang 1: Beschreibung der verwendeten Variablen.

Gleichzeitig steigt die Stärke des Einflusses der Nichtwähler_innen geringfügig. Das Alter, hier in der Form der Verhältnisvariablen, wird ebenfalls wieder signifikant ($K=0,03$). Das AIC verschlechtert sich, mutmaßlich durch die herausgerechneten NPD-Stimmenanteile, und steigt auf $-264,67$.

Modell 10 wird als sogenanntes *Fullmodell* bezeichnet, da es alle inhaltlich interessierenden Variablen umfasst. Der einzige Unterschied zu *Modell 9* besteht darin, dass hier zusätzlich eine Variation der Effekte der unabhängigen Variablen zwischen den Bundesländern zugelassen wird (*random-slope-modell*). Somit gibt *Modell 10* neben den *festen Effekten*, wie in den Modellen zuvor, nun auch die *random slopes* an (angegeben über die Standardabweichungen und die Signifikanzen). Insgesamt sind 6 Koeffizienten im *Fullmodell* signifikant. Bei den *festen Effekten* (*fixed effects*) sind das die West-Ost-Variable, das Einkommen, das Alter und die NPD-Variable. Bei den *random effects* zeigen sich signifikante Effekte bei der Bevölkerungsdichte und den Nichtwähler_innen. Die NPD-Variable ist sowohl hinsichtlich der *random slopes* als auch der *random intercepts* signifikant.

Die Anpassung des Modells verbessert sich durch die *random slopes* auf einen AIC-Wert von $-317,55$ und erreicht damit die beste Anpassung aller Modelle. Die Standardabweichung des Bundesländer-Intercepts reduziert sich von $0,21$ auf $0,13$ und die der Residuen von $0,21$ auf $0,10$.

3.3.3 Interpretation der Ergebnisse

Im Zentrum der Untersuchung stand der Wahlerfolg der AfD zur Bundestagswahl im September 2017. Zwei Fragen wurde dabei nachgegangen: zum einen, wie sich der starke Mobilisierungserfolg der AfD insgesamt erklären lässt, und zum anderen, welche Faktoren zu den deutlich höheren Wahlerfolgen der Partei in den ostdeutschen Wahlkreisen führen. Hierfür wurden theoriegeleitet zwei Dimensionen unterschiedlicher Erklärungsansätze unterschieden – die *sozioökonomische* und die *politisch-kulturelle Dimension*. Hierbei war zentral, welche der Dimensionen einzeln betrachtet eher geeignet scheint, Antworten auf die obigen Fragen zu liefern und in welchem Verhältnis beide Dimensionen zueinander stehen. Um beide Dimensionen in statistischen Modellen auf ihren Einfluss hinsichtlich des AfD-Wahlerfolgs zu untersuchen, wurden mehrere Thesen formuliert, die im Folgenden anhand der Ergebnisse auf ihre Gültigkeit hin diskutiert werden sollen:

Sozioökonomische Dimension: Steigende Arbeitslosigkeit, geringere Einkommen, niedrigere wirtschaftliche Leistungsbilanz führen zu höheren AfD-Zweistimmenanteilen in den Wahlkreisen. Zusätzlich wurde hinsichtlich der *soziodemografischen Indikatoren*, die in erster Linie die Funktion von Kontrollvariablen erfüllen, die Annahme formuliert, dass ein geringerer Anteil an Personen mit Migrationshintergrund (*Migration %*) und geringere Anzahl an Personen pro km² (*Bevölkerungsdichte*) in den Wahlkreisen zu steigenden AfD-Ergebnissen führt.

Politisch-kulturelle Dimension: Bezüglich der kulturell-politischen Dimension wurde angenommen, dass höhere Nichtwähleranteile und/oder NPD-Wähleranteile zu höheren Wahlergebnissen der AfD zur Bundestagswahl 2017 in den entsprechenden Wahlkreisen führen.

Sozioökonomische Dimension

Zunächst zur *sozioökonomischen Dimension* des AfD-Wahlerfolgs: Die Modelle 3-6 (Tabelle 4) prüfen in unterschiedlicher Kombination mit den sogenannten Kontrollvariablen (Bevölkerungsverteilung, Alter, Bildung) die *sozioökonomische These*, dass die AfD besonders in Wahlkreisen mit hohen ökonomischen Deprivationswerten Erfolge verzeichnen kann. Diese Annahme scheint sich zunächst auch zu bestätigen. So zeigt sich, dass eine steigende Arbeitslosenquote und eine sinkende wirtschaftliche Leistungsbilanz zu höheren AfD-Zweitstimmenergebnissen in den Wahlkreisen führen (Tabelle 4, Modell 3). Dieses Ergebnis zeigt sich auch bei einer Kontrolle auf die ost- bzw. westdeutschen Wahlkreise stabil (Tabelle 4, Modell 4). Die im Theorieteil angeführten Annahmen zu den Einflüssen aggregierter sozioökonomischer Variablen lassen sich zunächst weitestgehend bestätigen. Allerdings machen die sozioökonomischen und die soziodemografischen Faktoren nur einen geringen Teil der Modellanpassung aus, wie sich anhand des AIC-Wertvergleichs über die Modelle zeigt. Betrachtet man die Verbesserung der AIC-Werte, beträgt der Anteil der insgesamt verbesserten Anpassung durch die *sozioökonomischen Variablen* (Modell 4) lediglich 23,5% der insgesamt durch das Fullmodell (Modell 10) erreichten Modellanpassung. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 zeigt sich, dass die AfD 2017 wesentlich erfolgreicher in sozioökonomisch abgehängten Regionen mobilisieren konnte (vgl. Regression 2013: Tabelle 5). Zwar lassen sich die Daten wegen der unterschiedlich verfügbaren Variablen nicht direkt vergleichen, es zeigen sich aber negative Zusammenhänge zur Arbeitslosigkeit und keine signifikanten Effekte zum Nichtwähleranteil in den

Wahlkreise. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich die programmatische Änderung und Radikalisierung der AfD der vergangenen Jahre niedergeschlagen hat, auch im sozioökonomischen Profil der Wahlkreise, in denen die AfD 2017 erfolgreich war.

Soziodemografische Indikatoren (Kontrollvariablen)

Hinsichtlich der *soziodemografischen Dimension* zeigen sich unterschiedliche Effekte. Lediglich die Bevölkerungsdichte und das Alter können im Fullmodell (*Modell 10*) signifikant zur Erklärung der AfD-Wahl beitragen. Der Einfluss der Bevölkerungsdichte entspricht mit einem negativen hochsignifikanten Wert der eingangs formulierten Annahme, dass die AfD vorrangig in ländlicheren Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte höhere Wahlerfolge erzielen kann (*Modelle 5-7 und 10*). Die Tatsache, dass dieser Effekt nur als *zufälliger Effekt (random slope)* signifikanten Einfluss hat, zeigt, dass dieser Zusammenhang nicht über alle Bundesländer hinweg gilt, sondern in einigen Bundesländern besonders starke Effekte aufweisen kann (besonders in Bayern, NRW, Hessen sowie in den Großstädten Hamburg, Berlin und Bremen), in anderen Bundesländern und besonders in den neuen Bundesländern dagegen durchaus gegenteilige Effekte aufweisen kann. Überraschend hingegen ist der wenn auch im Fullmodell nicht mehr signifikant positive Effekt der *Migration*: Je höher der Anteil an Migrant_innen, desto höher steigt der AfD-Wahlanteil. Die Erwartung eines negativen Effekts im Sinne der Kontakthypothese (siehe 2.3) muss zumindest hinsichtlich der Wahlkreisebene als widerlegt betrachtet werden. Die Tatsache, dass sich der Zusammenhang in der bivariaten Analyse negativ darstellte, verweist auf die starke moderierende Wirkung des großen Ost-West-Gefälles hinsichtlich des Migrationsanteils. Insgesamt zeigen sich negative Zusammenhänge zur Migration eher in den neuen Bundesländern und positive in den alten. Dennoch sollte die Kontakthypothese nicht vorschnell verworfen werden, da zusätzlich zur Quantität auch die Qualität, also die Art und Weise der Begegnungen, eine entscheidende Rolle spielt, die sich aber in der Tiefe mit relativ großflächigen Wahlkreisdaten nicht ausreichend untersuchen lässt. Hinsichtlich der Geburtenrate zeigt sich, dass besonders Wahlkreise mit niedrigeren Geburtenraten die Wahrscheinlichkeit zur AfD-Wahl erhöhen (Tabelle 4, *Modell 5*).

In unterschiedlichem Maß tragen die Variablen *Bildung* und *Alter* zur Varianzaufklärung in den Modellen bei. Die Bildung ist in keinem der Modelle signifikant und scheint keine besondere Rolle zu spielen. Weder Wahlkreise mit höheren Anteilen an Hauptschulabgänger_innen noch die mit höheren Anteilen an Abiturent_innen unterscheiden sich signifikant von denen mit hohen Realschulabschlüssen. In der Altersverteilung zeigt sich dagegen für die Altersgruppe der 35-59-Jährigen ein positiver signifikanter Effekt. In Wahlkreisen mit einem hohen Anteil der 35-59-Jährigen steigen die AfD-Ergebnisse signifikant an. Ab Modell 9 wurden die Dummyvariablen der Alterskategorien durch die Verhältnisvariable *Jung/Alt* ersetzt. Hier zeigt sich dann, dass mit steigendem Anteil der über 60-Jährigen gegenüber den 18-34-Jährigen die AfD-Wahlergebnisse in den Wahlkreisen steigen. Grafisch zeigen sich hohe regionale Unterschiede, so findet sich in den ostdeutschen Wahlkreisen der stärkste Zuspruch zur AfD – besonders dort, wo der Anteil älterer Menschen im Vergleich zu den jüngeren mehr als doppelt so hoch ist (Werte oberhalb von 2) (vgl. 3a); ein Umstand, der jedoch auch den deutlich höheren Anteilen der über 60-Jährigen in Ostdeutschland insgesamt geschuldet ist (vgl. Grafik 1).

Politisch-kulturelle Dimension

Im Modell 8 wurden die politisch-kulturellen Indikatoren (die NPD-Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2013 und der Anteil der Nichtwähler_innen derselben) als Variablen hinzugefügt. Diese zeigen, zumindest im Fall der NPD-Variable, nicht nur einen sehr starken positiven und höchstsignifikanten Effekt auf die AfD-Wahl und die stärkste Verbesserung des AIC-Wertes, sondern verändern gleichzeitig auch die Koeffizientenkonstellationen der unabhängigen Variablen deutlich. Keine der sechs im vorherigen Modell signifikanten Einflüsse ist weiterhin signifikant. Die demografischen Einflüsse des Alters, des Migrationsanteils und des Geburtensaldos sind im Gesamtmodell nicht länger signifikant. Das bedeutet: Auch in den vorherigen Modellen bestand ein vermittelter Zusammenhang, der sich durch die Zusammensetzung der Migrationsanteile, der Altersstruktur und Geburtensalden in Wahlkreisen mit hohen NPD-Wähleranteilen und/oder Nichtwähleranteilen der Bundestagswahl 2013 erklärt.

Der stark positive und höchstsignifikante Effekt der Ostdeprivation auf die AfD-Wahl verschwindet hier komplett. Dieser war im Modell 7 eingeführt worden, um die These zu überprüfen, dass besonders ostdeutsche Wahlkreise mit Einkommen unterhalb des Medians den AfD-Wahlerfolg

begünstigen. Die Variable *Deprivation* umfasst dabei einen großen Teil der ostdeutschen Wahlkreise. Tatsächlich zeigt sich im Modell ein sehr starker und höchstsignifikanter Effekt dieser Variable. Die materielle Deprivation ostdeutscher Wahlkreise hat, zumindest für Modell 7, die höchste Erklärungskraft bezüglich des Wahlerfolgs der AfD. *Modell 8* spezifiziert diesen Einfluss jedoch deutlich. Das ist ein Hinweis darauf, dass es sich nicht im Allgemeinen um ein ostdeutsches sozioökonomisches Deprivationsphänomen handelt. Gegen diese These sprechen ohnehin die vergleichsweise hohen Zustimmungswerte zur AfD im südlichen westdeutschen Raum ebenso wie die Tatsache, dass das sozioökonomische Modell (4), auch unter Berücksichtigung der Ost-West-Unterschiede (Variable *West_Ost*), signifikante positive Effekte der Arbeitslosigkeit und negative hinsichtlich des BIP zeigt. Stattdessen kann hier gezeigt werden, dass konkrete Wahlkreise, und zwar genau die Wahlkreise, die sich durch höhere NPD-Wähleranteile und Nichtwähleranteile beschreiben lassen, eigentlich für den sozioökonomischen Deprivationszusammenhang aus dem vorherigen Modell verantwortlich sind. Betrachtet man die sozioökonomische Lage der Wahlkreise von 2017 mit hohen Nichtwähleranteilen und/oder NPD-Wähleranteilen, wird ersichtlich, warum das so ist (vgl. Tabelle 3: Spalten: *NPD 2017* und *Nichtwähler 2017*). Beide weisen die mit Abstand höchsten sozioökonomischen Deprivationswerte auf. Interessant ist hier aber vor allem die Tatsache, dass sich unter Kontrolle der Nichtwähleranteile und NPD-Wähleranteile (vgl. Tabelle 4, Modell 8) das sozioökonomische Wählerprofil der Partei ändert, bzw. eine weitere relevante sozioökonomische Facette zutage tritt. Unter Kontrolle der NPD-Wähleranteile und Nichtwähleranteile zeigt sich ein signifikant positiver Effekt der Einkommen, mit steigendem Einkommen steigt also auch die Höhe der AfD-Zweitstimmen. Die Arbeitslosenquote und das Brutto-Inlandsprodukt haben dagegen keinen signifikanten Einfluss mehr. Dieser Befund wird hier so interpretiert, dass sich zwar durchaus relevante Anteile des AfD-Erfolgs aus sozioökonomisch schwächeren Wahlkreisen (die meist auch durch erhöhte Nichtwählerwerte und/oder NPD-Wählerwerte gekennzeichnet sind) erklären lassen, aber auch Wahlkreise mit mittleren und/oder hohen Einkommenschichten einen relevanten Mobilisierungserfolg durch die AfD verzeichnen konnten. Die ökonomische *Modernisierungsverlierertheorie* kann an diesem Punkt höchstens für große Teile, nicht aber für die gesamte Wählerschaft Erklärungen liefern. Dieser Befund deckt sich u.a. mit Studien des DIW (Kritikos/Brenke 2016: 604ff.) und einer Studie der Bertelsmann-Stiftung nach der Bundestagswahl (Verkamp/Wegschaidt 2017).

Die Tatsache, dass der NPD-Effekt unter Kontrolle aller anderen Variablen dennoch hochsignifikant und stark ist, zeigt, dass es neben den kontrollierten Effekten der Variablen des Gesamt-Modells einen eigenständigen und starken Einfluss gibt, der in einem direkten Zusammenhang zur erhöhten NPD-Affinität in den betreffenden Wahlkreisen steht. Die Tatsache, dass dieser Effekt bei Weitem der stärkste im Modell²⁰ ist, obwohl ab Modell 9 die NPD-Zweitstimmen von 2013 von den Zweitstimmen der AfD 2017 abgezogen wurden, belegt die These, dass dort, wo die NPD 2013 schon stärker abgeschnitten hat, ein politisches Umfeld existiert, an das die AfD erfolgreicher anknüpfen kann. Wichtig ist bei der Interpretation, die Zusammenhangsstärke nicht mit der Höhe der Wahlergebnisse zu verwechseln. Die Grafiken 4a und 4b zeigen die Zusammenhangsstärken pro Bundesland für die NPD-Wählereffekte und Nichtwählereffekte. Hier zeigt sich deutlich, dass Bundesländer mit hohen bis sehr hohen AfD-Zweitstimmenanteilen (beispielsweise Sachsen und Thüringen) eher mittelstarke bis schwache Zusammenhänge (beispielsweise Bayern) aufweisen, während u.a. Hamburg und Niedersachsen die höchsten Zusammenhangsstärken und gleichzeitig die niedrigsten Zweitstimmenanteile aufweisen. Hinsichtlich der eingangs formulierten Gründe, weshalb der NPD-Wählerzuspruch ein geeigneter Indikator für die Vorhersage der AfD-Ergebnisse sein könnte, bleibt die Untersuchung eine abschließende Erklärung schuldig, mangels geeigneter Daten. Vor dem Hintergrund des starken NPD-Effekts und der in diesem Zusammenhang zitierten Studien, die ein deutlich höheres Potenzial menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen belegen, scheint die Annahme, dass dieser Effekt auf hohe, die AfD begünstigende Einstellungspotenziale zurückzuführen ist, jedoch plausibel. Interessant wäre es, diesen Zusammenhang in Folgestudien auf der Individualebene anhand von Einstellungsdaten konkret zu überprüfen.

Der Effekt der Nichtwähler_innen auf die AfD-Wahl ist um einiges geringer und zeigt im Modell 9 lediglich hinsichtlich des *random slopes* ein signifikantes Ergebnis. Das bedeutet, dass der Nichtwählereffekt über die Bundesländer unterschiedlich und in einzelnen Bundesländern auch negativ wirkt. Grafik 4a im Anhang zeigt die Zusammenhangsstärken der Nichtwähleranteile zur AfD-Wahl für die einzelnen *random slopes*. Am stärksten zeigen sich die Effekte in Bayern (was hinsichtlich des NPD-Effekts die geringsten Werte aufweist), gefolgt von Nordrhein-Westfalen,

²⁰ Lediglich die Ost-West-Variable hat einen stärkeren Effekt, der aber, da er nur auf die regionale Zuordnung kontrolliert, hinsichtlich der inhaltlichen Erklärung keine direkte Relevanz hat.

Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt wirkt der NPD-Zusammenhang stärker in den neuen Bundesländern (vgl. Grafik 4b), der Nichtwählerzusammenhang dagegen besonders stark in den wahlkreisreichen westdeutschen Bundesländern.

Allgemein zeigt sich anhand der Effektstärke der Nichtwähler-Variablen und insbesondere der NPD-Variablen, dass die Hauptmobilisierungslinie des AfD-Erfolgs auf der politisch-kulturellen Dimension zu suchen ist. Diese beiden Variablen erklären im Vergleich zu allen sozioökonomischen und soziodemografischen Variablen der gesamten Varianzaufklärung der Modelle den größten Teil (gemessen an der Veränderung des AIC-Wertes von Modell 2 gegenüber Modell 10). So liegt der Anteil der Gesamtaufklärung der sozioökonomischen und soziodemografischen Modelle lediglich bei ca 25%, während sich die verbleibenden 75% durch Hinzunahme der NPD-Wählervariablen und Nichtwählervariablen von 2013 ergeben. Gleichzeitig deutet aber die enge Verschränkung zwischen wirtschaftlicher Deprivation und NPD-Wahlkreisen und Nichtwählerwahlkreisen darauf hin, dass sich die sozioökonomische und die politisch-kulturelle Dimension überschneiden und gegenseitig bedingen. Die Ergebnisse insgesamt legen nahe, dass der Mobilisierungserfolg primär politisch begründet ist – und zwar konkret aus einem politischen Raumklima, das sich aus der höheren NPD-Affinität bestimmter Wahlkreise ergibt. Darauf aufbauend konnte erfolgreich eine sozioökonomisch und soziodemografisch wesentlich breitere und sehr heterogenere Wählerschaft als die der NPD erschlossen werden.

Ost-West-Unterschied

Die zweite Frage, die hinsichtlich des AfD-Wahlerfolgs in der Untersuchung gestellt wurde, bezieht sich auf die großen Unterschiede im Wählerzuspruch zur AfD zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Wahlkreisen. Betrachtet man die einzelnen Modelle hinsichtlich ihrer Differenz zwischen den östlichen und den westlichen Wahlkreisen, lässt sich bestimmen, welcher Anteil des Unterschiedes durch die verwendeten Variablen aufgeklärt werden konnte. Ein einfacher T-Test zeigt zunächst, dass Ostdeutschland mit 20,7% in etwa doppelt so hohe AfD-Wahlerfolge verzeichnen konnte wie Westdeutschland mit einem Schnitt von 10,7.²¹ Dieser signifikante

²¹ Die Ost-West-Durchschnitte variieren von anderen Berechnungen geringfügig, da Berlin hier komplett zu den ostdeutschen Ländern gezählt wurde.

Unterschied (Sign 0,000) von 9,9 % reduziert sich geringfügig auf 9,2 % (Modell 2), wenn auf den Ost-West-Unterschied rechnerisch kontrolliert wird, indem die Ost-West-Variablen in das Modell aufgenommen wird. Der kontrollierte Schnitt für Westdeutschland liegt nun bei 10,02%, der kontrollierte Schnitt für Ostdeutschland bei 19,23%. Modell 2 kontrolliert auf die regionalen Gegebenheiten der Wahlkreise und ihre Zuordnung zu den unterschiedlichen Bundesländern und Ost- bzw. Westdeutschland. Tatsächliche inhaltliche Erklärungen des Unterschieds, die über die Regionszugehörigkeit hinausgehen, finden sich hier jedoch noch nicht. Diese werden schrittweise ab Modell 3 hinzugefügt und beinhalten in Modell 10 alle innerhalb dieser Studie betrachteten Variablen zur inhaltlichen Erklärung des Wahlerfolgs. Vergleicht man die Differenz zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen daher zwischen den Modellen 2 und 10, kann anhand der Verringerung des Abstandes zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern eingeschätzt werden, welcher Anteil der Ost-West-Differenz durch alle Variablen im Fullmodell (Modell 10) erklärt werden konnte. Im Modell 10 liegen die westdeutschen Wahlkreise bei einem Schnitt von 9,49% und die ostdeutschen bei 13,82% – also insgesamt bei einer Differenz von 4,33%. Durch alle im Fullmodell enthaltenen Variablen konnte der Unterschied zwischen Ost und West also von 9,2% auf 4,3% reduziert werden. Zwar ist auch im Modell 10 ein nach wie vor signifikanter und starker Effekt der Ost-West-Variable zu sehen, jedoch konnte der Unterschied um mehr als die Hälfte verringert werden.

Inhaltlich lässt sich die Frage nach dem hohen Ost-West-Unterschied zwischen den Wahlkreisen daher zumindest in relevanten Teilen durch die sozioökonomischen und politisch-kulturellen Variablen beantworten. Ostdeutsche Wahlkreise sind gegenüber den westdeutschen sozioökonomisch deutlich benachteiligt und zeigen gleichzeitig wesentlich höhere Werte hinsichtlich der Nichtwähler_innen und vor allem der NPD-Wahlergebnisse von 2013. Betrachtet man das obere Drittel der Verteilung der NPD-Zweitstimmen, entfallen in etwa 2/3 der höchsten Zustimmungswerte auf ostdeutsche Wahlkreise zur Bundestagswahl 2013. Hierbei greift das sozioökonomische Argument des wirtschaftlich abgehängten Ostens bei genauerer Betrachtung allein zu kurz – wie der Vergleich der Modelle 7 und 8 gezeigt hat. Ein relevanter Bestandteil des Mobilisierungserfolgs der AfD in Ostdeutschland lässt sich aus Wahlkreisen mit höheren NPD-Zustimmungswerten und/oder Nichtwähleranteilen erklären, die gleichzeitig im Vergleich zum bundesweiten Schnitt sozioökonomisch stärker benachteiligt sind. Diese sind besonders im Osten in höherem Maß vertreten. Hinsichtlich des Einflusses der sozioökonomischen Indikatoren ist zu

beachten, dass generell ein starkes sozioökonomisches Gefälle zwischen Ost und West besteht, was die negativen sozioökonomischen Zusammenhänge in Ostdeutschland vermittelt. So zeigen sich, betrachtet man Ostdeutschland für sich, auch deutliche positive Effekte mit steigenden Einkommen, geringerer Arbeitslosenquote in vielen ostdeutschen Wahlkreisen, wenn diese im Maßstab zum Bundesländereinkommen betrachtet werden.

Vorsicht ist bei der Interpretation der Ergebnisse der Studie vor allem hinsichtlich der Aggregatebene des Untersuchungsgegenstandes angebracht. Die in dieser Studie verwendeten Variablen beschreiben Wahlregionen als soziale Räume, keine individuellen sozialen Lagen, Parteipräferenzen oder spezifische Bevölkerungsgruppen. Das heißt keineswegs, dass die Ergebnisse als solche im Verhältnis zu Studien auf der Individualebene oder zu Raumstudien kleinerer regionaler Einheiten zu falschen Aussagen führen oder hinsichtlich individueller Einstellungen und Handlungen irrelevant sind. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass relevante Wechselbeziehungen zwischen sozialem Raum und den darin lebenden Individuen existieren. Sozialräumliche Zusammenhänge formen und beeinflussen die Lebenswelten der in ihr lebenden und interagierenden Individuen und tragen damit auch zur politischen Meinungsbildung bei. Sicherlich sind die relativ funktionalen Wahlkreiseinteilungen als Sozialraum kein wesentlicher Bezugspunkt individueller Orientierung. Allerdings lassen sich Wahlkreise als Aggregate von Sozialräumen auf Kreis- und Gemeindeebene, an denen sich alltägliche Lebenswelten ausrichten, durchaus untereinander vergleichen. Auch bedeutet die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses umgekehrt nicht, dass sich nicht auch auf höheren Aggregatebenen Effekte finden, die ähnlich denen der Individualebene wirken. Tatsächlich zeigen die Ergebnisse der Parteiencharakterisierungen, zumindest in der relativ groben Skizzierung, durchaus Ähnlichkeiten zu Studien auf der Individualebene (u.a. Brähler et al. 2014; DIW 2017). Die Befunde zu einer hohen Mobilisierung der AfD durch ökonomisch eher deprivierte Wählergruppen zeigen sich auch in Studien u.a. der Bertelsmann-Stiftung nach der Wahl und in den Nachwahlbefragungen von Infratest Dimap und der Forschungsgruppe Wahlen (Verkamp/Wegschaidt 2017; Infratest Dimap 2017; Forschungsgruppe Wahlen 2017). Dennoch ist es notwendig, sich bei der Interpretation der Ergebnisse einmal mehr vor Augen zu halten, dass der Gegenstand dieser Studie keine Individuen sind, da sonst die Gefahr von Fehlinterpretationen gegeben ist. Beispiele für Fehlinterpretationen wären Aussagen wie die, dass die NPD-Wähler_innen und/oder Nichtwähler_innen den hohen

Stimmenzuwachs der AfD begründen. Das wäre schon aus dem Grund falsch, da offensichtlich der quantitative Anteil der NPD-Stimmen um ein vielfaches geringer ist im Vergleich zu den teilweise sehr hohen AfD-Wahlergebnissen. Wahlkreise als Analyseeinheiten sind schlicht zu groß, um zuverlässige Aussagen über individuelle Wählerwanderungen zu treffen.

Im Gegenteil zeigt sich auf der Individualebene, dass die relevante Mobilisierung der AfD-Wählerschaft von CDU, SPD und LINKEN und Teilen der Nichtwählerschaft (Infratest Dimap 2017) ausging, und bestätigt damit die Annahmen von u.a. Heitmeyer (2012) und Brähler et. al (u.a. 2016), dass vorher bei anderen Parteien gebundene Einstellungspotenziale erfolgreich durch die AfD mobilisiert werden konnten. Um zu unterstreichen, dass in dieser Untersuchung nicht auf das individuelle Wahlverhalten abgezielt wird, sondern auf die Analyse eines die Wähler_innen umgebenden Raumes, wurden im Modell 9 und 10 die NPD-Zweitstimmen der Bundestagswahl 2013 aus den Wahlergebnissen der AfD 2017 herausgerechnet. Es konnte dabei gezeigt werden, dass der Effekt nach wie vor sehr stark und höchstsignifikant ist und damit die eingangs hergeleitete These zur NPD als Indikator für ein politisch-kulturelles Klima in den Wahlkreisen, was den Erfolg der AfD begünstigt, deutlich bestätigt.

Angesichts der oben beschriebenen Einschränkungen hinsichtlich der kurz nach der Wahl verfügbaren Daten kann die Fragen gestellt werden, wieso nicht innerhalb eines größeren Zeitfensters mit detaillierteren Daten gearbeitet wurde. Direkt im Anschluss an die Bekanntgabe der vorläufigen Wahlergebnisse wurden u.a. die hier verwendeten Strukturdaten und die Wahlergebnisse des Bundeswahlleiters zügig medial aufbereitet und interpretiert und damit auch zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatten über die Interpretation des Wahlverlaufs und deren politische Folgen. Aus Sicht der Verfasser schien es daher sinnvoll, auch an einem frühen Punkt auf Grundlage der Daten aus wissenschaftlicher Perspektive einen Beitrag leisten zu können, indem die Ergebnisse der Wahl vor dem Hintergrund der verfügbaren Daten in einen breiteren Kontext eingeordnet werden und indem mögliche Fallstricke in der Interpretation der Daten im öffentlichen Diskurs aufgezeigt werden können. Hierbei ist es jedoch wichtig, die Möglichkeiten und Grenzen dieser Daten klar zu benennen und zu thematisieren.

4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Allgemein zeigt die Analyse der soziostrukturellen Indikatoren und ihrer Effekte auf die Zweitstimmenanteile der unterschiedlichen Parteien in den Wahlkreisen, dass

- die GRÜNEN und die FDP besonders in den einkommensstärksten und städtischen Wahlkreisen hohen Wählerzuspruch haben, die Union dagegen vorrangig in ländlich und katholisch geprägten Wahlkreisen. SPD und Linkspartei verzeichnen höhere Ergebnisse in Wahlkreisen mit mittleren und niedrigen Einkommen und höheren Arbeitslosenquoten. Das gilt für die SPD besonders in westlichen Wahlkreisen, für die Linkspartei dagegen überdurchschnittlich stark im Osten. Am stärksten sind Wahlkreise mit hohen Nichtwähleranteilen und erhöhten NPD-Zweitstimmenanteilen von Deprivation über alle sozioökonomischen Indikatoren hinweg (Arbeitslosenquote, Einkommen, Wirtschaftskraft) betroffen.

Hinsichtlich des AfD-Wahlerfolgs zur Bundestagswahl 2017 zeigt sich, dass die politisch-kulturellen Indikatoren gemeinsam mit einigen sozioökonomischen und soziodemografischen Faktoren insgesamt deutlich zur Erklärung des AfD-Wahlerfolgs auf der Wahlkreisebene beitragen.

Politisch-kulturelle Dimension:

- Die relevanten Grundlagen, die den Wahlerfolg der AfD in der Untersuchung erklären, gehen bis mindestens 2013 zurück. Der starke Einfluss der NPD-Wähleranteile und der geringere der Nichtwähleranteile von 2013 belegen, dass die AfD besonders dort erfolgreich war, wo sich schon 2013 ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt hatte oder stärker rechtsextrem gewählt hatte. Die Variablen der politisch kulturellen Dimension verfügen mit Abstand über die stärkste Erklärungskraft hinsichtlich der AfD-Wahlergebnisse.
- Dieser Effekt findet sich in allen Bundesländern – sowohl in den ost- als auch in den westdeutschen Bundesländern.
- Da die Zweitstimmenanteile der NPD 2013 von denen der AfD 2017 abgezogen wurden, konnte gezeigt werden, dass es sich hierbei nicht um Effekte der Wählerwanderung handelt, sondern gemäß der eingangs formulierten Erwartungen um Einflüsse des politischen Klimas in den Wahlkreisen, die den AfD-Wahlerfolg begünstigen und die sich über die NPD-Wahl 2013 messen lassen.

Sozioökonomische Dimension:

- Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 zeigt sich, dass die AfD 2017 wesentlich erfolgreicher in sozioökonomisch abgehängten Regionen mobilisieren konnte.
- Zunächst lassen sich, betrachtet man ausschließlich die sozioökonomischen und -demografischen Indikatoren, die Annahmen der Modernisierungsverlierertheorie

bestätigen. Es zeigt sich eine erfolgreiche Mobilisierung der AfD besonders in Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem BIP zur Bundestagswahl 2017. Wird jedoch die Tatsache berücksichtigt, dass es die Wahlkreise mit hohen NPD-Wähleranteilen und/oder Nichtwähleranteilen sind, die zugleich die höchsten sozioökonomischen Deprivationswerte aufweisen, zeigt sich, dass auch Wahlkreise mit mittleren und hohen Einkommen steigende AfD-Ergebnisse verzeichnen. Damit zeigt sich eine insgesamt sehr heterogene sozioökonomische Struktur der Partei über die verschiedenen Wahlkreise.

Soziodemografische Dimension:

- Mit steigendem Altersdurchschnitt in den Wahlkreisen – hier besonders innerhalb der Gruppe der 35-59-Jährigen – gehen höhere Wahlergebnisse der AfD einher.
- Eine sinkende Bevölkerungsdichte führt signifikant zu höheren Zustimmungswerten zur AfD in den Wahlkreisen. Die AfD konnte besonders in Wahlkreisen ländlicher Regionen, weniger in großen Städten, erfolgreich Wähler_innen mobilisieren.

Bezüglich des Ost-West-Unterschieds können die verwendeten Variablen mehr als die Hälfte der großen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen am AfD-Mobilisierungserfolg erklären:

- Ein deutlich höherer Anteil an NPD-Zweitstimmen in vielen ostdeutschen Wahlkreisen und eine hohe Anzahl an Nichtwähler_innen 2013 und eine große sozioökonomische Kluft im Vergleich zu den westdeutschen Wahlkreisen üben einen starken Einfluss auf die Ost-West-Differenz aus.
- Das Bild des sozioökonomisch abgehängten Ostens greift als Erklärung allein zu kurz. Die starken positiven Zusammenhänge zwischen Deprivation und AfD-Wahlerfolgen gehen in Teilen auf den großen sozioökonomischen Unterschied im Vergleich zu den westdeutschen Wahlkreisen zurück. Betrachtet man die ostdeutschen Bundesländer für sich und nicht im Vergleich zu den westdeutschen, finden sich durchaus auch positive Zusammenhänge mit steigenden Einkommen und sinkender Arbeitslosigkeit. Andersherum finden sich in Westdeutschland ebenfalls Bundesländer mit deutlich positiven Zusammenhängen zwischen AfD-Wahl und sozioökonomischer Deprivation.

5 Diskussion und Einordnung der Studie

Begleitend zur obigen Untersuchung sollen hier im Anschluss die Ergebnisse eingeordnet und diskutiert werden. In diesem Abschnitt wird zwar auch auf die Studie Bezug genommen, es werden jedoch auch Aspekte diskutiert, die über den konkreten Gegenstand dieser Studie hinausgehen. Auf unterschiedliche

Studien und aktuelle Diskurse und Ereignisse wird hier Bezug genommen und sich insgesamt damit auch ein Stück weit von den notwendigen methodischen Konventionen der vorherigen Untersuchung entfernt.

Entgegen der Erwartungen vieler Kommentator_innen und Politiker_innen zeigen die Verluste der großen Volksparteien und der Aufstieg der AfD als Ursache durchaus eine relevante sozioökonomische Komponente auf. Zur Bundestagswahl 2017 konnte die AfD große Teile ihres Mobilisierungserfolgs in sozioökonomisch schlechter gestellten Wahlkreisen verzeichnen. Die ungleiche Verteilung wirtschaftlicher Leistungskraft, verfügbarer Einkommen und des Arbeitsmarktzugangs zieht nach wie vor große Gräben, am offensichtlichsten zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen, aber auch außerhalb dieser Regionen, z.B. auf der Nord-Süd-Achse und innerhalb der Bundesländer (hier z.B. deutlich sichtbar im Stadt-Land-Gefälle). Die Tatsache, dass, im gesamtdeutschen Mittel betrachtet, besonders die am stärksten wirtschaftlich deprivierten Wahlkreise die höchsten Nichtwähleranteile und Zustimmungswerte zur rechtsextremen NPD (jeweils im Jahr 2013) aufweisen, deutet hier bereits auf eine enge Verzahnung zwischen dem Ausschluss von der sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe und dem Rückzug aus der demokratischen Kultur bis hin zu ihrer offenen Verneinung in Form der rechtsextremen Parteienwahl hin.

Es ist jedoch Vorsicht geboten, angesichts des offensichtlichen Zusammenhangs zwischen ökonomischer Deprivation und AfD-Affinität auf einen Automatismus zu schließen, dass materiell schlechter gestellte Personen per se rechtspopulistisch oder rechtsextremistisch wählen. Der bloße Nachweis der Existenz materieller Deprivation bedeutet nicht, dass diese automatisch eine AfD-Affinität zur Folge hat. Die Nichtwähler_innen als größere Gruppe im Vergleich zur AfD-Wählerschaft haben unter vergleichbaren deprivierten Umständen bei der Bundestagswahl 2017 nicht die AfD gewählt, sondern sich der Wahl komplett enthalten. Somit verweisen die Ergebnisse der Studie eher auf ein starkes Ineinandergreifen der sozioökonomischen, materiellen und der politisch-kulturellen Konfliktlinien. Hierbei lässt sich letztere aber eben nicht erschöpfend und ausschließlich aus der ersteren erklären. So zeigt sich in der detaillierteren Analyse auch ein anderes und gegensätzliches sozioökonomisches Wählerprofil der Partei: das der ökonomisch Bessergestellten. Berücksichtigt man sowohl die sozioökonomische Dimension der Effekte der NPD-Wählerhochburgen und Nichtwählerhochburgen, die zu großen Teilen durch

überdurchschnittliche Deprivation innerhalb der Wahlkreise beschrieben werden können, als auch die Tatsache, dass viele dieser Wahlkreise eher einkommensschwach sind und im Osten Deutschlands liegen, wird ein positiver Effekt der verfügbaren Einkommen auf die AfD-Wahl sichtbar. Spätestens an diesem Punkt kommt eine ausschließlich sozio-ökonomisch begründete Deprivationsthese in Erklärungsschwierigkeiten, denn offensichtlich bestehen ungeachtet einer sozioökonomisch prekären Lage starke Anreize, die Partei zu wählen. Die Tatsache, dass der Effekt der NPD-Wahl 2013 auch dann sehr stark trägt, wenn die moderierenden Effekte von Einkommen, Arbeitslosigkeit, BIP, Bevölkerungsdichte, Migration, Alter und Bildung kontrolliert werden, lässt annehmen, dass die relevantere Dimension des Wahlerfolgs der Rechtspopulist_innen tatsächlich in einer Mobilisierung der Wählerschaft entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu suchen ist; eine Konfliktlinie, darauf verweist der starke Zusammenhang zur höheren NPD-Affinität, die zwischen einer offenen, liberalen und pluralistischen und einer eher homogenen, autoritären und nationalistischen Konzeption von Gesellschaft verläuft. Die erfolgreiche Besetzung dieses Konflikts scheint der inhaltliche Schlüssel zum Wahlerfolg; von hier aus ist es der Partei gelungen, in viel größerem Maße als die NPD es jemals vermochte, sowohl sozioökonomisch deprivierte als auch wohlständigere Wählergruppen anzusprechen und zu mobilisieren. Die sozioökonomische Heterogenität der Wählerschaft und die faktische Unmöglichkeit, diese konstruktiv wirtschafts- und sozialpolitisch zu binden, gibt Anlass zur Sorge, dass die Partei auch weiterhin auf radikale populistische Ausbeutung dieser politisch-kulturellen Konfliktlinie setzen wird, um nicht an der soziostrukturellen Gegensätzlichkeit ihrer Wählerschaft zu zerbrechen.

Die häufig verwendeten, aber inhaltlich relativ weit gefassten Begriffe der Protestwahl und des kulturellen Konflikts sollten hinsichtlich der AfD-Programmatik und der Äußerungen bis hoch in die Führungsspitze der Partei zumindest konkretisiert werden. Zwar zeigte sich bei der Bundestagswahl durchaus ein Wahlverhalten, das vor dem Hintergrund des starken Ergebnisses der AfD in wirtschaftlich abgehängteren Regionen auch als Aufbegehren gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre interpretiert werden könnte. Vor allem aber die quer durch die Gesellschaft hoch popularisierte und polarisierte Debatte um die sogenannte „Flüchtlingskrise“ deutet auf das Wesen dieses Protestes hin, der stark von autoritären, fremdenfeindlichen und chauvinistischen Abgrenzungs- und Aufwertungsbedürfnissen getrieben scheint. Der Begriff des kulturellen Konflikts vermittelt dagegen oft das Bild von Personen mit

Sehnsucht nach materieller, sozialer und normativ stabiler Sicherheit der bürgerlichen Wohnstuben aus der Zeit vor den sozioökonomischen und normativen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre. Programmatik und viele Äußerungen, auch der Parteispitze, etwa die Forderungen nach Schusswaffengebrauch an den Grenzen, nach Ausbürgerung von staatsbürgerrechtlich anerkannten Personen²², NS-Relativierung und die Ablehnung eines sogenannten Schuldkults, verweisen auf geschichtliche Referenzpunkte, die in Teilen weit über die 1960er Jahre hinaus reichen; ebenso wie die Versuche, den Begriff „völkisch“ zu enttabuisieren oder den öffentlichen Diskurs zunächst sprachlich durch Begrifflichkeiten wie „jagen“ oder „entsorgen“ mit Gewalt aufzuladen. Gerade hinsichtlich der Diskussion, inwiefern die AfD durch die Integration vormals NPD-naher Wählerkreise diese damit erfolgreich in den demokratischen Diskurs einbindet, ist es notwendig, demokratische Prozesse nicht als bloße quantitative Repräsentation von Mehr- und Minderheitsverhältnissen zu interpretieren, sondern auch inhaltlich im Sinne einer vielfältigen, offenen, pluralistischen und heterogenen demokratischen Kultur, die genau dadurch lebt und sich auch daraus begründet. Vor dem Hintergrund der Äußerungen von Teilen der AfD ließe sich die obige These zur *NPD-Demokratisierung* auch andersherum formulieren und fragen: Müsste auf der inhaltlichen Ebene nicht von einer erfolgreichen Einbindung von Teilen der AfD in die NPD gesprochen werden?

Leider liegt es in der Natur breit geführter öffentlicher politischer Kontroversen, dass sie relativ zyklisch mit flüchtiger Aufmerksamkeit und mit geringem Erinnerungsvermögen an vorausgegangene Debatten und Ereignisse geführt werden. Oft ist es, wie im vorliegenden Fall der Debatten rund um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus so, dass lang anhaltende und kontinuierliche Prozesse erst dann die Schwelle zur öffentlichen Aufmerksamkeit durchbrechen, wenn sie als außerordentliche Ereignisse (beispielsweise hohe Zugewinne bei Wahlen, starke Zunahme rechter Gewalttaten in qualitativer oder quantitativer Art) zur öffentlichen Diskussion zwingen. Die Liste längst vergessener Diskurse ließe sich beliebig ergänzen – erinnert sei an die Diskurse über die ersten großen Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Europa in den 1980ern, die

²² Wahlprogramm der AfD für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017: „In folgenden Fällen soll eine Rücknahme der Einbürgerung erfolgen: - bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung - bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS) - bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die Rücknahme der Einbürgerung zur Staatenlosigkeit führt. Hierzu ist Art. 16 Abs. 1 GG entsprechend zu ändern.“ (S.23), vgl.: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf.

massive Mobilisierungs- und Gewaltwelle deutscher Neonazis während der 1990er bis 2000er, den Erfolg von Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl 2002 in Frankreich, den Umgang mit dem Rechtspopulisten Jörg Haider innerhalb der EU, die Wahlerfolge der Rechtspopulist_innen bei den Europawahlen 2008 und 2014 und die aktuellen Debatten um den Brexit und Trump. Das zeigt, dass es zwar sicherlich richtig ist, von einer sichtbaren Zunahme rechter Mobilisierung zu sprechen, es sich aber keinesfalls um singuläre Ereignisse handelt, als die sie regelmäßig diskutiert werden, sondern um langfristige und kontinuierliche Entwicklungen innerhalb der europäischen Nachkriegsgeschichte.

Der AfD-Wahlerfolg, für den häufig die sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 als Ursache herangezogen wird, ist das jüngste Beispiel der zirkulären Debatten, bei denen häufig Anlass und Ursache verwechselt werden. Allein die Tatsache, dass schon seit 2013 größere rassistische Mobilisierungen stattfanden, so z.B. in Schneeberg, gefolgt von der schnell wachsenden Popularität von PEGIDA Ende 2014 (noch deutlich vor dem Sommer 2015), spricht gegen die Annahme, dass sich die rechtspopulistische Mobilisierung primär oder ausschließlich aufgrund der „Flüchtlingskrise“ erklären lässt. Vielmehr scheint es, dass es sich hierbei um Anlässe handelt, die Artikulationsmöglichkeiten für länger existierende Einstellungen bieten. Der Soziologe Holger Lengfeld nutzt hierfür den Begriff der „umgekehrten Schweigespirale“²³. Dort, wo sich anlassbezogen existente Einstellungen artikulieren können, fühlen sich andere dazu ermutigt, dies gleich zu tun und ähnliche Positionen zu formulieren. Studien, beispielsweise des Bielefelder Instituts für Konfliktforschung (u.a. Heitmeyer 2012; Zick/Klein 2014) oder auch die Leipziger Mittelstudien (u.a. Brähler et al. 2014/2016), untersuchen in regelmäßigen Abständen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. Eine ganze Reihe von Einstellungsmustern (u.a. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamophobie, Sexismus und Sozialdarwinismus) bilden ein gemeinsames Syndrom, das als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit über die Zeit und die Ereignisse in der Betonung und Kombination einzelner Diskriminierungsformen durchaus variieren kann, sich aber insgesamt als ein stabiles und hohes Potenzial menschenfeindlicher Einstellungen quer durch die Gesellschaft zeigt. Schon 2002 wurde im Rahmen einer Untersuchung zu Dimensionen rechtspopulistischer Einstellungen ein

23 Lengfeld, Holger (2017): „AfD-Wähler sind nicht wirtschaftlich, sondern kulturell abgehängt“. Online: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/abgehaengte-bevoelkerungsgruppen-afd-waehler-sind-nicht-wirtschaftlich-sondern-kulturell-abgehaengt-1.3675805-2>.

hohes Potenzial in der deutschen Gesellschaft ausgemacht. 2011 war dieses zwar in der Summe gesunken, gleichzeitig zeigten sich die Verfasser besorgt über eine zunehmende Bereitschaft zum Protest auf der Straße und eine schwindende Parteienbindung im bisherigen politischen Parteienspektrum (Heitmeyer 2012).

Eine Kultur der zirkulären Aufregungsdebatten, in der immer nur extreme Ereignisse (Wahlerfolge, rechtsextreme Gewalt etc.) den Durchbruch in das kollektive Bewusstsein erzwingen, ignoriert nicht einfach nur die Tatsache rechtsextremer und menschenfeindlicher Kontinuität quer durch die gesellschaftlichen Schichten, sondern birgt auch eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Kultur an sich. Immer dann, wenn Anlässe mit Ursachen verwechselt werden, läuft der demokratische Diskurs Gefahr, zum Zugpferd rechtspopulistischer Diskursstrategien zu werden. Anlässlich der aktuellen Situation lässt sich gut zeigen, dass die Interpretation der „Flüchtlingskrise“ als Ursache die Gefahr eines Rechtsrucks quer durch die Parteienlandschaft birgt. Da der AfD-Wahlerfolg im öffentlichen Diskurs meist ausschließlich durch die „Flüchtlingskrise“ begründet wird, wenden sich die Parteien vermehrt dem restriktiveren Umgang mit Einwanderung zu, anstatt eine nachhaltige Debatte über Ursachen und Umgang menschenfeindlicher Einstellungen zu führen.

Zur Frage der Strategien im Umgang mit der AfD ist der in Teilen der CDU/CSU, aber auch in anderen Parteien verfolgte Kurs eines Rechtsschwenks, um das durch die AfD mobilisierte Wählerpotenzial wieder einzubinden, sowohl moralisch als auch faktisch sehr zweifelhaft. Zum einen hieße eine von den entsprechenden Wähler_innen als glaubwürdig empfundene verstärkte Positionierung am rechten Rand, rechtspopulistische und teilweise rechtsextreme Programmatik und Äußerungen der AfD auch tatsächlich inhaltlich zu akzeptieren, zu repräsentieren und damit im demokratischen Diskurs zu normalisieren. Faktisch spricht allein die Tatsache, dass die AfD gerade in den Bundesländern, in denen die Union schon vorher starke inhaltliche Schnittmengen mit Teilen der AfD-Positionen hatte, hohe Wahlerfolge erzielen konnte, wie in Sachsen und Bayern, gegen einen messbaren Erfolg dieser Strategie. Eher ist zu vermuten, dass sich die dramatischen Stimmenverluste bei kommenden Wahlen noch steigern werden, weil sie gemäßigte Wähler_innen zu anderen Parteien treibt, während die Adressat_innen eines Rechtsrucks diesen eher als Kopie einer in ihren Augen erfolgreichen inhaltlichen Positionierung der AfD sehen würden und

weiterhin auf das „Original“ setzen.²⁴ Erfolgversprechender, als sich nun mit inhaltlichen Angeboten ausschließlich an jene zu richten, die sich ohnehin entschieden haben, erscheint es stattdessen, die Aufmerksamkeit insbesondere auf die große Gruppe der Nichtwähler_innen zu richten. Der Nichtwähleranteil in den Wahlkreisen macht nach Ergebnissen dieser Studie Teile des AfD-Mobilisierungserfolgs aus. Nachwahlbefragungen zeigen, dass etwa ein Viertel der Wählerschaft der AfD aus der Gruppe vorheriger Nichtwähler_innen stammt (Infratest Dimap 2017; Forschungsgruppe Wahlen 2017). Quantitativ steht der AfD-Wählerschaft allerdings die viel größere Gruppe der Nichtwähler_innen zur Bundestagswahl 2017 gegenüber. Diese ist mit ca 23% die größte Gruppe, hinter den CDU-Wähler_innen, und repräsentiert damit in etwa ein Viertel der Wahlberechtigten insgesamt (vgl. Tabelle 2, Zeile: *Zweitstimmenanteil Bundesmittelwert*). Diese Gruppe hat 2017 gar keine Partei gewählt und damit auch nicht die AfD. Hinsichtlich der im Verhältnis starken wirtschaftlichen und materiellen Deprivation in Wahlkreisen mit hohen Nichtwähleranteilen wäre es notwendig, innerhalb der Parteien Konzepte zu entwickeln, die über die soziale und materielle Teilhabe Nichtwähler_innen wieder in den demokratischen Diskurs integrieren. Die Befunde der Studie der Bertelsmannstiftung zeigen, ähnlich der Ergebnisse dieser Untersuchung, dass es der AfD gelungen ist, die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung zu verringern, da sie viele Wähler_innen aus sozioökonomisch prekären Milieus und bisherige Nichtwähler_innen mobilisieren konnte (Verkamp/Wegschaidt 2017). Dieses Ergebnis ist gleichzeitig Armutszeugnis für die anderen Parteien und sollte zur Frage führen, inwiefern es geglückt bzw. gewollt ist und war, diese Wählergruppen über Parteiprogrammatik und Wahlkampfthesen zu erreichen und einzubinden. Darüber hinaus müsste dringend diskutiert werden, wie sich die immer deutlicher abzeichnende Spaltung der Gesellschaft in sozioökonomisch Abgehängte und Profiteur_innen der Wandlungs- und Modernisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte auch hinsichtlich der kulturellen Konfliktlinie begegnen lässt. Gelingt es, alle Teile der Bevölkerung am Prozess von Modernisierung und Wandel in sozioökonomischer und materieller Hinsicht teilhaben zu lassen, wäre dies eventuell die Grundlage dafür, dass sich Menschen auch in normativer Hinsicht als Teil eines sich wandelnden Bildes von Gesellschaft begreifen – hin zu offenen, pluralistischen und heterogenen Konzepten. Die Studie zeigt auch, dass

²⁴ Die Nachwahlbefragungen von Infratest Dimap zeigen, dass die stärksten Abwanderungen von der CDU/CSU zugunsten der FDP verliefen (Infratest Dimap 2017).

materielle Desintegration nicht die einzige Ursache der rechtspopulistischen Mobilisierung ist. Insofern sollte die Debatte über das Syndrom gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als konstant hohes Einstellungspotenzial diesen Umstand auch als solchen thematisieren und über nachhaltige Strategien im Umgang diskutieren.

Die Ergebnisse der Studie zeigen insgesamt: Beim AfD-Wahlerfolg handelt es sich um einen langfristigen Prozess; der Rechtsruck – entgegen vieler Einschätzungen – kam weder über Nacht noch wird er sich mit einem einfachen *Weiter so* stoppen oder zurückdrehen lassen. So wenig, wie die NPD verschwand, so wenig wird der Rechtspopulismus einfach verschwinden. Er stellt voraussichtlich auch langfristig – unabhängig des jeweiligen Labels der Parteihülle – eine für Teile der Bevölkerung attraktive Abwehrbewegung gegen Modernisierungsprozesse dar.

Dementsprechend sind langfristige Gegenstrategien notwendig.

Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich. In manchen Regionen haben in diesem Jahr mehr Menschen rechtsradikal gewählt als demokratisch oder gar nicht ihre Stimmen abgegeben. Demokratische Errungenschaften müssen verteidigt und vor dem Hintergrund dieser größten Herausforderung für die demokratische Kultur der Bundesrepublik seit der Vereinigung modernisiert und moderiert werden. Die AfD konnte zur Bundestagswahl 2017 im Vergleich zur vorangegangenen wesentlich erfolgreicher in sozioökonomisch abgehängten Regionen und solchen mit hohen Nichtwähleranteilen mobilisieren. Allerdings ist der mobilisierte Anteil im Vergleich zur großen Gruppen aller Nichtwähler_innen noch überschaubar. Die AfD bereitet aber sozialpopulistische Kampagnen vor, um künftig – vergleichbar mit dem Front National – die große Zahl der Nichtwähler_innen insbesondere in abgehängten Regionen noch stärker mobilisieren zu können.

Es gilt daher auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie:

1. Liberale und demokratische Fortschritte und Werte müssen verteidigt werden. Dazu zählt, menschen- und verfassungsfeindliche, rassistische und völkische Positionen zu ächten und aus dem politischen Diskurs zu isolieren.
2. Ein Rechtsruck aller zivilgesellschaftlichen Entitäten – einschließlich der politischen Parteien – ist zu verhindern.
3. Zu stärken ist die nachhaltige Auseinandersetzung mit menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen in allen Schichten und politischen Milieus, auch sind jene Akteure zu stärken, die sich vor Ort für demokratische Kultur einsetzen. Eine erneute Einführung der umstrittenen „Extremismusklausel“ in der Demokratieförderung wäre eine Misstrauenserklärung und Schwächung der

zahlreichen Engagierten, die im Alltag unter großem Einsatz und zum Teil unter großem Risiko die Grundwerte unserer Verfassung hochhalten.

4. Erprobte und erfahrene Konzepte und Träger der Demokratieförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen sollten verstärkt in Regelstrukturen überführt werden.
5. Wirksame Maßnahmen zur materiellen und politischen sowie kulturellen Inklusion prekarierteter Gruppen und Personen sowie abdriftender Regionen sind zu schaffen.
6. Solidarische Antworten und Konzepte für den gesellschaftlichen Wandel unter Beteiligung der Bevölkerung sind öffentlich und in verständlicher Sprache zu entwickeln und zu diskutieren – nicht nur in akademischen Zirkeln.
7. Verstärkte Bemühungen sind notwendig, um in allen Alterskohorten über liberale Modernisierungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen aufzuklären – zum Beispiel über die „Ehe für Alle“ oder die Anerkennung des sogenannten dritten Geschlechtes.

Um einer künftig verstärkten Mobilisierung von bisherigen Nichtwähler_innen durch die AfD in sozial benachteiligten Regionen zuvorzukommen, gilt es auf der sozioökonomischen Konfliktlinie:

1. Soziale Missstände sind universalistisch, d.h. jenseits ethnischer oder religiöser Zuschreibungen, öffentlich zu diskutieren.
2. Die soziale Frage durch die demokratischen Parteien ist glaubwürdig zu thematisieren und es sind vertrauensstiftende Antworten auf ökonomische Herausforderungen zu finden.
3. Es ist die Fähigkeit des demokratisch legitimierten Staates zu beweisen, Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse regulieren und moderieren zu können.

Literaturverzeichnis

- Allport, G.W. (1954). The nature of prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.
- Anastasakis, Othon (2000), Extreme Right in Europe. A Comparative Study of Recent Trends. Discussion Paper 3. London School of Economics & Political Science.
- Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth (2006). Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success. In: European Journal of Political Research 45. S. 419-443.
- Barr, Dale J./Levy, Roger/Scheepers, Christoph/Til, Harry J. (2013). Random structure for confirmatory hypothesis testing: Keep it maximal. In: J Mem Lang. 2013 April; 68(3).
- Bergmann, Knut/Diermeier, Mattuhias/Niehues, Judith (2016). Parteipräferenz und Einkommen. Die AfD – eine Partei der Besserverdiener? In: IW-Kurzberichte 19. 2016; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Salomo, Katja (2015). Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2015. Friedrich Schiller Universität Jena, In: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thueringen-monitor_2015/thueringen-monitor_2015.pdf.
- Binder, Tanja (2005). Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien. Eine Folge von Modernisierungsprozessen? Discussion Papers. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Bortz, Jürgen (2005). Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 6. Aufl., Heidelberg: Springer VS-Verlag.
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (2014). Die stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung Leipzig. Unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf.
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (2016). Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“- Studie 2016. Psychosozial Verlag. Unter: https://www.boell.de/sites/default/files/buch_mitte_studie_uni_leipzig_2016.pdf.

- Brenke, Karl/Kritikos, S. Alexander (2017). Wählerstruktur im Wandel, DIW-Studie
- Burnham, Kenneth P. /Anderson, David R. (2002). Model Selection and Multimodel Inference - A Practical Information-Theoretic Approach. Springerverlag New York, Berlin, Heidelberg.
- DIW Wochenbericht Nr. 29.2017 DIW Berlin - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
- Dippel, Christian/Gold, Robert/Heblich, Stephan/Pinto, Rodrigo (2017). Instrumental Variables and Causal Mechanisms: Unpacking the Effect of Trade on Workers and Voters. In:
<http://www.anderson.ucla.edu/faculty/christian.dippel/DGHP.pdf>.
- Douglas Bates, Martin Maechler, Ben Bolker, Steve Walker (2015). Fitting Linear Mixed-Effects Models Using lme4. Journal of Statistical Software, 67(1), 1-48.<doi:10.18637/jss.v067.i01>.
- Downs, Anthony (1957). An Economic Theory of Democracy. New York: Harper.
- Dülmer, Hermann/Klein, Markus (2005). Extreme right-wing voting in a multilevel perspective: A rejoinder to Lubbers and Scheepers. European Journal of Political Research 44: 243-263.
- Edinger, Michael (2010). Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Unter:
https://www.thueringen.de/imperia/md/content/kostg/anlage_gef_hrdungen_der_demokratischen_kultur_in_th_ringen.pdf.
- Eilfort, Michael (2001) Mobilisierung als Schicksalsfrage? Auch Nichtwähler entscheiden die Bundestagswahl 2002. Konrad Adenauer Stiftung. In: http://www.kas.de/wf/doc/kas_1256-544-1-30.pdf?030811121407.
- Falter, Jürgen W/ Schoen, Harald (2014). Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage, VS-Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Forschungsgruppe Wahlen (2017). Bundestagswahl 24. September 2017. Forschungsgruppe Wahlen e.V. In:
http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Bundestagswahl/News/Bund_170928.pdf.
- Fox, John/Weisberg Sanford (2011). An {R} Companion to Applied Regression, Second Edition. Thousand Oaks CA: Sage. URL: <http://socserv.socsci.mcmaster.ca/jfox/Books/Companion>.
- Gabriel, Oscar W. in: Falter, Jürgen/Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (2000). Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Leske + Budrich, Opladen 2000.

- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Kumlin, Staffan, (2017) The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany (April 3, 2017). Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=2942745> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2942745>.
- Götz, Norbert (1997). Modernisierungsverlierer oder Gegner einer reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. In: Zeitschrift für Soziologie 26.6. 393-413.
- Güllner, Manfred (2013). Nichtwähler in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. In: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf>.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012). Das entscherte Jahrzehnt. Deutsche Zustände Folge 10. Edition Suhrkamp, Berlin.
- Hernandez, Enrique/Kriesi, Hanspeter (2013). „The electoral consequences of the financial and economic crisis in Europe“. In: EUDO Dissemination Conference. Elections in Europe in Times of Crisis, European University Institute.
- Infratest Dimap (2016) „Sachsen-Monitor“ Infratest Dimap. In: https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2016.pdf.
- Infratest Dimap (2017) Nachwahlbefragung des Unternehmens 'Infratest Dimap' am 24.09.2017 für die ARD (91.088 Befragte). In: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2016). Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic have-nots and cultural backlash. Harvard Kennedy School faculty research working paper series, RWP16-026.
- Kroh, Martin/Fetz, Karolina (2016). Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34.2016. In: https://www.diw.de/documents/publikationen /73/diw_01.c.541584.de/16-34-1.pdf.
- Lengfeld, Holger (2017). Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZSS). Springer Fachmedien Wiesbaden 2017.
- Lipset, Seymour Martin (1984). „Der Faschismus, die Linke, die Rechte und die Mitte“. In: Theorien über Faschismus. Hrsg. Ernst Nolte, 6.Auflage, Königstein, S. 449-491.
- Lösche, Peter (1993). Kleine Geschichte der deutschen Parteien. Stuttgart, Berlin. Köln: Kohlhammer.

- Lubbers, Marcel/Gijsbert, Merove/Scheepers, Peer (2002). Extreme right-wing voting in Western Europe. In: European Journal of political Research 41. S. 245-378.
- Mundry, Roger (2017) From nonparametric tests to mixed models: A brief overview of statistical tools frequently used in comparative psychology. In: APA-Handbook of comparative Psychology. American Psychological Association, 2017.
- Neu, Viola (2012). „Dann bleib ich mal weg“ DER MYTHOS DER „PARTEI“ DER NICHTWÄHLER. Konrad Adenauer Stiftung. In: http://www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?130704105023.
- Pettigrew, T. F./Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology, 90, 751–783.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015). Rechtsextremismus in lokalen Kontexten: Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, Matthias (2017). Rechter Populismus oder populärer Rechtsextremismus? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung, S. 198–209.
- Quinn GP, Keough MJ (2002). Experimental Designs and Data Analysis for Biologists. Cambridge University Press, Cambridge.
- R Core Team (2015). R: A Language and Environment for statistical Computing Version 3.2.3. (2015-12-10) 'Wooden Christmas-Tree'. R Foundation for statistical Computing. URL: <http://www.R-project.org>.
- Schäfer, Armin/Verkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix (2013). Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. In: <http://www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf>.
- Schielzeth, Holger (2010). Simple means to improve the interpretability of regression coefficients. In: Methods in Ecology and Evolution 2010, 1, S. 103-113.
- Schumann, S. (2000). Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren (3. Aufl.). München, Wien: Oldenbourg.
- Spier, Tim (2010). Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: Springer VS.
- SPSS (2016) IBM, Version 24. Lizenz: Universität Leipzig.

- Stöss, Richard (2000). Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland, 3., überarbeitete Auflage, Bonn 2000. Unter: <http://library.fes.de/pdf-files/ostdeutschland/00887.pdf>.
- Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (2007): Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in: Julius H. Schoeps et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 47-58.
- Verkamp, Wegschaider (2017). Populäre Wahlen, Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Hrsg: Bertelsmann-Stiftung. Unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf.
- Wegener, B./Steinmann, S. (1995). Justice psychophysics in the real world: Comparing income justice and income satisfaction in East and West Germany. In J. R. Kluegel, D. S. Mason und B. Wegener (Hrsg.), Social Justice and Political Change. Political Opinion in Capitalist and Post-Communist Nations (S. 151-175). New York, de Gruyter.
- Werts, Han/Scheepers, Peer/Lubbers, Marcel (2013). Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe 2002-2008. Social Cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. In: European Union Politics 14.2. S. 183-205.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (2014). Fragile Mitte, Feindselige Zustände. Hrsg: Melzer, Ralf; Friedrich Ebert Stiftung (FES). Dietz: Bonn.
- Zhirkov, Kirill (2014). Nativist but not alienated. A comparative perspective on the radical right vote in Western Europe. In: Party Politics 20. S. 286-296.

Anhang 1: Beschreibung der verwendeten Variablen

1) Parteienergebnisse:

- Die Daten zu den Parteienergebnissen umfassen die absolute Anzahl an Zweitstimmen insgesamt, der jeweiligen Zweitstimmenergebnisse der Parteien (Union, SPD, FDP, GRÜNE, Linke, AfD, NPD, Sonstige und Nichtwähleranteile), die zur Bundestagswahl 2017 angetreten sind, die Anzahl Wahlberechtigter insgesamt und den Anteil ungültiger Zweitstimmen. Diese Daten wurden in der Untersuchung für die Bundestagswahl 2013 und 2017 verwendet und bezüglich der NPD und der Nichtwähler_innen auch für die Bundestagswahl 2009.

2) Sozioökonomische Indikatoren:

- Das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP) in den Wahlkreisen im Jahr 2014, angegeben in Euro je Einwohner_in. Das BIP ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistungskraft einer Region und umfasst den Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der zur Produktion verwendeten Vorleistungen.
- Das *verfügbare Einkommen* der privaten Haushalte des Jahres 2014 in den Wahlkreisen wird ebenfalls in Euro je Einwohner_in angegeben. Es errechnet sich aus dem Primäreinkommen abzüglich der monetären Sozialleistungen (Rente, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld etc.), zuzüglich sonstiger laufenden Transfers und abzüglich Sozialbeiträge sowie Einkommensteuer und anderer Steuern und sonstiger Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind.
- *Arbeitslosenquote*: prozentualer Anteil arbeitsloser Personen im März 2017 in den Wahlkreisen; als Arbeitslose gelten nach der Bundesagentur für Arbeit Arbeitssuchende auf eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung, bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die beschäftigungslos bzw. geringfügig beschäftigt sind, keine Schüler_innen, Student_innen oder Teilnehmer_innen an beruflichen Bildungsmaßnahmen sind, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und nicht Empfänger_innen von Altersrente sind
- *SGB2-Rate*: Anteil der nach der Grundsicherungsstatistik SGB2 (oft als Hartz-IV bezeichnet) bezugsberechtigter Personen (Anzahl je 1.000 Einwohner_innen zum 31.12.2016) in den Wahlkreisen

3) Soziodemografische Daten:

- *Region*: Die Wahlkreise in den 10 alten Bundesländern erhalten in einer neu codierten Dummyvariable (*West_Ost_01*) den Wert 0, die 6 Wahlkreise der neuen Bundesländer (inkl. Berlin) den Wert 1.
- *Bevölkerungsdichte* 2015: hier dargestellt in Einwohner_in je Quadratkilometer in den Wahlkreisen; die Bevölkerungsdichte berechnet sich aus der Bevölkerungsanzahl, geteilt durch die Fläche der Wahlkreise, und kann (wenn auf Wahlkreisebene auch ungenauer) als Indikator für ländliche oder städtisch geprägte Wahlkreise verwendet werden
- *Migrationshintergrund*: basiert auf den fortgeschriebenen Daten des Zensus 2011 und gibt den prozentualen Anteil der Bevölkerung nach Migrationshintergrund in den Wahlkreisen an; als Personen mit Migrationshintergrund werden alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländer_innen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Elternteil definiert

- *Geburtensaldo*: Geburtensaldo gibt die Zunahme (positive Werte) bzw. die Abnahme (negative Werte) der Bevölkerung im Jahr 2015 hinsichtlich der Geburten je 1.000 Einwohner_innen in den Wahlkreisen an; es ergibt sich aus der Anzahl der Lebendgeborenen abzüglich der Zahl der Gestorbenen
- *Wanderungssaldo*: Wanderungssaldo verzeichnet das Verhältnis von Zuzügen (positive Werte) abzüglich der Wegzüge (negative Werte) im Jahr 2015 je 1.000 Einwohner_innen in den Wahlkreisen
- *Alter*: Die zur Altersstruktur in den Wahlkreisen vorliegenden Daten umfassen sechs Variablen unterschiedlicher Alterskategorien mit Fortschreibungen der im Jahr 2011 erhobenen Zensus- Daten. (Prozentualer Anteil von Personen in den Wahlkreisen: unter 18, 18-24, 25-34, 35-59, 60-74 und 75 Jahre und älter) und wurden der Übersichtlichkeit halber zu drei ähnlich großen Kategorien junger Erwachsener (18-34), Erwachsene mittleren Alters (35-60) und Ältere (60 Jahre und älter) zusammengefasst. Die erste Alterskategorie umfasst somit potenzielle Erstwähler, die mittlere große Teile des Erwerbstätigkeitsalters und letztere Personen kurz vor, im oder über dem Renteneintrittsalter. Für die Regressionsanalyse wurden wiederum Dummyvariablen mit den Ausprägungen (Altersanteil der jeweiligen Kategorie hoch= 1, niedrig= 0) für die drei Altersgruppen gebildet. Um möglichst viele Variablen auf metrischem Messniveau in die Analysen einbringen zu können, wurden die Altersgruppen der jungen Erwachsenen und der älteren Erwachsenen als Verhältnisvariable zusammengefasst, indem der Anteil der über 60-Jährigen durch den Anteil der 18-34-Jährigen geteilt wurde. Höhere Werte geben damit einen höheren Durchschnitt älterer Personen im Verhältnis zu dem der jüngeren an. Bei einem Wert von 1 kann von einem ausgewogenen Verhältnis, bei einem Wert von 2 von einem doppelt so hohen Verhältnis älterer gegenüber jüngerer Personen gesprochen werden.
- *Bildung*: Ähnlich der Variablen zum Alter liegen die Daten zur Bildung in mehreren Variablen vor. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden drei Variablen verwendet, die den prozentualen Anteil der Abgänger_innen/Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen im Jahr 2015 nach Hauptschulabschluss, mittlerem Bildungsabschluss und mit allgemeiner und Fachhochschulreife angeben. Analog zu den Variablen der Altersstruktur wurden auch hier Dummyvariablen und Verhältnisvariable aus dem prozentualen Anteil der Absolvent_innen mit allgemeiner und Fachhochschulreife geteilt durch den Anteil der Absolvent_innen mit Hauptschulabschluss. Auch hier gilt: Je höher der Wert, desto höher der Anteil an Abiturient_innen.
- *Religionszugehörigkeit*: Die erfassten Daten zur Konfession beziehen sich ebenfalls auf die fortgeschriebenen Erhebungen des Zensus 2011, hier angegeben als Anteil der Einwohner_innen in den Wahlkreisen, die der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Kirche sowie keiner oder einer anderen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören

Politisch-kulturelle Indikatoren:

Hierfür wurden zwei Variablen gebildet:

- NPD-Zweistimmenergebnisse (%) der Bundestagswahl 2013 und 2009
- Nichtwähleranteile (%) der Bundestagswahl 2013 und 2009; die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen ergibt sich aus dem prozentualen Anteil der Erst-Zweitstimmen im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Wahlberechtigten; der Nichtwähleranteil berechnet sich dann, indem der Prozentsatz der jeweiligen Wahlbeteiligung von 100 Prozent abgezogen wird.

Anhang 2: Tabellen und Grafiken

Grafik 1) Soziostrukturelle und politische Unterschiede ost- und westdeutscher Wahlkreise*

Prozentuale Abweichungen der Wahlkreismittelwerte** der ost***- und westdeutschen Wahlkreise vom Wahlkreisbundesmittelwert*** nach ausgewählten soziostrukturellen und politischen Indikatoren.

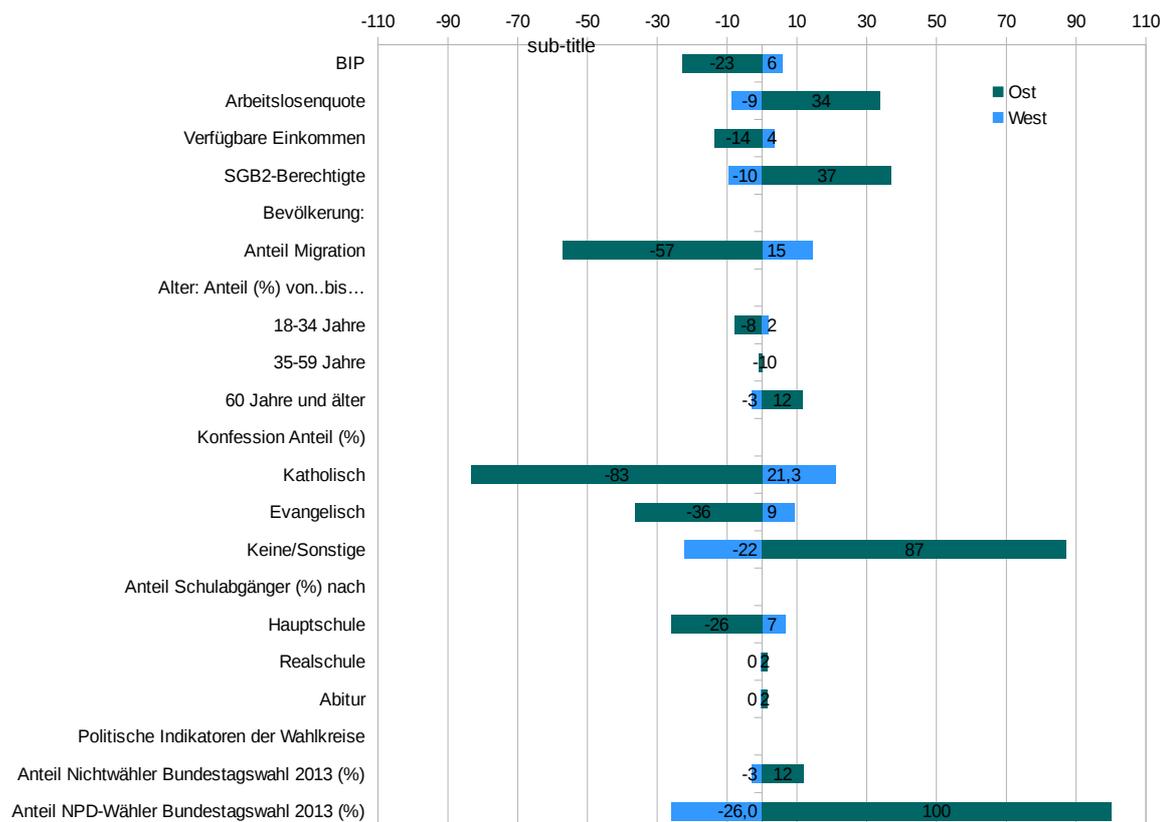


Tabelle 1) Soziostrukturelle und politische Mittelwertunterschiede ost- und westdeutscher Wahlkreise

	Soziostrukturelle Indikatoren nach Region			Abweichung von Bundesmittelwert		Abweichung von Bundesmittelwert (%)	
	Gesamt	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Sozioökonomische Indikatoren							
BIP (Tsd. Einw.)	35223,67	37298	27130,34	2074,33	-8093,33	5,89	-22,98
Arbeitslosenquote (%)	6,12	5,59	8,19	-0,53	2,07	-8,66	33,82
Verfügbares Einkommen(€ Einw)	21040,03	21778,15	18160,16	738,12	-2879,87	3,51	-13,69
SGB II – Berechtigte (Tsd. Einw.)	75,78	68,58	103,84	-7,2	28,06	-9,50	37,03
Bevölkerung:							
Anteil Migration	18,71	21,46	8	2,75	-10,71	14,70	-57,24
Alter: Anteil (%) von..bis...							
18-34 Jahre	20,35	20,75	18,78	0,4	-1,57	1,97	-7,71
35-59 Jahre	35,86	35,95	35,51	0,09	-0,35	0,25	-0,98
60 Jahre und älter	27,61	26,79	30,81	-0,82	3,2	-2,97	11,59
Konfession Anteil (%)							
Katholisch	29,93	36,31	5	6,38	-24,93	21,32	-83,29
Evangelisch	29,3	32,02	18,65	2,72	-10,65	9,28	-36,35
Keine/Sonstige	40,78	31,66	76,35	-9,12	35,57	-22,36	87,22
Anteil Schulabgänger (%) nach							
Hauptschule	15,96	17,03	11,82	1,07	-4,14	6,70	-25,94
Realschule	43,62	43,43	44,36	-0,19	0,74	-0,44	1,70
Abitur	34,52	34,38	35,09	-0,14	0,57	-0,41	1,65
Politische Indikatoren der Wahlkreise							
Anteil Nichtwähler Bundestagswahl 2013 (%)	28,48	27,62	31,86	-0,86	3,38	-3,02	11,87
Anteil NPD-Wähler Bundestagswahl 2013 (%)	1,31	0,97	2,62	-0,34	1,31	-25,95	100,00
Anzahl Wahlkreise	299	238	61				

Quelle: Bundeswahlleiter; Berechnungen: Eigene; Angegeben sind die ost-westdeutschen Wahlkreismittelwerte ausgewählter soziostruktureller und politischer Indikatoren und ihre Abweichungen vom Gesamtmittelwert über die Wahlkreise.

* Prozentuale Abweichung der ost- bzw. der westdeutschen Wahlkreise vom gesamtdeutschen Mittelwert; ** Die Mittelwerte berechnen sich aus den aufsummierten und durch die jeweilige Anzahl Wahlkreise geteilten Wahlkreismittelwerten. Das kann zu Abweichungen der Ergebnisse gegenüber Mittelwerten desselben Indikators zu einer anderen Basis führen. Das ist bei einigen Strukturdaten der Fall, die in unterschiedlichen Einheiten (€ pro Haushalt, Personen pro km² etc.) führen. Da jedoch nur die Unterschiede zwischen Wahlkreisen betrachtet werden sind diese Abweichungen hier unproblematisch.; *** inklusive Berlin (gesamt).

Tabelle 2) Abweichungen¹ und Korrelationen² der Zweitstimmenmittelwerte der Parteien in den Wahlkreisen anhand soziostruktureller Indikatoren zur Bundestagswahl 2017

		CDU /CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige	NPD	Nichtwähler
Zweitstimmenanteil Bundesmittelwert** →		24,8	15,5	7,0	6,7	8,1	9,5	3,8	0,3	23,8
Region	West	1,29	1,33	-1,49	0,56	0,59	-1,38	-0,02	-0,08	-0,64
	Ost ⁴	-4,98	-4,89	5,51	-2,44	-2,42	5,39	0,53	0,32	2,76
	R ⁵	-0,51	-0,55	0,83	-0,38	-0,54	0,7	0,17	0,64	0,41
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,003	0,000	0,000
BIP (je 1000 Einw.)	Niedrig	0,36	0,37	-0,07	-1,49	-0,62	0,96	-0,23	0,1	0,6
	Hoch	-0,34	-0,25	-0,05	1,4	0,57	-0,97	0,42	-0,1	-0,49
	R	-0,07	0	-0,07	0,55	0,41	-0,34	0,12	-0,39	-0,2
	Sig. (2-seitig)	0,206	0,987	0,257	0,000	0,000	0,000	0,045	0,000	0,001
Verfügb. Eink. (€ je Haush.)	Niedrig	-2,52	0,36	1,62	-1,23	-1,2	1,13	-0,03	0,09	1,74
	Hoch	2,56	-0,24	-1,75	1,13	1,16	-1,13	0,21	-0,09	-1,64
	R	0,52	0,02	-0,57	0,48	0,68	-0,4	0,07	-0,47	-0,6
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,712	0,000	0,000	0,000	0,000	0,231	0,000	0,000
Arbeitslosenquote (%)	Niedrig	3,4	-0,56	-1,96	0,8	0,57	-0,69	0,31	-0,07	-1,63
	Hoch	-3,35	0,68	1,83	-0,9	-0,62	0,69	-0,13	0,07	1,73
	R	-0,76	0,25	0,53	-0,3	-0,31	0,11	-0,2	0,19	0,64
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,057	0,000	0,001	0,000
SGB2-Quote (%)	Niedrig	3,41	-0,98	-1,78	0,55	0,55	-0,2	0,3	-0,04	-1,65
	Hoch	-3,41	1,11	1,68	-0,66	-0,61	0,2	-0,12	0,03	1,77
	R	-0,79	0,28	0,55	-0,11	-0,23	-0,03	-0,14	-0,01	0,54
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,053	0,000	0,653	0,014	0,924	0,000
Bevölk.dichte (Einw. km²)	Niedrig	2,09	-0,96	-0,58	-1,32	-0,85	1,15	0,07	0,1	0,33
	Hoch	-2,07	1,09	0,46	1,23	0,8	-1,15	0,11	-0,1	-0,22
	R	-0,52	0,04	0,4	0,44	0,1	-0,24	0,24	-0,34	0,05
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,524	0,000	0,000	0,099	0,000	0,000	0,000	0,373
Geburtensaldo	Niedrig	-0,34	0,9	0,01	-2,06	-0,86	1,08	-0,2	0,11	1,33
	Hoch	0,38	-0,81	-0,12	2,03	0,84	-1,11	0,39	-0,12	-1,26
	R	0,04	-0,09	-0,05	0,74	0,48	-0,42	0,29	-0,58	-0,43
	Sig. (2-seitig)	0,486	0,124	0,397	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Migration (%)	Niedrig	1,16	-0,89	0,31	-1,42	-0,98	1,36	0,1	0,11	0,24
	Hoch	-1,14	1,02	-0,42	1,33	0,93	-1,36	0,08	-0,12	-0,13
	R	-0,07	0,35	-0,32	0,58	0,57	-0,59	0,01	-0,68	-0,2
	Sig. (2-seitig)	0,226	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,868	0,000	0,000
Alter 18-34 (%)	Hoch	-0,56	-0,37	0,14	1,31	0,17	-0,84	0,51	-0,09	-0,09
	R	-0,19	0,08	0,09	0,66	0,26	-0,45	0,23	-0,55	-0,2
	Sig. (2-seitig)	0,001	0,172	0,134	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,001
Alter 35-59 (%)	Hoch	1,73	0,06	-0,94	-0,67	0,33	-0,02	0,05	0,01	-0,41
	R	0,37	0,03	-0,31	-0,22	0,07	-0,01	-0,03	0,06	-0,09
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,628	0,000	0,000	0,219	0,911	0,558	0,290	0,138
Alter60plus (%)	Hoch	-0,17	0,41	0,25	-1,65	-0,67	1,16	-0,26	0,11	0,77
	R	-0,16	-0,15	0,26	-0,69	-0,47	0,62	-0,21	0,72	0,4
	Sig. (2-seitig)	0,005	0,010	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Abschluss: Hauptschule	Hoch	1,51	0,16	-1,41	0,39	0,12	-0,59	0,32	-0,05	-0,31
	R	0,45	-0,01	-0,48	0,17	0,09	-0,24	0,32	-0,29	-0,19
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,929	0,000	0,002	0,117	0,000	0,000	0,000	0,001
Abschluss: Realschule	Hoch	2,08	-1,38	-0,8	-0,89	-0,45	1,21	0,13	0,07	0,12
	R	0,43	-0,27	-0,27	-0,35	-0,19	0,36	-0,02	0,34	0,03
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,001	0,000	0,728	0,000	0,602
Abschluss: Abitur	Hoch	-2,15	1,75	0,86	0,47	0,37	-1,05	-0,11	-0,06	-0,01
	R	-0,49	0,31	0,34	0,28	0,24	-0,29	-0,16	-0,24	-0,06
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,005	0,000	0,328
Rel.: Katholisch (%)	Hoch	2,59	0,32	-1,76	0,19	0,69	-1,17	0,26	-0,08	-0,84
	R	0,68	0,02	-0,6	0,08	0,3	-0,33	0,22	-0,37	-0,33
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,763	0,000	0,184	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Rel.: Evangelisch (%)	Hoch	0,01	2,39	-1,23	0,46	0,35	-1,04	-0,34	-0,05	-0,42
	R	0,01	0,55	-0,34	0,11	0,08	-0,26	-0,44	-0,13	-0,1
	Sig. (2-seitig)	0,896	0,000	0,000	0,052	0,155	0,000	0,000	0,031	0,080
Keine Rel./Sonstige (%)	Hoch	-3,28	-0,66	2	0,11	-0,34	0,99	0,07	0,06	1,08
	R	-0,72	-0,41	0,87	-0,16	-0,38	0,54	0,07	0,48	0,42
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,005	0,000	0,000	0,220	0,000	0,000
Nichtwähleranteil. BW 2013 (%)	Niedrig	1,28	1,24	-0,94	1,25	1,16	-1,49	-0,19	-0,1	-2,06
	Hoch	-1,26	-1,12	0,83	-1,37	-1,22	1,51	0,37	0,1	2,19
	R	-0,32	-0,31	0,35	-0,58	-0,7	0,47	0,21	0,47	0,86
	Sig. (2-seitig)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000

Quelle: Bundeswahlleiter, Berechnungen: Eigene

1) Für die Zweitstimmenanteile der jeweiligen Partei wurde jeweils Mittelwerte für ausgewählten Indikatoren, wenn diese den Wert 0 = 'Niedrig, oder den Wert 1 = Hoch annehmen, gebildet und die Abweichung dieser Mittelwerte vom Gesamtmittelwert der Parteien angegeben.

2) Pearson Korrelationskoeffizient. (Signifikanz zweiseitig)

* Die Zweitstimmenanteile sind hier zur Basis aller Wahlberechtigten gerechnet, um die Nichtwähler zu den Zweitstimmenergebnisse der Parteien darzustellen.

** Durch Rundungsunterschiede kann es zu geringen Abweichungen kommen.

Tabelle 3) Einfluss soziostruktureller Indikatoren auf die Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2017

	Union			SPD			LINKE ^{log}			GRÜNE			FDP			Nichtwähler 2017			NPD ^{log} 2017		
	Koef.	Std.F.	Sign.	Koef.	Std.F.	Sign.	Koef.	Std.F.	Sign.	Koef.	Std.F.	Sign.	Koef.	Std.F.	Sign.	Koef.	Std.F.	Sign.	Koef.	Std.F.	Sign.
Intercept	32,83	0,88	0,000	23,75	1,10	0,000	2,06	0,07	0,000	9,76	0,80	0,000	10,00	0,51	0,000	24,28	0,68	0,000	-1,39	0,14	0,000
BIP ^{z,log}	0,11	0,27	0,689	-0,48	0,25	0,056	0,01	0,02	0,485	0,15	0,21	0,462	0,09	0,13	0,492	0,25	0,22	0,253	-0,10	0,03	0,000
Arbeitslosenquote ^z	-1,87	0,37	0,000	1,64	0,37	0,000	0,02	0,02	0,467	-1,01	0,28	0,000	0,24	0,18	0,186	2,18	0,29	0,000	0,23	0,04	0,000
Verfügb. Eink ^z	-0,13	0,28	0,645	-1,19	0,28	0,000	-0,04	0,02	0,030	0,48	0,21	0,024	1,01	0,13	0,000	-0,88	0,23	0,000	-0,11	0,03	0,001
Wanderungssaldo ^z	-0,20	0,16	0,217	0,12	0,17	0,462	0,00	0,01	0,865	0,07	0,13	0,564	0,04	0,08	0,649	0,11	0,14	0,410	-0,04	0,02	0,056
Migration ^z	0,59	0,45	0,188	0,11	0,51	0,824	-0,02	0,03	0,409	-0,43	0,36	0,232	0,55	0,22	0,012	1,46	0,37	0,000	0,19	0,06	0,001
Bev.Dichte ^{z,log}	-3,54	0,38	0,000	0,68	0,35	0,051	0,12	0,02	0,000	2,20	0,29	0,000	0,04	0,18	0,824	-1,53	0,30	0,000	-0,28	0,04	0,000
Bildung: Hauptschulabschl.* ^d	-0,21	0,43	0,623	0,16	0,45	0,721	0,00	0,03	0,912	0,00	0,34	0,998	-0,05	0,21	0,810	0,33	0,36	0,366	0,01	0,05	0,826
Bildung: Abitur* ^d	-1,28	0,45	0,005	0,12	0,46	0,792	0,09	0,03	0,001	0,89	0,35	0,011	-0,23	0,21	0,282	-1,29	0,38	0,001	0,03	0,05	0,633
Alter: 35- 59** ^d	0,42	0,36	0,238	0,40	0,37	0,282	-0,06	0,02	0,010	-1,08	0,28	0,000	0,41	0,17	0,016	0,08	0,30	0,781	0,13	0,04	0,003
Alter: 60 plus** ^z	-0,40	0,40	0,312	1,71	0,41	0,000	-0,01	0,03	0,741	-0,87	0,31	0,005	0,02	0,19	0,896	-0,04	0,34	0,903	0,05	0,05	0,303
Rel. Sonstige ^d	-0,66	0,51	0,197	-0,82	0,53	0,125	0,06	0,03	0,088	0,31	0,40	0,436	0,13	0,24	0,605	-0,26	0,43	0,545	0,00	0,06	0,949
Rel. Kath. ^d	2,98	0,45	0,000	-2,02	0,46	0,000	-0,08	0,03	0,004	-0,14	0,35	0,702	0,13	0,21	0,547	-0,16	0,38	0,675	-0,12	0,05	0,025
West_Ost*** ^d	-0,71	1,30	0,585	-12,7	1,53	0,000	0,66	0,11	0,000	-1,89	1,20	0,115	1,08	0,78	0,168	2,08	0,95	0,029	0,70	0,20	0,001
Modellvergleich:	Null	Full		Null	Full		Null	Full		Null	Full		Null	Full		Null	Full		Null	Ful	
AIC	1791	1434		1589	1460		12	-113		1511	1299		1260	1017		1488	1339		373	231	
Std.Abw. Intercept		1,76			2,53			1,33			1,85			1,23			1,14			3,51	
Std.Abw Residuen		2,42			2,51			1,88			1,89			1,14			2,08			0,29	
N		299			299			299			299			299			299			299	

Quelle: Bundeswahlleiter, Berechnungen: Eigene; Abhängige Variablen: Jeweilige Parteienergebnisse. Angegeben sind die Koeffizienten, die Standardfehler und die Signifikanz (ab 0,05 als signifikant fett markiert) P < 0,05 'signifikant; p < 0,01 'hochsignifikant; P < 0,001 'höchstsignifikant'

z= Variable ist z-transformiert; log=Variable ist logarithmiert; v= Variable ist Verhältnisvariable; d= Variable ist Dummyvariable. Da einige Variablen logarithmiert werden mussten, können Vergleiche nicht zwischen Den Parteien, sondern nur innerhalb geführt werden.

* Referenz: Realschulabschluss; ** Referenz: 18-34jährige; *** Ost: einschließlich Berlin (gesamt)

Das AIC als Maß der Modellschätzungen wird jeweils für das Null-Modell (nur Bundesländer) und das Full-Modell (Alle Indikatoren) angegeben.

Tabelle 4) Multivariate Mehrebenenmodelle –Einfluss sozioökonomischer und politisch-kultureller Indikatoren der Wahlkreise auf Zweitstimmenanteile der AfD^{log} zur Bundestagswahl 2017

	Modell 1 (Null)	Modell 2 (Ost-West)	Modell 3 (Soz.ökonom. Dim.)	Modell 4 (SozÖk+ Ost/West)	Modell 5 (Bevölkerung)	Modell 6 (Bildung/Alter)	Modell 7 (Deprivation)	Modell 8 (Polit.Kult.Dimen sion)	Modell 9 (AfD17 abzgl. NPD13)	Modell 10 (Fixed Effects)	Modell 10 (Random Effects)
	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	Koef. Std.F. Sign.	S.Abw. Sign.
Intercept	2,55 0,10 0,000	2,30 0,07 0,000	2,50 0,08 0,000	2,33 0,08 0,000	2,44 0,08 0,000	2,41 0,09 0,000	2,24 0,09 0,000	2,02 0,11 0,000	2,25 0,05 0,000	2,25 0,05 0,000	
Region: (West=0, Ost*=1) ^d		0,65 0,11 0,000		0,46 0,137 0,001					0,31 0,15 0,036	0,38 0,09 0,000	
Brutto-Inlandsprodukt ^{z,log}			-0,10 0,01 0,000	-0,10 0,01 0,000	-0,04 0,02 0,044	-0,03 0,02 0,098	-0,03 0,02 0,154	-0,02 0,01 0,071	-0,01 0,01 0,312	-0,02 0,01 0,169	0,00 1,000
Arbeitslosenquote ^z			0,12 0,02 0,000	0,11 0,02 0,000	0,12 0,03 0,000	0,13 0,03 0,000	0,11 0,03 0,000	0,03 0,02 0,131	0,01 0,02 0,682	-0,01 0,02 0,821	0,05 0,358
Verfügbares Einkommen ^z			0,00 0,02 0,835	0,01 0,02 0,728	0,00 0,02 0,989	-0,01 0,02 0,634	-0,01 0,02 0,757	0,05 0,01 0,000	0,04 0,02 0,006	0,04 0,01 0,004	0,00 1,000
Bevölkerungsdichte ^{z,log}					-0,08 0,02 0,001	-0,08 0,03 0,002	-0,07 0,02 0,004	-0,02 0,02 0,291	0,00 0,02 0,917	0,03 0,03 0,425	0,11 0,000
Dummy: Migration ^d (1=Hoch)					0,11 0,04 0,002	0,12 0,04 0,001	0,12 0,04 0,001	0,04 0,02 0,101	0,04 0,03 0,110	0,04 0,03 0,214	0,11 0,930
Geburtensaldo ^z					-0,07 0,02 0,001	-0,08 0,02 0,001	-0,09 0,02 0,000	0,01 0,02 0,486			
Bildung ^{v,z} (Verhältn. Haupts. zu Abitur)									0,01 0,01 0,631	-0,01 0,01 0,385	0,02 0,630
Dummy Hauptschule ^{d,**}						-0,01 0,03 0,727	0,01 0,03 0,854	-0,03 0,02 0,190			
Dummy Abitur ^{d,**}						0,00 0,03 0,881	0,01 0,03 0,819	0,00 0,02 0,824			
Alter ^{v,z} (Verhältn.:18-34 zu 60+)									0,03 0,02 0,046	0,04 0,02 0,019	0,02 0,556
Dummy 35-59 Jahre ^{d,***}						0,07 0,02 0,006	0,06 0,02 0,010	0,01 0,02 0,432			
Dummy 60 Jahre und Älter ^{d,***}						-0,02 0,03 0,630	-0,02 0,03 0,502	0,02 0,02 0,309			
Deprivation ^d (Neue Bundesländer) ^{****}							0,48 0,13 0,000	0,09 0,07 0,181			
Nichtwähleranteil ^z 2013								0,01 0,00 0,000	0,05 0,01 0,000	0,04 0,02 0,098	0,06 0,000
NPD-Wähleranteil ^{z,log} 2013								0,23 0,02 0,000	0,19 0,02 0,000	0,20 0,03 0,000	0,09 0,000
Intercept- Std.Dv.	0,38	0,21	0,33	0,25	0,32	0,32	0,24	0,16	0,16	0,13	
Residual Std.Dv.	0,21	0,21	0,19	0,19	0,17	0,17	0,17	0,11	0,12	0,10	
AIC	-13,93	-27,63	-63,64	-68,34	-90,02	-69,57	-75,27	-285,11	-264,47	-317,55	
Veränd. AIC zw. Modell 2-10 (%)		9,53	21,95	23,57	31,05	23,99	25,96	98,34	91,22		
Range	-0,51 0,72	-0,47 0,31	-0,46 0,64	-0,46 0,36	-0,44 0,68	-0,43 0,69	-0,28 0,40	-0,23 0,33	-0,23 0,25	-0,19 0,19	
Anzahl Wahlkreise	299	299	299	299	299	299	299	299	299	299	299

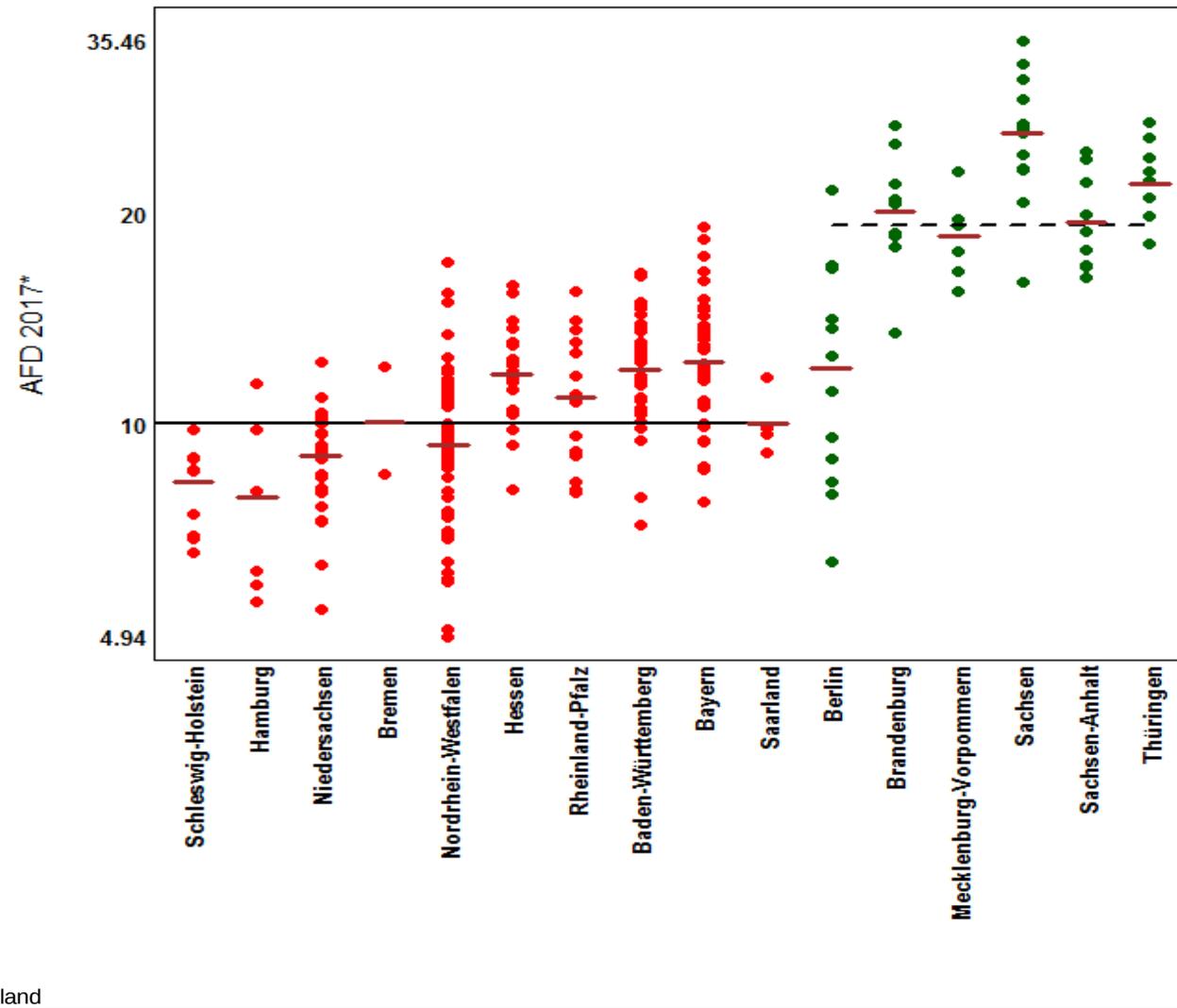
Quelle: Bundeswahlleiter; Berechnungen: Eigene. Angegeben sind die Koeffizienten, die Standardfehler und die Signifikanz (ab 0,05 als signifikant fett markiert) $p < 0,05$ 'signifikant'; $p < 0,01$ 'hochsignifikant'; $p < 0,001$ 'höchstsignifikant'

Abhängige Variable: AfD-Zweitstimmenanteile zur Bundestagswahl 2017 (logtransformiert); Jedes Modell entspricht einer eigenen Regression.

z= Variable ist z-transformiert; log=Variable ist logarithmiert; v= Variable ist Verhältnisvariable; d= Variable ist Dummyvariable

* Ost: Inkl. Berlin (gesamt); ** Referenz: Mittlere Reife; *** Referenz: 18-35 Jahre; **** beinhaltet alle ostdeutschen Wahlkreise verf. Einkommen unterhalb des bundesweiten Medians.

Grafik 2) Verteilung der Wahlkreisergebnisse der AfD^{log} über die Bundesländer und geschätzte Mittelwerte (Modell 2)



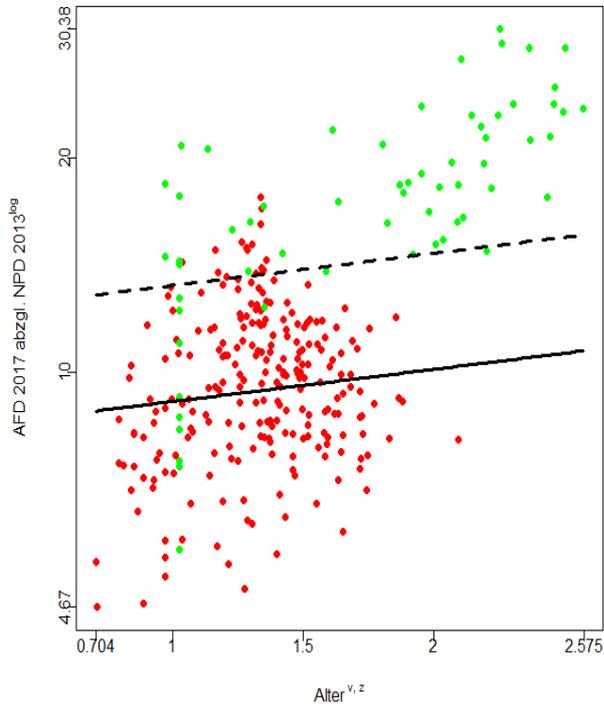
Quelle: Bundeswahlleiter; Berechnung: Eigene; * Abhängige Variable: AfD-Zweitstimmen zur Bundestagswahl 2017

*log: Abhängige Variable: AfD-Zweitstimmen 2017 wurde log-transformiert

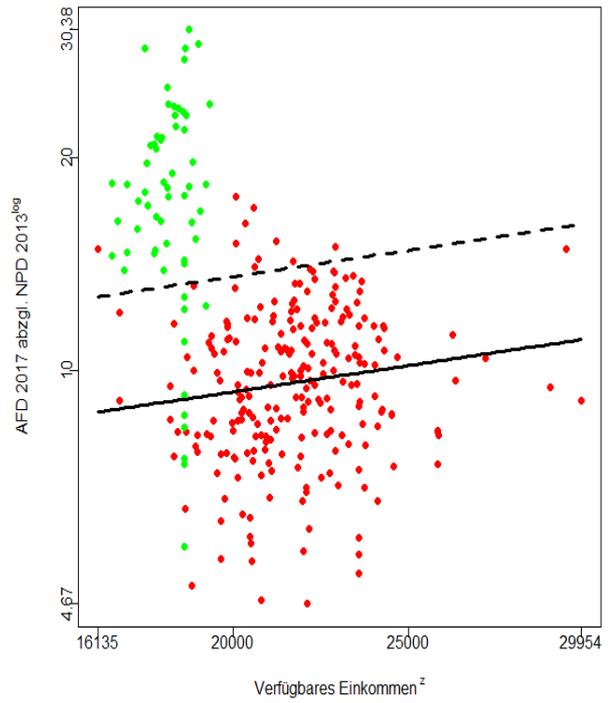
Die Grafiken stellen die Zusammenhänge zwischen den transformierten Variablen dar. Da die Achsenabschnittswerte aber in die Ursprungseinheiten zurückgerechnet wurden lassen sich die Ergebnisse hier in ihren Originalwerten interpretieren.

Grafik 3) Schätzung ausgewählter signifikanter Effekte (Modell 10) und Verteilung der Wahlkreiswerte

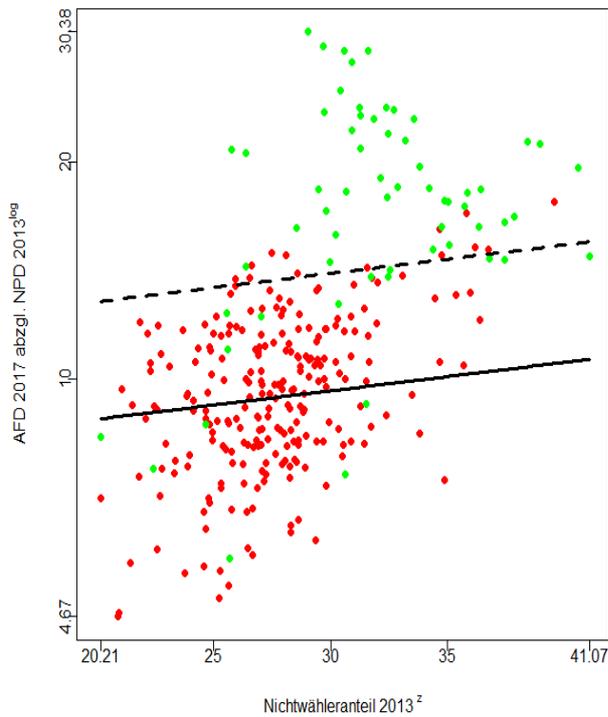
Grafik 3a



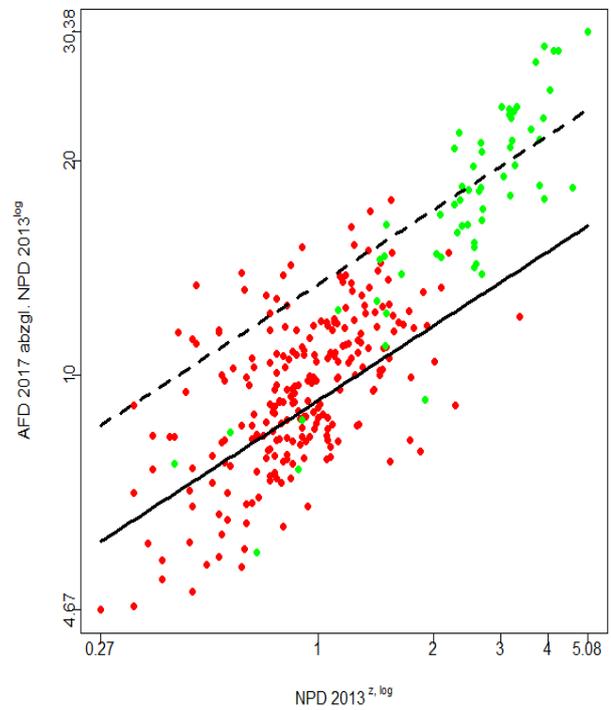
Grafik 3b



Grafik 3c



Grafik 3d



Legende

--- Modellschätzung Ost

— Modellschätzung West

• Beobachtete Werte West (Punkte = Wahlkreise)

• Beobachtete Werte Ost (Punkte = Wahlkreise)

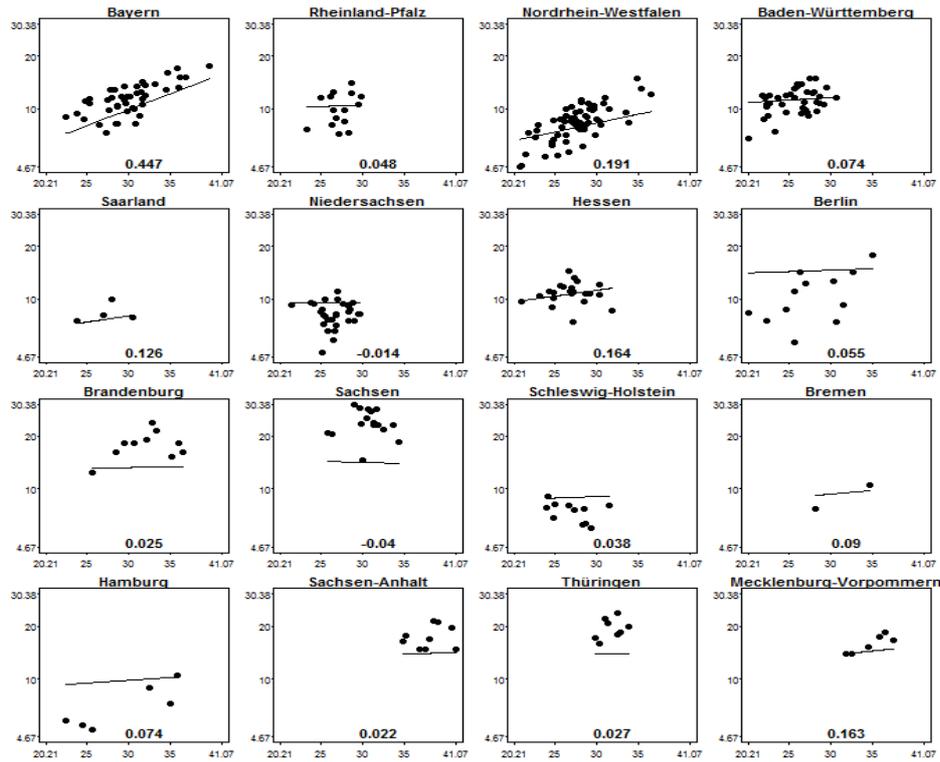
Quelle: Bundestwähler, Berechnungen: Eigene; Abhängige Variable: AFD-Zweitstimmen 2017 (logarithmiert) abzüglich der Zweitstimmen der NPD 2013 (logarithmiert). Gezeigt werden die beobachteten Werte (nach West und Ost) und die Schätzung des Modells 10 (Linien) für Ost- und für Westdeutschland. Signifikanzen ab 0,05 sind als signifikant fett markiert. ($p < 0,05$ Signifikant; $p < 0,01$ hochsignifikant; $p < 0,001$ höchstsignifikant).

z= Variable ist z-transformiert, log=Variable ist logarithmiert, v= Variable ist Verhältnisvariable, d= Variable ist Dummyvariable

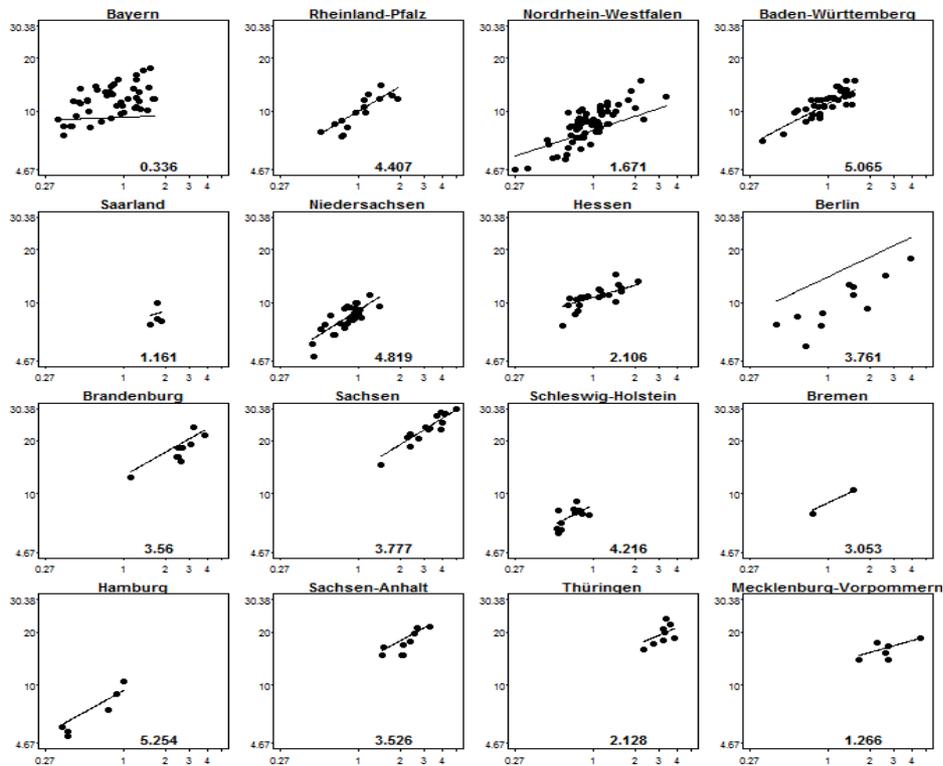
Die Grafiken stellen die Zusammenhänge zwischen den transformierten Variablen dar. Da die Achsenabschnittswerte aber in die Ursprungseinheiten zurückgerechnet wurden lassen sich die Ergebnisse hier in ihren Originalwerten interpretieren.

Grafik 4) Random Slopes – Grafische Darstellung signifikanter Effekte auf die AfD-Wahl über die Bundesländer

Grafik 4a) Nichtwähleranteile 2013 und AfD-Zweitstimmenanteile 2017 nach Bundesländer



Grafik 4b) Zweitstimmenanteilen NPD 2013 und AfD 2017 nach Bundesländern



- Modellschätzung (Linie = Schätzung Modell 10) je Bundesland
- Beobachtete Werte (Wahlkreise je Bundesland)

Quelle: Bundeswahlleiter, Berechnungen: Eigene; Abhängige Variable: AfD-Zweitstimmen 2017 (logarithmiert) abzüglich der Zweitstimmen der NPD 2013 (logarithmiert). Gezeigt werden die beobachteten Werte (Wahlkreise) und die Schätzung (Modell 10) sowie die Anstiegsstärke je Bundesland (Random Slopes).

Signifikanzen (ab 0,05 als signifikant fett markiert) $P < = 0,05$ 'signifikant'; $p < 0,01$ 'hochsignifikant'; $P < 0,001$ 'höchstsignifikant'

z= Variable ist z-transformiert; log=Variable ist logarithmiert; v= Variable ist Verhältnisvariable; d= Variable ist Dummyvariable

Die Grafiken stellen die Zusammenhänge zwischen den transformierten Variablen dar. Da die Achsenabschnittswerte aber in die Ursprungseinheiten zurückgerechnet wurden lassen sich die Ergebnisse hier in ihren Originalwerten interpretieren.

Tabelle 5) Multivariate Mehrebenenmodelle –Einfluss sozioökonomischer und politisch-kultureller Indikatoren der Wahlkreise auf Zweitstimmenanteile der AfD^{log} zur Bundestagswahl 2013

	1) Nullmodell			2) Fullmodell		
	Koef.	Std.Error	Sign.	Koef.	Std.Error	Sign.
Region:						
(Intercept)	4,58	0,22	0,00	4,45	0,19	0,00
OstWestDummy ^{*d}	1,15	0,40	0,00	1,06	0,37	0,00
Sozioökon. Dimension						
Arbeitslosenquote ^{z,log} (%)				-0,23	0,09	0,01
GewSteuer ^{z,log}				0,00	0,06	0,94
Soziodemograf. Dimension						
Bevölkerungsdichte ^{z,log} (Einw. Je km ²)				0,40	0,09	0,00
Bevölkerung 'Nichtdeutsche' ^d (1000 Einw.)				0,30	0,10	0,00
Alter:Verhältn. ** Jung vs. Alt ^{v,z} (%)				0,33	0,06	0,00
Bildung: Verhältn.*** Haupts vs. Abitur ^{v,z} (%)				0,00	0,06	0,94
Politisch-kulturelle Dimension						
NPD-Zweitstimmen 2009 ^{z,log} (%)				0,47	0,08	0,00
Nichtwähleranteil 2009 ^z (%)				-0,16	0,07	0,02
AIC	678,10			626,20		
Std.Abw. Intercept	0,71			0,56		
Std.Abw Residuen	0,69			0,60		
N	299			299		

Quelle: Bundeswahlleiter; Berechnungen: Eigene. Angegeben sind die Koeffizienten, die Standardfehler und die Signifikanzen (ab 0,05 als signifikant fett markiert) $P < = 0,05$ 'signifikant'; $p < 0,01$ 'hochsignifikant'; $p < 0,001$ 'höchstsignifikant'.

Abhängige Variable: AfD-Zweitstimmenanteile zur Bundestagswahl 2013; Gezeigt wird das Nullmodell(nur regionale Kontextfaktoren) und das Full-Modell (alle Variablen).

z= Variable ist z-transformiert; log=Variable ist logarithmiert; v= Variable ist Verhältnisvariable; d= Variable ist Dummyvariable

* West=0, Ost=1 (inkl. Berlin); ** Anteil 18-34jähriger im Verhältnis zu Anteil ü. 60Jähriger. *** Verhältnis Abiturient_innen zu Hauptschulabgänger_innen.

Überprüfung der Modellannahmen: 'Full-Modell 10'

Grafik 5a) 5b) Residuenplots – Homoskedastizität & Normalverteilung (Full-Modell 10)

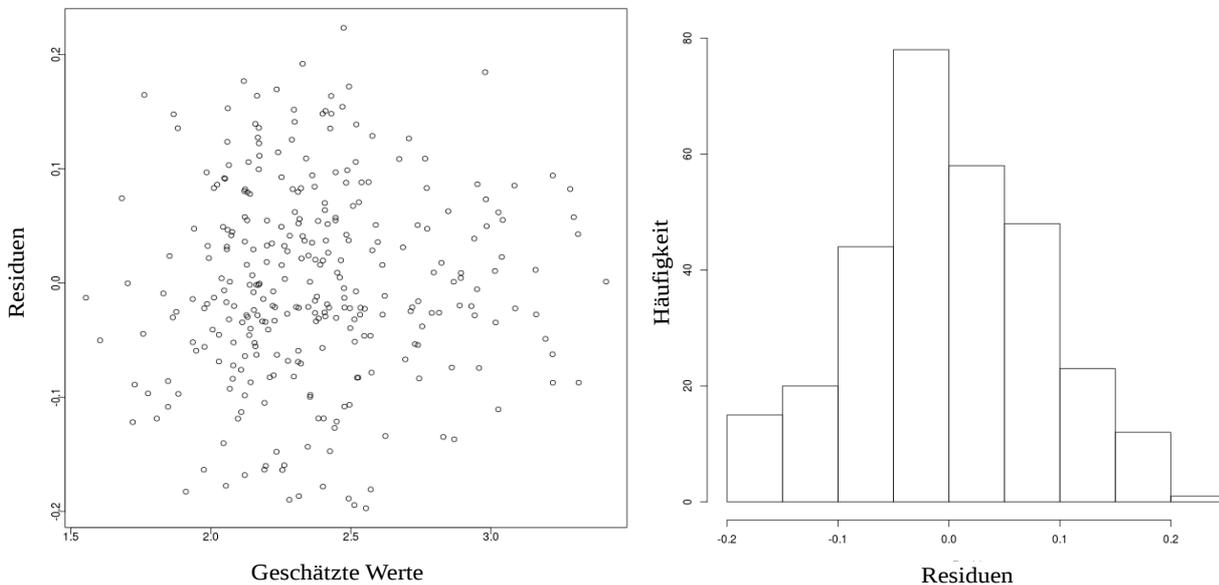


Tabelle 6) Modellstabilitätsanalyse (Fullmodell 10)

	Bundesländer			Wahlkreise		
	min.koef	modell 10	max.koef	min.koef	modell 10	max.koef
<i>Intercept</i>	2,214	2,250	2,278	2,243	2,250	2,259
<i>BIP^{z,l}</i>	-0,022	-0,016	-0,008	-0,020	-0,016	-0,012
<i>Arbeitslosenquote^z</i>	-0,018	-0,005	0,027	-0,012	-0,005	0,004
<i>VerEink^z</i>	0,030	0,040	0,053	0,036	0,040	0,051
<i>Bevoelk.Dichte^{z,l}</i>	0,013	0,027	0,051	0,022	0,027	0,032
<i>Bildung^{v,z}</i>	-0,025	-0,011	-0,002	-0,016	-0,011	-0,008
<i>Alter^{v,z}</i>	0,030	0,039	0,050	0,035	0,039	0,043
<i>Migration^d</i>	0,018	0,043	0,078	0,033	0,043	0,058
<i>Nichtwaehler 2013R^z</i>	0,017	0,035	0,045	0,031	0,035	0,042
<i>NPD 2013R^{z,log}</i>	0,190	0,202	0,229	0,197	0,202	0,208
<i>West Ost^d</i>	0,341	0,376	0,402	0,351	0,376	0,388
<i>Random Slope BIP^{z,log}</i>	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
<i>Random Slope Arbeitsl.^z</i>	0,000	0,045	0,062	0,025	0,045	0,062
<i>Random Slope Verf. Eink^z</i>	0,000	0,000	0,018	0,000	0,000	0,027
<i>Random Slope Bev.Dichte^{z,log}</i>	0,069	0,105	0,112	0,090	0,105	0,110
<i>Random Slope Migration^d</i>	0,031	0,068	0,091	0,054	0,068	0,076
<i>Random Slope Bildung^{v,z}</i>	0,000	0,017	0,021	0,000	0,017	0,023
<i>Random Slope Alter^{v,z}</i>	0,000	0,025	0,029	0,000	0,025	0,034
<i>Random Slope Nichtw. 2013^z</i>	0,027	0,060	0,064	0,057	0,060	0,062
<i>NPD 2013^{z,log}</i>	0,040	0,092	0,104	0,087	0,092	0,098
<i>Intercept Bundesländer</i>	0,104	0,127	0,156	0,119	0,127	0,134
<i>Residuen</i>	0,091	0,095	0,097	0,094	0,095	0,096

Tabelle 7) VIF-Werte Full-Modell 10

<i>BIP^{z,log}</i>	<i>Arbeitsl.^z</i>	<i>Ver.Eink.^z</i>	<i>Bev.Dichte^{z,log}</i>	<i>Bildung^{v,z}</i>	<i>Alter^{v,z}</i>
2,95	3,87	3,67	4,58	1,78	3,95
<i>Migration^d</i>	<i>Nichtwaehler13^z</i>	<i>NPD13^{z,log}</i>	<i>West_Ost^d</i>		
2,29	2,07	3,34	2,85		

Quelle: Bundeswahlleiter, Berechnungen: Eigene;
Gezeigt werden die Kennwerte zur Überprüfung der Modellanforderungen für Modell 10: Abhängige Variable: AfD Zweitstimmen 2017 (logarithmiert) abzüglich der Zweitstimmen der NPD 2013 (logarithmiert).
z= Variable ist z-transformiert; log=Variable ist logarithmiert; v= Variable ist Verhältnisvariable; d= Variable ist Dummyvariable